

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Besenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die beigespartene Beilage oder deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Zahlet den Extrabeitrag! An unserm Opferfinn müssen alle Pläne der Unternehmer zerfallen!

Zum internationalen Arbeiterkongress in Stuttgart.

Am Sonntag, den 18. August, tritt in Stuttgart ein internationaler Arbeiterkongress zusammen. Bevor wir uns mit den ihm gestellten Aufgaben beschäftigen, möchten wir unseren Lesern einen Blick gewähren auf den Beginn und die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung.

Diese Bewegung ist nunmehr 60 Jahre alt. Ihren ersten greifbaren Ausdruck fand sie auf dem Kongress des „Bundes der Kommunisten“, der im November 1847 in London tagte. Im Auftrage dieses Kongresses verfassten Karl Marx und Friedrich Engels das bekannte „Kommunistische Manifest“, das die Idee der internationalen Solidarität des Proletariats proklamiert mit dem Mahnruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“

Dieses Manifest bereitere den Boden für die Gründung der allgemeinen Arbeiterassoziation, die nach dem im Jahre 1864 begonnenen vorbereitenden Schritten im Jahre 1866 auf einem von 60 Delegierten besuchten Kongress in London definitiv erfolgte. Dieser Kongress beschäftigte hauptsächlich die Frage des internationalen Arbeiterkampfes. Er erließ die bedeutungsvolle Erklärung, als Hilfsmittel der internationalen Arbeiterbewegung müsse in Betracht gezogen werden: „Eine statistische Untersuchung über die Lage der arbeitenden Klassen aller Länder durch die eigene Initiative der arbeitenden Klasse.“

Unter harten Kämpfen erfüllte die internationale Arbeiterassoziation nach Kräften ihre Aufgabe. Ihr letzter Kongress fand im Jahre 1873 in Genf statt. Drei Jahre später erfolgte ihre formelle Auflösung, nachdem sie ihren Hauptzweck erfüllt hatte. Dieser Zweck war, den Individualismus der Arbeiter der einzelnen Länder zu brechen, ihnen das gemeinsame große Ziel zu zeigen und die Notwendigkeit der Organisation und des gemeinsamen Handelns zum Bewusstsein zu bringen. Indem die Assoziation dieser Aufgabe genügt, ging ihr Geist über in die sich selbstständig immer mächtiger entwickelnden Arbeiterbewegungen und Arbeiterorganisationen der einzelnen Länder. Wie jede Blüte vergehen muß um der Frucht willen, so mußte auch die erste Form der internationalen Arbeiterassoziation vergehen. Aus der Blüte entwickelte sich die Frucht. Die Idee der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse fand bereits im Jahre 1877 wieder ihren Ausdruck auf dem internationalen Sozialistenkongress zu Gent, an dem Delegierte der sozialistischen Arbeiterorganisationen Deutschlands, Frankreichs, Englands, Belgiens, Österreichs, Dänemarks, Italiens und der Schweiz teilnahmen. Er erklärte in einem Manifest: „daß die soziale Emanzipation von der politischen untrennbar ist und sich deshalb die Arbeiterorganisationen in allen ihren politischen und ökonomischen Bestrebungen gegenseitig moralisch und materiell zu unterstützen haben“. Es sollte eine „Allgemeine Union der sozialistischen Parteien“ entstehen.

Ein Jahr später wurde die deutsche Sozialdemokratie, das stärkste und ausschlaggebendste Glied dieses Bundes, durch das Ausnahmegesetz getrennt und so gezwungen, ihrer Stellung in dieser Union zu entsprechen. Als sie dann aus dem langen und harten

Kampfe mit den reaktionären Gewalten siegreich hervorgegangen war, ergriff sie, noch vor dem Fall des Ausnahmegesetzes, die Initiative für die Wiederaufnahme des Bemühens, Verständigung und gemeinsames Wirken zwischen der klassenbewußten Arbeiterklasse aller Länder herbeizuführen.

So kam im Jahre 1889 der internationale Arbeiterkongress in Paris zu Stande, der hauptsächlich der Frage des internationalen Arbeiterkampfes galt, und in Konsequenz der diesbezüglichen Beschlüsse das internationale Weltfest der Arbeit (Maiseier) schuf. Ihm folgten die internationalen Sozialistenkongresse zu Brüssel 1891, zu Zürich 1893, zu London 1896, zu Paris 1900 und zu Amsterdam 1904.

Jeder dieser Kongresse bildet einen Meilenstein in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Es sind auf ihnen alle die großen internationalen Fragen, die das Interesse der Arbeiterklasse und der Kultur betreffen, erörtert worden, so insbesondere: die internationale Arbeiterkämpfgesetzgebung, die Sozialpolitik im allgemeinen, die Frage der Sicherung des Völkerfriedens, wirtschaftspolitische Fragen aller Art, Auswanderung und Einwanderung usw. Aus ihren Verhandlungen und Beschlüssen ergibt sich, daß sie mehr und mehr beherrscht wurden von der Erwägung der Notwendigkeit praktischen Wirkens, in erster Linie der Ausführung der gefassten Beschlüsse. Was muß es, die schönsten Beschlüsse zu fassen, wenn man sich nicht darauf einrichtet, sie auszuführen? Deshalb beschloß der Pariser Kongress 1900 die Errichtung eines besondern internationalen Sekretariats mit dem Sitz zu Brüssel, und die Schaffung eines interparlamentarischen Komitees, eine Art Zentralkommission. Diesen beiden Körperschaften wurden alle die Aufgaben zugewiesen, die für die Festigung der internationalen Beziehungen der Arbeiterklasse, für die Einberufung internationaler Kongresse und für die Durchführung ihrer Beschlüsse zu erfüllen sind.

Zum ersten Male findet nunmehr ein internationaler Arbeiterkongress in Deutschland statt. Wie auf jedem der vorhergegangenen dieser Kongresse, so werden auch auf diesem die auf dem Boden der sozialdemokratischen Prinzipien stehenden Gewerkschaften vertreten sein. Zwischen der sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist ein Abkommen dahin getroffen, daß die Partei und die Gewerkschaften je 150 Delegierte auf den Kongress entsenden. Es liegt darin eine freiwillige Beschränkung der Vertretung Deutschlands, die durch Rücksichten auf den Umfang der ausländischen Delegation geboten war.

Das internationale sozialistische Bureau hat vorgeschlagen, die Tagesordnung des Kongresses folgendermaßen festzusetzen:

- a) der Militarismus und die internationalen Konflikte;
- b) die Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften;
- c) die Kolonialfrage;
- d) die Ein- und Auswanderung der Arbeiter;
- e) das Frauenwahlrecht.

Es wird nun darauf ankommen, ob sich der Kongress mit dieser Tagesordnung einverstanden erklärt oder sie ändert. Beginn, ergänzt, wozu er selbstverständlich be-

fugt ist. An Wünschen und Vorschlägen, sie abzuändern oder zu ergänzen, dürfte es wohl nicht fehlen. Auch die Zulassungsfrage, die schon auf früheren internationalen Kongressen öfter zu entscheiden war, ist bereits wieder aufgeworfen durch ein Amendement der Independent Labour Party Englands, das dahin geht, man möge auch diejenigen Gewerkschaftsorganisationen, die bona fide nicht ausdrücklich auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, zum Kongress zulassen.

Das internationale Bureau hat beschlossen, dem Kongresse vorzuschlagen, diesen Antrag abzulehnen. Wir glauben leider mit Sicherheit annehmen zu müssen, daß der Kongress diesem Beschlusse beitreten wird. Man kann darüber, ob jene Gewerkschaftsorganisationen zuzulassen sind oder nicht, zweierlei Meinung sein. Welche Gründe das internationale Bureau bestimmt haben, ihre Nichtzulassung zu empfehlen, wissen wir nicht. Nach unserem Dafürhalten würde die Zulassung dann kein Fehler sein, wenn man sicher sein könnte, daß jene Gewerkschaften in der Absicht am Kongress teilnehmen würden, den internationalen Interessen des Proletariats im allgemeinen zu dienen. Nicht immer ist die unbedingte Abstoßung mehr oder weniger vom demokratischen Sozialismus abweichender Elemente das praktisch Richtige.

Was die vorgeschlagene Tagesordnung anbetrifft, so mißbilligen wir keinen der aufgestellten Punkte. Wir haben auch nicht den Wunsch nach einer Ergänzung. Ein solcher Wunsch ist von vielen Seiten rüchrichtlich der Maiseierfrage geäußert worden, die in der vorgeschlagenen Tagesordnung nicht ausdrücklich berücksichtigt worden ist. Wir halten das für keinen Fehler, denn diese Frage wird ohne Zweifel in die Erörterung der Beziehungen zwischen den politischen Parteien und den Gewerkschaften einbezogen werden. Uebrigens sind wir der Meinung, daß speziell die Differenzen, die in Deutschland zwischen Partei und Gewerkschaften in der Maiseierfrage entstanden sind, nicht auf einem internationalen Kongress beseitigt werden können. Ihre Überwindung liegt lediglich bei der Partei und den Gewerkschaften Deutschlands selbst. Internationale Kongresse können in dieser Frage nur allgemeine Normen aufstellen, und das ist ja längst geschehen. Es würde sich nur darum handeln, ob man an diesen Normen, die lediglich eine prinzipielle Bedeutung haben, festhalten will. Jeden Versuch, die Taktik, das praktische Wirken der Partei und der Gewerkschaften in den einzelnen Ländern zu schematisieren, würden wir für durchaus verfehlt halten.

Es kann nicht fehlen und ist sogar wünschenswert, daß die Beziehungen zwischen Parteien und Gewerkschaften einer gründlichen Erörterung unterzogen werden. In diesem Punkte Klarheit und eine allgemeine normative Richtschnur zu geben, erscheint geboten, um so mehr, als neben der politischen und im Zusammenhang mit ihr die gewerkschaftliche Bewegung und Organisation immer stärker und bedeutender wird. Wir legen nicht die Befürchtung, daß der internationale Kongress die stetig wachsende Bedeutung dieser Organisation und Bewegung verkennen könne und nicht geneigt sei, ihr Rechnung zu tragen. Und wir bringen den Wunsch zum Ausdruck, daß die Verhandlungen des Kongresses darüber ohne Störung der Grundharmonie zwischen beiden verlaufen und zu einem befriedigenden Resultate führen mögen.

Von besonderem Interesse für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ist weiter der Punkt: Ein- und Auswanderung der Arbeiter. Speziell die baugewerbliche Arbeiterschaft Deutschlands hat das dringende Bedürfnis, daß es in diesem Punkte, der ja bereits auf dem Amsterdamer internationalen Kongress zur Beratung stand, aber eine befriedigende Entscheidung nicht gefunden hat, endlich zu praktischen Resultaten kommt. Die wilde Konkurrenz ausländischer Arbeitskraft gegen die inländische ist eine internationale Misere, unter der auch die deutschen Arbeiter und hier in erster Linie die des Baugewerbes sehr schwer zu leiden haben. Es ist notwendig, die gewerkschaftlichen und die politischen Arbeiterorganisationen aller Länder dahin zu bringen, daß sie mit andauernder Entschiedenheit und Energie den Kampf, die solidarische Selbsthilfe gegen diese Misere, zu ihrer Aufgabe machen. Mit schönen Worten, mit immer wiederkehrenden Resolutionen ist das nichts getan; die richtige Erkenntnis und der gute Wille müssen endlich in entscheidende Tat, in erfolgreiches praktisches Wirken umgesetzt werden. Sonst wird der große Zweck internationaler Verständigung und Propaganda verfehlt. Kein Spiel mit Worten, meg mit der Phraseologie, die ja allerdings eine bequeme Art der Propaganda abgibt, aber nicht nur nichts nützt, sondern unter Umständen selbst die Resorption abgeben kann, hinter der sich Unfähigkeit und Unlust zu praktischem Wirken verbergen. Am Phrasen über internationale Solidarität zu dreheln, dazu sind die praktischen Aufgaben der Arbeiter aller Länder, deren Förderung der Kongress dienen soll, denn doch zu wichtig und zu ernst. Sie können verlangen, daß diese Solidarität in höherem Maße als bisher, ihre praktische Verwirklichung findet. Das ist das Wichtigste von allem.

Erfüllt von diesem Wunsche, entbieten wir dem internationalen Kongress in Stuttgart unseren Gruß!

Politische Umschau.

Zur **Maifesterfrage** schreibt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt in den „Sozialistischen Monatsheften“ u. a. folgendes: „Die Maifeier hat ihre agitatorische Wirkung, wie jede andere Aktion der Partei oder Gewerkschaft. Sie kann aber auch zur unrichtigen Zeit, am unrichtigen Ort, in schwerer Schade herbeizuführen, und gerade weil dieser Schaden auch in der Partei gegenwärtig richtiger eingeschätzt wird, kommt die Betonung zur Voricht jetzt stärker zum Ausdruck. Es ist ein großer Unterschied, ob in einer Schlußmacherschaft mit drei oder vier Arbeitern die Maifeier befohlen wird, oder ob sie von 4-5000 Arbeitern in einem Betriebe der Metallindustrie

durchgeführt werden soll; die wirtschaftlichen Nachmittel sind hier sehr verschieden. Will die Partei weiter, wie es im vorigen Jahre geschah, auch zur Unterstützung der Ausgewanderten beitragen, so spielt die Frage für den Parteivorstand keine unbedeutende Rolle. Für den kleinen Konflikt in Berlin wendete der Parteivorstand im vorigen Jahre 80 000 auf. Eine Summe, die bei einer regelmäßigen Wiederholung für die Partei eine sehr unangenehme Belastung sein würde, und die sie bei ihrem gegenwärtigen Stand wohl nicht dauernd übernehmen könnte; ganz abgesehen davon, daß der Anspruch leicht um das Zehnfache gesteigert werden kann. Wenn in diesem Jahre die Ausperrungen wegen der Maifeier weniger umfangreich wurden, so ist das sicherlich dem Streben der Gewerkschaften zuzuschreiben, vor- sichtig abzuwägen, wie weit die Kräfte reichen.“

Bürgerliche Blätter knüpfen an diese Ausführungen höchst unzulässige höhnische Bemerkungen, so z. B.: „Der „Weltfeiertag“ wird von den sozialdemokratischen Massen tatsächlich mit immer kritischeren Mienen betrachtet.“ Die Wahrheit ist, daß er seit seiner Einführung, die im Jahre 1890 erfolgte, stets innerhalb der Partei und der Gewerkschaften der Kritik unterworfen gewesen ist. Es bestand sogar schon 1890 eine starke Strömung, die dahin ging, von einer regelmäßigen Wiederkehr der Maifeier abzusehen. Eine andere wollte und will die Feiertage auf einen Sonntag verlegt wissen, um den Konflikten wegen der Arbeitsruhe aus dem Wege zu gehen. Und auch die Richtung war schon von Anfang an da, die sich gegen die Arbeitsruhe erklärte und die Feiertage auf Versammlungen am Abend beschränken will. Die Maifeierdifferenzen sind also gar nichts Neues; sie waren früher mindestens so stark, wie sie jetzt sind.

„Sozial und liberal“. Unter dieser Überschrift schreibt das Organ der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften in der Provinz Sachsen, der „Mitteldeutsche Kurier“, über das Verhältnis der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften zu den sozialdemokratischen:

„Heute stehen sich die beiden berufenen Vertreter des kleinen Mannes gegenüber, und können zusammen nicht kommen.“ Der Wagon des Sozialismus ist festgefahren, da die eingetretenen Verhältnisse seine Voraussetzungen tilgen frohen. Er kann so bald nicht wieder flott gemacht werden, da er einen gründlichen Umbau erfahren muß. Die Zeit für den Liberalismus ist daher äußerlich günstig, wenn er sie auszunutzen versteht. Für die deutschen Gewerkschaften ist die Bahn klar vorgezeichnet. Sie werden auch in Zukunft gegen jeden Versuch, aus Mangel an Liberalismus von den sozialdemokratischen Gewerkschaften einfach beiseite geschoben zu werden, energig Front machen. Diesen Kampf für eine liberale Auffassung in der heutigen Arbeiterbewegung führen die Gewerkschaften geschlossen, als Korporation. Sie erkennen, daß dieser Kampf jedoch dadurch, daß sich immer wieder erbliche Arbeiter irreleiten lassen und, um der Zwangsjacke des Sozialismus zu entgehen, sich auf Gnade und Ungnade dem Unternehmertum in die Arme zu werfen. Hier ist eine große Aufgabe im Dienste des Fortschritts, im Dienste der Kultur zu lösen, was wieder aufzuweisen, was von anderer Seite gewünscht worden, und diese Lösung kann nach Lage der Sache nur das Werk der neutralen Ge-

werksvereine sein. Der Kampf ist schwer, aber er wird erleichtert durch das Bewußtsein, an diesen vermorrhren Zuständen schuldlos zu sein. Aber auch die andere Seite des Kampfes darf nicht vergessen werden. Man mag dem Liberalismus manche Gründe nachweisen, aber den Vorwurf, die persönliche Freiheit beschränkt zu haben, wird man ihm gewiß nicht machen können, denn hier hat er seinen Namen ehrenvoll behauptet. So ist unsere Stellung dem Liberalismus gegenüber eine wesentlich andere. Stehen wir dem Sozialismus geschlossen gegenüber, um das höchste Gut des Kulturmenschen, die persönliche Freiheit zu erlangen, so schließen wir uns als Einzelmitglieder den liberalen Vereinigungen an, um den verloren gegangenen sozialen Charakter zurück zu gewinnen. In diesem Sinne wirken die deutschen Gewerksvereine als die Pioniere einer besseren Zukunft, und in diesem Sinne sind sie sozial und liberal.“

Der „Mitteldeutsche Kurier“ leistet sich die Be- launghabe einer höchst merkwürdigen Auffassung. Der Liberalismus hat früher den feineren Sozialismus etwas wissen wollen, wobei vom demokratischen noch vom Staatssozialismus. Er selbst hat sich bezeichnet als den entschiedensten und schroffsten Gegensatz zum Sozialismus. Erst in neuester Zeit hat er aus reiner parteipolitischen Spekulation angefangen, sich zu „sozialisieren“, d. h. sich ein soziales Antlitz anzugähnen, um indifferenten Arbeiter für seine parteipolitischen Zwecke einzufangen. Die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine sind ja auch nichts anderes, als das Produkt einer parteipolitischen Spekulation des Liberalismus. Ihre Führer und der größte Teil ihrer Mitglieder haben sich früher stets ganz offen zu den liberalen Parteien bekannt und die Gewerksvereine selbst nach Möglichkeit in den Dienst dieser Parteien gestellt; um der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Sie haben damit verbientes Mißtrau gemacht. Wenn nun jetzt der „Mitteldeutsche Kurier“, die Gewerksvereine auffordert, sich als Einzelglieder den liberalen Vereinigungen anzuschließen, so entspricht das ganz der Tendenz, aus der die Gewerksvereine selbst erwachsen sind. Der „soziale“ Liberalismus der Gegenwart ist im Grunde seines Wesens um kein Haar besser als der monarchistische der Vergangenheit. Einen „sozialen Liberalismus“ als Charakteristikum der liberalen Parteien gibt es nicht und kann es nicht geben. Die große Aufgabe im Dienste der Kultur, wahrre und echte persönliche Freiheit zur Geltung zu bringen, ungetrübte Vermögensverhältnisse zu beschaffen mögen die Gewerksvereine führen nur ruhig den freien Gewerkschaften, und der Sozialdemokratie überlassen; sie werden diese Aufgabe im Grunde mit dem Liberalismus nicht lösen.

Ueber die Organisation der Unternehmer und ihren Wert äußern sich die Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten Württembergs für 1906. Der Beamte für den dritten Bezirk schreibt:

„Die Früchte des Zusammenflusses der Unternehmer machen sich heute durch eine viel ruhigere und würdigerer Behandlung der Arbeiterfragen teils des einzelnen Betriebs. Die Erziehungsarbeit der Unternehmerverbände ist ununterbrochen. Dadurch, daß alle Streitfragen eine kollektive Behandlung erfahren, werden sie in den Gedankenkreis eines jeden Betriebsmitgliedes eingeführt; sie müssen von ihm innerlich verarbeitet werden. Die verschiedenen Gedanken und Anschauungen werden in gemeinsamen Erörterungen gewöhnlich und geklärt. Der

Alle Unternehmungen werden nur dann gewährt, wenn der Extrabeitrag gezahlt ist.

Beton wasserdicht zu machen.

Von Fred Good.

(Nachdruck verboten)

Der Begriff „wasserdicht“ wird vielfach mißverstanden; viele unterscheiden nicht klar Dichtigkeit, Wasserdichtigkeit bezw. Durchlässigkeit und Porosität. Infolge der unrichtigen Anwendung des einen oder anderen Wortes in technischen Erklärungen bezw. Beschreibungen ausgeführter Bauarbeiten werden aber auch häufig falsche Vorstellungen über die Eigenschaften eines Materials hervorgerufen. Wenn wir daher über Verfassungen sprechen wollen, die geeignet sind, den Beton wasserdicht zu machen, so müssen wir uns vor allen Dingen Klarheit darüber verschaffen, welcher Beton nicht wasserdicht ist und wie die oben bezeichneten Charaktereigenschaften technisch überhaupt zu verstehen sind.

Dichtigkeit und Wasserdichtigkeit sind völlig verschiedene Eigenschaften. Wenn ich z. B. von einem Fenster sage, es wäre nicht dicht, so heißt das allerdings: es schließt nicht dicht — die Fugen lassen Luft und Wasser durch. In diesem Falle ist Dichtigkeit und Wasserdichtigkeit so ziemlich dasselbe. Wenn wir aber von einem Baumaterial sprechen, so mag ein Kunst- oder ein Naturprodukt sein, so versteht man unter Dichtigkeit das enge Zusammenhängen des Gornes. Ein dichter Betonblock ist also ein Block, bei dem die Zwischenräume zwischen dem benutzten Baumaterial, oder grobem Kies mit Sand, Zement, Kalk usw. gut ausgefüllt sind, so daß die Einzelteile dicht zusammenhängen. Ein solcher Block braucht aber darum noch nicht wasserdicht zu sein. Die Porosität bezeichnet den Prozentsatz der mehr oder in der gleichmäßig durch die Wasse verteilten kleinen Oeffnungen.

Unter Durchlässigkeit versteht man die Gefährdung, mit der das Wasser einen Stein- oder Betonblock durchdringt. Der Stein, bei welchem das Wasser eine größere Zeit braucht, um von der Oberfläche nach der Unterseite zu dringen, ist undurchlässiger als das Vergleichsobjekt. Als undurchlässig ist ein Betonblock zu bezeichnen, durch welchen unter dem normalen Druck, welchen das Material bei seiner Verwendung ausüben kann, nicht mit einer Geschwindigkeit dringt, die zu einer Durchfeuchtung des Bauteiles führt, wie der zu benutzenden Räume führen würde. Daß er absolut undurchlässig sei, wird nicht verlangt. Über Durchlässigkeit und Wasserdichtigkeit ist

nicht dasselbe. Ein wasserdichter Block absorbiert beim Eintauchen in einen Wasserbehälter nichts von der Flüssigkeit. Was ist Absorption? Die Fähigkeit, Wasser in die Poren einzusaugen. Die Absorptionseigenschaft bezeichnet das Maß von Wasseraufnahme, welches man bei einem nur teilweise eingetauchten Block konstatieren kann. Die Wasseraufnahme hängt natürlich auch von der Zeit ab, während welcher der Block im Wasser liegt. Absorptionsproben deht man bei Betonblöcken in der Regel 24 Stunden aus. Die Absorptionseigenschaft von Beton ist außerordentlich verschieden und hängt völlig von der Qualität und dem Verwendungszweck des Materials ab. Die durchschnittliche Absorptionseigenschaft beträgt etwa 5 pzt.

Kein Betonblock ist wirklich wasserdicht im bezeichneten Sinne. Geeignetes Material und sorgfältige Arbeit können die Wasserdichtigkeit erheblich steigern, aber keinen Block absolut wasserdicht machen. Sie können aber die Undurchlässigkeit bedeutend erhöhen. Die richtige Auswahl und Mischung der Materialien dient zur Verringerung der Leeren zwischen den größeren Stoffen, des Betons, wodurch die Absorption des Wassers reduziert wird.

Will man nun die Durchlässigkeit vermindern, so muß man vor allen Dingen wissen, wodurch dieselbe verursacht wird. Die hauptsächlichsten Ursachen sind: Anwendung zu feinen Sandes ohne Zusatz grober Bestandteile, allzu trockene und ungenügende Mischung und unzureichende Zementmenge. Diese Ursachen bewirken einzeln oder zusammen leere, mehr oder minder zusammenhängende Räume, welche die Voraussetzung der Durchlässigkeit des Betons bilden. Grobes und feines Material in geeigneten Mischungsverhältnissen liefert bessere Resultate als jedes derselben für sich angewendet. Es ist leicht zu konstatieren, daß die Wasserdichtigkeit einer Sandmischung durch Zusatz eines richtig bemessenen groben Materials bedeutend erhöht wird und daß sich die Durchlässigkeit von Bruchsteinbeton durch Zusatz von Sand erheblich vermindert; denn die Größe der Leeren wird durch diese verringert. Die Betonrezepte sind meistens schon dementsprechend eingerichtet, aber auch eine trockene Mischung wird zu viel leere Räume ergeben, während andererseits ein zu dünnflüssiger Mörtel wieder nicht als geeignetes Füllmaterial angesehen werden kann, weil er zu wenig Zement enthält. Zur Erhöhung der Wasserdichtigkeit des Betons schlägt „Cement Age“ verschiedene Verfahren vor. Sehr man auf einen Teil Zement einen halben Teil hydraulischen Kalks zu, so ergibt man größere Dichtigkeit ohne Kraftverlust

und eine bedeutende Verminderung der Durchlässigkeit. Einige Autoritäten empfehlen den Gebrauch von hydraulischem Kalk und Zement zu gleichen Teilen. Für den Mörtel, in welchen die Wände verlegt werden, nimmt man am besten gelöschten Kalk und Zement in gleichen Mengen.

Eine der wirksamsten Methoden, das Eindringen von Feuchtigkeit zu vermindern, ist die, das Innere des Blocks durch eine undurchlässige Außenfläche zu schützen. Bei der Zementation muß der Block so komprimiert werden, daß die Verleibungseigenschaft vollständig dicht wird und sich fest mit dem darunterliegenden groben Beton verbindet, so daß keine Spaltlinie zu unterscheiden ist. Bei richtiger Ausführung liefert diese Methode ausgezeichnete Resultate. Jeder Versuch jedoch, einen fertigen Block mit einer Außenschicht zu überziehen oder Masse und Verleibung des Blocks getrennt zu fabrizieren, mißlingt unfehlbar.

Den üblichen Fabrikationsmaterialien kann man noch verschiedene Zusätze geben, die durch chemische Reaktion für Wasser undurchdringliche Substanzen erzielen sollen. Das harmloseste unter den selbst herzustellenden ist eine Beimischung von 5 pzt. Alaunpulver und 1 pzt. Schmierseife zu dem Zement oder von 10 pzt. einer Waschlauge zum Zement. Allerdings wird den Blockfabrikanten eine Anzahl chemischer Verbindungen unbekannter Bestandteile angeboten, unter der Garantie, daß sie die Wände wasserdicht machen. Doch selbst wenn die ursprüngliche Stärke des Zements nicht unter solcher Verleibung leidet, so ist es doch immer noch recht fraglich, ob die beigefügten Bestandteile auch ebenso dauerhaft und langzeitig sind wie der Zement.

Auch für das Wasserdichtmachen eines fertigen Bauwerks gibt es zahlreiche Methoden. Das abwechselnde Auftragen einer heißen Seifenlösung und einer Alaunlösung ist als das Schlußverfahren bekannt. In technischen Zeitschriften werden farb- und geruchlose Flüssigkeiten bekannt gemacht, von denen nur eine Schicht unecht aufgetragen zu werden braucht, um eine Mauer wasserdicht zu machen. Ueber die Dauer einer solchen Undurchlässigkeit bei Bauwerken, die den atmosphärischen Einflüssen ausgesetzt sind, hat allerdings noch niemand bisher eine Meinung geäußert. Eine andere, besonders für Kellermauern geeignete Methode dieser Art ist das Bestreichen der Innenwände mit gleichen Teilen heißen Dachteers und Portlandzementes oder mit einem der patentierten wasserfesten Anstriche.

Staat, politische Probleme vom Standpunkte der eigenen Interessen durchzuarbeiten, sich in ihnen zurechtzufinden und sie mit den Interessen weiterer Kreise in Einklang zu bringen, befreit die Engstirnigkeit, der man in Handwerkerkreisen früher bei der Verteilung der Arbeiterfragen begegnet ist. Jedenfalls hat diese soziale Durchbildungsarbeit der Verbände wesentlich dazu beigetragen, den friedlichen Abschluß von Tarifverträgen zu erleichtern. Als von besonderem Interesse verdient auch die Tatsache hervorgehoben zu werden, daß durch die Unternehmervverbände des Handwerks und der Großindustrie der früher mit Häufigkeit festgehaltene Grundsatz, nur mit den einzelnen Arbeitern des Betriebes und nicht mit deren Verbänden zu verhandeln, allmählich verlassen wird. Gewiß haben da und dort die Machtverhältnisse der Kontrahenten die Unternehmer gezwungen, den früheren Standpunkt aufzugeben, aber es wäre falsch, diesen sich vollziehenden Umschwung in der Anschauung nicht auch höherer sozialer Einsicht auszuweisen, die auf Grund der Erfahrungen bei Lohnkämpfen und bei Verhandlungen der Parteien gewonnen worden ist. Aus begründeten Gründen wird dies ja von Unternehmern und Betriebsleitern nicht so allgemein und offen ausgesprochen, ein Teil derselben aber, die Lohnkämpfe durchgeführt und zum Abschluß gebracht haben, bezeugt, daß sie viel lieber mit einem geschulten Verbandeleiter zu tun haben wollen, als mit einer Gesellschaft unorganisierten Arbeiter, die nicht wissen, was sie wollen.

Wenn das Unternehmertum nach und nach zu der Einsicht kommt, daß die Anerkennung der Arbeiterorganisation sowohl unter dem Gesichtspunkte der beiderseitigen Interessen wie unter dem der Gerechtigkeit eine Notwendigkeit ist, so hat man das dem energischen, unausgesetzten Kampfe zu verdanken, den die freien Gewerkschaften um diese Anerkennung Jahrzehnte hindurch geführt haben. Es würde damit das Wort: „Das Interesse ist die Mutter der Einsicht“ eine neue Bestätigung erfahren. Mit der Geltendmachung einer Prozentumsatzsteuer, mit der rigorosen Abweisung der Arbeiterorganisation haben die Unternehmer nichts anderes erreicht, als eine Reihe schwerer Kämpfe, in denen sie selbst als Sieger die Geschlagenen waren. Die bedeutendsten Nachteile in diesen Kämpfen haben stets die kleinen und mittleren Unternehmer gehabt, die sich von den großen verleiten ließen zu dem Versuch, für diese die Interessen aus dem Feuer zu holen. Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie haben stets die Unternehmervorganisation grundtätig anerkannt, allerdings unter der ganz selbstverständlichen Voraussetzung, daß sie nicht dazu mißbraucht werden, die Organisation der Arbeiter zu verewigen. Diesem Zwecke haben bis jetzt alle Unternehmervverbände gehorcht; im Gegen und im Projekt sie mit ihnen gegen die Arbeiterorganisation, bestand und besteht noch ihre „Erziehungsbewegung“. Soweit von einer sozialen Durchbildungsarbeit die Rede sein kann, kommt sie auf Rechnung der freien Gewerkschaften. Man erinnere sich, welche Kämpfe es ihnen gekostet hat, die Tarifverträge zum Durchbruch zu bringen. Unausgesetzt ist das Schmarhumertum an der Arbeit, das, was auf dem Gebiete der Beziehungen zwischen Arbeit und Kapital an Verbesserungen erreicht worden ist, wieder zu zerstören. Solange der Teil des Unternehmertums, der wirtschaftlich höherer wirtschaftlicher und sozialer Einsicht gelangt ist, nicht mit der Arbeiterorganisation energisch gemeinsame Sache zur Bekämpfung der Schmarhumertum macht — solange werden die Antriebe dieser Kämpfe kein Ende nehmen.

Hausagrarier und „Vollvertreter“. In Hamburg hielt der Zentralverband der hiesigen Haus- und Grundbesitzervereine Deutschlands seinen 29. ordentlichen Verbandstag ab. Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu ersehen, daß bei den letzten Reichstagswahlen vom Vorhause 24 Reichstagsabgeordnete verpflichtet wurden, „für die Interessen des Hausbesitzes gegen die Baugenossenschaften einzutreten“. Es solle verhindert werden, daß immer neue Summen zu Gunsten der Baugenossenschaften ausgegeben würden, während die Beamten selbst von den Wohnungen der Baugenossenschaften gar nicht bedrängt seien und sogar schon eine Mietschönung dieser Wohnungen in Aussicht genommen worden sei. An den Bundesrat und an den Reichstag wurden je vier Petitionen abgeandt, ferner noch je eine an das Reichsjustizamt und an das preussische Staatsministerium.

Offenlich erfährt man gelegentlich die Namen der 24 Herren, die sich nicht geschämt haben, ein Stimmenschauspiel zu geben, nach soll der Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes und an seine Instruktionen und Abmachungen gebunden sein. Jene 24 Mandatsträger — natürlich sind sie alle „nationale“ Männer — aber haben sich zu parlamentarischen Knechten des höchst bedenklichen, gemeinlichlichen Sonderinteresses der Hausagrarier degradiert. So, mit solchen erbärmlichen Mitteln werden „nationale“ Wahlen zu Stande gebracht!

Gewerkschaft und Partei. Dem Bericht des sozialdemokratischen Agitationskomitees für den 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis entnehmen wir folgendes:

„Das Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaften und die gegenseitige Unterstützung ist in Leipzig von jeher eine erfreuliche Gewohnheit. Nur bei den Arbeitern der Partei vermehrte man bisher die Gültigkeit der Gewerkschaftsmittel. In diesem Frühjahr wurden zwischen Agitationskomitee der sozialdemokratischen Partei und dem Ausschuss des Gewerkschaftsartikels bestimmte Vereinbarungen für gemeinsames Arbeiten getroffen, die ein freundschaftlich-nachbarliches Verhältnis herbeiführen müssen. Diese Vereinbarungen fanden auch die Zustimmung in den anderen Kreisen des Bezirkes und dürften gute Früchte tragen. Daß sie nicht bloß auf dem Papier stehen, beweist der Umstand, daß das Agitationskomitee den

ausgesperrten Buchbindern 4800 zur Verfügung stellte und die Gewerkschaften der Partei bei der Reichstagswahl mit 8078 Häuflein unter die Arme griffen.“

Büchlerische Wälder bezeugen diese Angaben dazu, die Gewerkschaften als „Werkzeuge der Umstürzpartei“ zu schildern. Daß es gemeinsame große Interessen der Arbeiterklasse sind, welche das solidarische Wirken von Gewerkschaften und Partei bedingen, darüber wissen jene Wälder ihren Lesern keine Rechenschaft zu geben.

Auch die christliche „Baugenossenschaft“ greift diese Politik auf und knüpft daran ihre altgewohnten Sprüche von der „Neutralität der freien Gewerkschaften“. Ihre Stellung dazu ist wie immer, ungemein kleinlich und beschränkt und läßt jede großartige Würdigung des Zusammenhanges von wirtschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen vermissen. Dabei schreibt sie, die in der oben angeführten Politik erwachten Interessen hindern und nicht, die finanzielle Unterstützung der Partei durch die Gewerkschaften zu leugnen. Wir verlangen im allgemeinen nicht, daß die Baugenossenschaft der „Grundstein“ aufmerksam lesen, aber wenn sie die Stellungnahme des „Grundstein“ kritisieren wollen, so ist es wohl nicht unbillig, wenn wir von ihnen verlangen, den „Grundstein“ zu kennen. Wir fordern die „Baugenossenschaft“ auf, uns anzugeben, wann und wo wir die finanzielle Unterstützung der Partei durch die Gewerkschaften gekannt haben! Sie wird das natürlich nicht können. Für die Folgezeit aber mögen die Kollegen dort die Güte haben, nicht allzu gedankenlos zu arbeiten.

Nahe Leute sind doch unsere christlichen Kollegen. In Nr. 32 der „Baugenossenschaft“ befindet sich ein Artikel, der für die vom christlichen Baubauarbeiterverbände ausgeschriebenen Ertragsbeiträge Stimmung machen soll. In diesem Artikel heißt es:

„Wir glauben nicht sehr gerne, wenn wir annehmen, daß wir am Vorabend einer allgemeinen Sozialistischen Revolution stehen. Das Verhalten der Polizei zur Zeit im Berliner Bauarbeiterkampf, desgleichen in Halle und Erfurt, und insbesondere das dieses Jahr auch in Baden eingelegt, muß uns vermuten lassen, daß dem „System“ zu Grunde liegt.“

Das ist denn aber doch recht schnurrig! Das klingt gerade so, als ob diese politischen Lebensunfähigkeit etwas Neues und noch nie dagewesenes wäre. Seit der Jahrzehnte muß sich die deutsche Arbeiterklasse mit diesem hundertjährigen System sozialistischer Schläue in dem Zehntel von Deutschland herumtoben, und die „Baugenossenschaft“ glaubt erst am Vorabend eines „politischen Wollfregiments“ zu stehen! Was sie einmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung umhauert, sie wird auf jedem Blatte die Spuren sozialistischer Schläue finden. Weiß doch auch die Bauarbeiterbewegung ein Lied davon zu singen! Von den Zeiten des Ausnahmestadiums ganz zu schweigen, hatten wir doch fort und fort unter dieser uninformierten Rechtsabteilung zu leiden. In Württemberg sollte man einmal das Streiklokal auf und einmal erklärte die Polizei den Streik für beendet. In Halle gingen Sozialisten als arbeitswillige Arbeiter verkleidet umher, um sich belästigen zu lassen. In Berlin kommen ganze Menschenleben zusammen, wenn man die Zeit zusammenrechnet, die ruhige Streiklokalen in politischen Gewahrsam zubringen mußten, ohne irgend einen Nutzen dazu gegeben zu haben. Und die Fälle, wo uns durch politische Treiben das Verarmungsrecht genommen wurde, zählen sicher nach mehreren Tausenden. Wenn das alles erst am „Vorabend“ sein soll — na dann kann es noch gut werden! Wir denken die Sache von der anderen Seite. Je mehr die christlichen Organisationen geizig und in der Lage sind, ernsthafte Bewegungen zu führen, um so mehr richtet sich das politische Treiben auch gegen sie. Und eigentlich ganz natürlich; denn die Polizei hat sich nie als etwas anderes gefühlt, als die Schutztruppe des Unternehmertums, und etwas anderes ist sie ja auch nicht. Da nun auch die christlichen Organisationen hin und wieder diesem Profit gefährlich werden, so freigen sie auch ihre Pflöcke. Darüber sind wir gar nicht traurig, denn es wird sicher den Ausgleich der Gegensätze zwischen uns und ihnen fördern. Jahrelang haben die christlichen Gewerkschaften schadenlos zugehört, wie wir gebührt wurden — nun hat die Polizeifant auf sie beim Wädel, und nun das Gefährt vom System der Polizeifant!

Also: das ist nichts Neues; vor dem am Vorabend einer neuen Polizeiarbeit, muß sich schon zu den naiven Leuten zählen lassen. Interessant ist höchstens, daß dieses System gerade im Zeitalter der „konstruktiven liberalen Bewegung“ so herrliche Willen freilich, daß sich sogar unsere christlichen Kollegen die Nase putzen — sie, die sich nach dem Ausfall der Reichstagswahlen vor Freude überschlugen und glaubten, am Vorabend einer „wahrhaft sozialen Wende“ zu stehen. Ja, ja, so geht's!

Sozialpolitische Gesetzgebung in der Schweiz. Aus Basel wird berichtet, daß die Regierung dem Großen Rat zwei Gesetzentwürfe über die Errichtung einer staatlichen Versicherungskasse für Arbeitslose und über die Unterstützung privater Arbeitslosenstellen unterbreitet hat. Erstere soll nach dem Vorschlag kassiert für alle arbeitsfähigen Lohnarbeiter vom 17. bis 60. Altersjahre sein, soweit sie nicht Mitglied einer privaten Arbeitslosenkasse sind und sie wenigstens drei Monate im Kantone wohnen. Die Beiträge der Versicherten sollen 50 Cts. bis 1 Fr. 20 Cts. pro Monat und die Unterstützung, die nach einer Karenzzeit von fünf Wochen während acht Wochen im Jahre ausgerechnet wird, 1 Fr. 50 Cts. bis 2 Fr. 50 Cts. pro Tag betragen. Außer den Einrichtungs- und Verwaltungskosten leistet der Staat vorläufig auf drei Jahre einen jährlichen Beitrag von 30 000 Fr. Der zweite Entwurf will der bisher privaten Arbeitslosenstellen gewährten Subvention gesetzlichen Halt geben und die Beiträge prozentual zu den Leistungen der Kassen ausrichten.

Eine Millionenstrafe. Die Aktion gegen das Zerkunwesen in den Vereinigten Staaten wird, der Interpretation des Präsidenten der Union entsprechend, jetzt mit großer Schärfe betrieben. Das Chicagoer Gericht hat das große Zerkununternehmen Rockefeller's, das sich mit dem Petroleumwucher befaßt, verurteilt, eine Strafe von 128 Millionen

Mark an den Bundeschat zu zahlen. Der Fall liegt nach einer Darstellung der „Kölnischen Zeitung“ rechtlich so: Die Standard Oil Company hatte mit der Chicago and Alton-Eisenbahngesellschaft einen Frachtpakt von 6 Cents für ihre Sendungen vereinbart, während der öffentlich bekannt gegebene Satz das Dreifache betrug. Solche heimliche Abmachungen sind durch das Bundesgesetz untersagt, und unter dem Druck des Präsidenten ist die Regierung seit längerer Zeit bestraft, dem Gesetz gegen die mächtigen Aktien- und Zerkungesellschaften Achtung zu verschaffen. Die höchste Strafe für Übertretungen dieser Art beträgt etwas über 80 000. Der Richter wandte dieses Strafmaß in jedem der einzelnen 1402 Fälle an, die zur Verhandlung kamen. So kam der gewaltige Betrag heraus, den bis jetzt noch keine Verurteilung ergeben hat, und der sogar die Beträge für den Schadenersatz in dem berühmten Falle des Schiffes „Alabama“ übersteigt, 100 England zur Zahlung an die Vereinigten Staaten verurteilt wurde. Es ist sehr merkwürdig, daß die Vereinigten Staaten für Louisiana, Alaska oder die Philippinen bezahlt haben, und die Höhe der Strafe legt die Befürchtung nahe, daß die öffentliche Meinung aus Abneigung gegen eine solche Verurteilung das Vorgehen gegen die Kassen und die Eisenbahngesellschaften nicht mehr weiter verfolgen wird wie bisher. Der Richter Landis nahm kein Blatt vor den Mund. Er führte bei der Verhandlung des Urteils aus, die beschuldigte Standard Oil Company von Indiana, eine kleine Gesellschaft mit einer Million Dollar Kapital, könne nicht in Betracht kommen, sondern die eigentliche Standard Oil Company, die von New-York, die ein Kapital von 100 Millionen Dollar besitzt, und der jene als abhängiges Wesen angegliedert sei. Dieses große Unternehmen verleihe her Richter mit Kollisionszonen und Verfehlungen; er behaupte, daß das Gesetz ihm nicht gelte, die Vertreter der Kassen ins Gefängnis zu schicken; denn sie verlegen die Gesetze mit Wissen, Verschärft und Troh. Weber der Standard Oil Trust noch irgend ein anderes Unternehmen habe das Recht, von den Eisenbahngesellschaften billiger Frachtpreise zu erpressen als die bei anderen Mitbewerbern entrichteten, und die Eisenbahngesellschaften seien ebenso schuldig, wenn sie sich zu solchen geheimen Abmachungen ergaben. Dementsprechend hat das Gericht angeordnet, daß auch die Chicago and Alton-Eisenbahn strafrechtlich verfolgt wird.

Uebrigens schweben noch sieben andere gleichartige Prozesse gegen den Standard Oil Trust. Dabei handelt es sich um 4222 Einzelfälle, offenbar für jeden einzelnen Frachtbrief gerechnet, und wenn die anderen Richter dasselbe Maß anwenden, wie Herr Landis, dürfte die fabelhafte Summe von 850 Millionen Mark herauskommen, der auch die große Gesellschaft Rockefeller's nicht standhalten könnte. Der Standard Oil Trust hatte in den drei Jahren 1903, 1904 und 1905 eine Einnahme, die das Sechsfache der jetzt über ihm schwebenden Strafe beträgt; seine Dividende belief sich auf 44,30 und 40 pSt. Seit 1872 hat der Trust beinahe drei Milliarden Mark verdient. Herr Rockefeller besitzt 2 pSt. des Aktienkapitals. Jedenfalls wäre der Trust in der Lage, die vom Richter Landis verhängte Strafe zu bezahlen, wenn es bei dieser bliebe. In der nächsten Zeit kommen vor dem Bundesgericht noch weitere Prozesse gegen Zerkungesellschaften wegen heimlicher Nachlässe von Eisenbahngesellschaften, so gegen A. Root und Co., den sogenannten Frachtpakt, wegen 17 Fällen; gegen die New York, Chicago and St. Louis Railroad wegen 51 Fällen und gegen die Lehigh Valley Railroad wegen 54 Fällen. Der Bundesanwalt Bonaparte, der Justizminister der Union, ist überzeugt, daß, wenn weiter wie bisher nachdrücklich gegen die Zerkun vorging, der Schwindel mit den Frachtermäßigungen ein Ende nimmt.

Na, die Buhdeler- und Schwindler-Gesellschaft wird sich schon zu helfen wissen. Vorerst heult sie jetzt über „Vermögenskonfiskation“.

Streiks in Japan. Auch dies Land, in dem sich erst die Anfänge kapitalistischer Kultur zeigen, hat bereits seine Klassenkämpfe. Wie in der „Frankfurter Zeitung“ zu lesen war, haben dort im Juni drei bemerkenswerte Streiks stattgefunden. In der Glasfabrik zu Shinagawa der Tokio legten sämtliche Arbeiter die Arbeit nieder, um höhere Löhne zu erlangen; das gleiche taten 1500 Kulis im Hafen von Yokohama, welche von ungefähr 50 Sineusegesellschaften mit dem Köchen und Laden der Schiffe beschäftigt werden. Die Leute erhalten nach unserem Gelde ungefähr 1,25 bis 8,15 täglich. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 50 pSt.; man einigte sich schließlich auf 25 pSt. Lohnerhöhung. Der bedeutendste Streik betraf die Schiffslieferanten in der Provinz Ito, in der 1034 Vergelute, 1020 Transportarbeiter und 21 Handwerker mit einem durchschnittlichen Tagelohn von — nach unserem Gelde — 1,75 beschäftigt werden. Die sämtlichen Minengruben wurden von den Arbeitern, die durch Zugang aus der Umgebung bis auf 6000 Mann verstärkt worden waren, innerhalb vier Tagen niedergebrannt, die elektrische Kraftstation wurde mit Dynamit zerstört und 700 Bureaubeamte wurden mit ihren Familien, zusammen circa 2000 Personen, verjagt. Da ein Polizeiaufgebot von 200 Mann machtlos war, mußte Militär requiriert werden.

Ueber diese Ausfaltungen ist die „Soz. Praxis“ recht erschreckt; sie befürchtet, daß in Japan Streiks viel leichter einen gewalttätigen Charakter annehmen werden als in Europa, obwohl ein durch Generationen gezeugener Massenhasß bis jetzt noch nicht vorhanden ist.

Woher dieser gewalttätige Charakter der Streiks in Japan kommt, sollte doch eigentlich der „S. P.“ nicht ganz unbekannt sein. Wir haben diese Erscheinungen in vielen Ländern, auch in europäischen. Jedem aber wird man dann auch sehen, daß dort, wo die Arbeitsverhältnisse von Gewalttätigkeiten begleitet sind, eine starke Gewerkschaftsorganisation fehlt. In den romanischen Ländern ist es bekanntlich auch so, daß fast bei jedem Streik Blut fließt, während es in Deutschland in dieser Hinsicht doch bedeutend besser ist, obwohl sich auch hier die Behörden konsequent auf die Seite der Unternehmer stellen. Die Behörden wissen hier, daß sie den Streiks mit der Anwendung der brutalen Gewalt doch keinen Abbruch tun können, und die Arbeiter wissen, daß sie nicht dadurch

fördern. Sie verfügen über bessere Mittel, nämlich über festgefügte Organisationen, die ihnen den Sieg verbürgen. Das würde Gefasel der „S. P.“ vom „großgezogenen Klassenhaß“ erklärt gar nichts.

Mauverbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansastädte:

Hamburg: Kirchwarder (Streik), Ochsenwärder (Sperren über Blecken, Noben in Spatenland und Mint in Moorfleth), Lübeck (Differenzen);

Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, Wulfsmoor, Segeberg, Rickling und Bordesholm (Streiks), Reinfeld (Sperre über E. Haagen), Sonderburg (Differenzen bei Landmann und Thomsen aus Schleswig, gesperrt sind die Bauten der Marinekasernen und der Admiralität);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holdorf), Rostock (Differenzen), Güstrow (Sperre über Thielke), Gielow (Sperre über Korff);

Brandenburg:

Berlin (Streik). Das Berliner Lohngebiet umfasst 54 politische Gemeinden. Die an der Grenze des Lohngebietes liegenden Orte sind folgende: Friedrichshagen, Copenick, Grünau, Bohnsdorf, Alt-Glönitz, Rudow, Buckow, Marienfelde, Gr.-Lichterfelde, Zehlendorf, Grunewald, Westend, Nonnenwiese, Haselhorst, Dalldorf, Reinickendorf, Schönholz, Nieder-Schönhausen, Hennersdorf, Weissensee, Hohen-Schönhausen, Friedrichsfelde und Karlshorst. Alle Orte die innerhalb dieses Kreises liegen, werden von dem Streik erfasst. Kalkberge-Rüdersdorf, Hennickendorf-Herzfelde, Hirschgarten (Streiks), Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreis Krankenhaus und Saalbau in Gallun);

Pommern:

Stolp (Aussperrung), Cammin, Garitz a. d. O. (Streiks), Pölitz (Sperre über Paape), Greifswald (Differenzen bei Zimmerern und Bauarbeitern), Belgard (Differenzen), Pyritz (Sperre über Friedrich Berg);

Ost- und Westpreußen:

Zoppot (Streik), Marienwerder (Differenzen), Könitz (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Rehse), Memel (Sperre über Richtmeier und Schmidt);

Posen - Schlesien:

Schwesenz (Streik), Schneidemühl (Differenzen), Muskau i. d. Ober-Lausitz (Streik), Militsch (Sperre über Klein), Rawitsch (partieller Streik), Neusalzbrunn (Sperre über Täsler);

Königr. Sachsen:

Kirchberg (Streik), Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, M. Steyskal in Möckern, Sohrstrasse, Alfred Kirschner in L. Gohlis, St. Privatstrasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichtestrasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brandvorwerkstrasse, Hermann Kögel in L. Gohlis, Landsbergerstr. 14, Arthur Schulze in Wahren, Ecke der Hallischen- und Bahnhofstrasse, Fr. Probst & Co. L. Gautsch, Spinnerstrasse, Schneeberg (Sperren über G. Heckel in Schneeberg, Lain in Aue, Bau liegt in Nieder-schlema, und über den Fabrikenbau in Oberschlema, Unternehmeh Sinder), Meissen (Sperre über Teichertschen Ofenfabrik), Mülsen (mehrere Sperren), Aue (Sperre über Ritsch in Lössnitz);

Thüringen:

Jena (Differenzen);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Erfurt, Weissensels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Quedlinburg (Sperre über die Kasernenbauten des Unternehmers v. d. Föhr);

Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Springe, Wildeshausen, Delmenhorst, Wunstorf (Streiks), Celle (Aussperrung), Seesen (Sperre über Biol), Salzgitter (Sperre über Hönnerbach), Fallingb. (Sperre über Bostelmann);

Westfalen:

Hagen (mehrere Sperren);

Rheinland:

Aachen, Greifeld, Dellbrück (Streiks), Ruhrort-Laar (Sperre über die Kolonienbauten von Gebr. Meier);

Hessen und Waldeck:

Wildungen, Allendorf a. d. Werra, Gernshelm (Streiks), Rüdeshelm-Geisenheim (verschiedene Sperren);

Elsass-Lothringen:

Hagenau (Streik);

Baden-Pfalz:

Emmendingen (Streik), Offenburg (Streik der Zementteller), Unterharmersbach (Sperre über den Schulneubau);

Württemberg:

Ludwigsburg (Sperre über Schell);

Bayern:

Flötzing (Streik), Selb (Sperre über Jäger & Werner);

Fliesenleger:

Barmen-Elberfeld (Sperre über die Zwischenunternehmer Jeschowsky und Rummenhölz, Gelsenkirchen (Sperre über Lehmkuhl & Borchard);

Schweiz:

Basel, Bern, Bülach, Lachen-Siebenen (Streiks);

Oesterreich:

Aussig, Böhm.-Kamnitz, Göding, Leitomischl, Linz, Mährisch-Weisskirchen, Würzschlag, Tachau (Streiks);

Wie sie arbeiten.

Vor uns liegt ein durch Vielfachfälschung hergestelltes Schreiben, das von dem Arbeitgeberverband in Mecklenburg-Schwerin an einen italienischen Seelenverkäufer gerichtet ist. Es heißt dort:

Wir suchen für Moskau, wo die organisierten Gesellen die Mitglieder unseres Arbeitgeberverbandes gesperrt haben, während die nicht organisierten Maurer, im ganzen circa 120 Mann, ruhig weiter arbeiten, vorläufig zur Hälfte bis zum Herbst circa 16 bis 20 Maurer und 6 bis 8 Zimmerleute. Wir fragen Sie, ob Sie uns diese Leute oder einen Teil davon stellen können, und welchen Lohn Ihre Leute erhalten. Wir bemerken hierbei, daß die Hälfte der Maurer gute Arbeiter sein müssen, weil viele Bauarbeiten vorliegt. Der Stundenlohn beträgt in Moskau bei zehnstündiger Arbeitszeit 50 k. pro Stunde. Die Leute müssen schon in den ersten Tagen bereit sein, nach Moskau zu fahren, und werden auf Wunsch von unseren Mitgliedern abgeholt.

In der Hoffnung, daß Sie uns die gewünschten Leute stellen können, setzen wir Ihrer umgehenden Nachricht gern entgegen; inzwischen zeichnen wir.

Verantwortlicher

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Großherzogtum Mecklenburg-Schwerin, v. B.

W. Frehe, Geschäftsführer.

Die Moskoder Verbandskollegen werden erfreut sein, auf diesem Wege zu erfahren, wo den Unternehmern der Schuh bricht. Jeder besteht ja für diese noch immer die Möglichkeit, auf diesem Wege willige Helfer zu finden. Sie sehen aber auch, daß auch wir sehr oft Kenntnis von ihren Bemühungen erhalten.

Berlin.

Die Taktik ist geändert, der Kampf wird fortgesetzt. Das ist das Resultat des Beschlusses, den die Berliner Streikenden aller Branchen am Schluß der vergangenen Woche mit großer Mehrheit gefaßt haben.

Die neueste Baustellenkontrolle am 7. August hat ergeben, daß 7412 Maurer 8½ Stunden arbeiten; das sind 46 p. St. der vor Beginn des Kampfes in Berlin beschäftigten Maurer. Die Zahl der zu den neuen Bedingungen arbeitenden Bauhilfsarbeiter steht in dem ziemlich gleichen Verhältnis, während die Zimmerer weit voraus sind, indem 76 p. St. zu den neuen Bedingungen arbeiten. Ein Vergleich mit den bei früheren Kontrollen ermittelten Zahlen hat aber auch ergeben, daß die Bewegung vorläufig einen Bewährungsstand erreicht hat. Am 24. Juli waren es 1108 Bauten mit 7051 Maurern, von 84 Stunden gearbeitet wurden; am 7. August 1066 Bauten mit 7412 Maurern. Zusammen mit den „Arbeitswilligen“ haben zur Zeit der letzten Baustellenkontrolle 11020 Maurer (69 p. St. der vor dem Streik Beschäftigten) in Arbeit, 14 Tage zuvor waren es 9876. Von den im Verband der Baugeschäfte organisierten Unternehmern hat in dieser Zeit nur einer die Forderung bewilligt.

Nach eingehender Prüfung dieser Sachlage sind die Vertrauensmänner der beteiligten Organisationen zu der Überzeugung gekommen, daß eine Veränderung der Taktik notwendig sei. Der Kampf wird jetzt anders geführt. Beide Parteien stehen sich noch gleich stark gegenüber. Die Unternehmer, die jetzt noch nicht bewilligt haben, werden, da sie von ihren Auftraggebern nicht gedrängt werden, noch wochenlang ihren Standpunkt behaupten können. Mancher für diesen Jahr geplante Bau würde bei der Aufrechterhaltung des allgemeinen Streiks nicht mehr in Angriff genommen. Für die Streikenden kann es jetzt nur nützlich sein, die Behauptung der Bauaktivität zu fördern und die noch stützenden und mangelhaft fortgeführten Bauten zu befeigen. Um dies zu erreichen, führen sie selbst vor der zeitweiligen Unzufriedenheit nicht zurück. Diese jetzt noch zu ignorieren und durch Organisationsbeschlüsse zu verdrängen, würde ein schwerer Fehler sein. Die Verbandsmitglieder müssen versuchen, möglichst schnell auf allen Bauten Einfluß zu gewinnen. Dann wird es nicht nur gelingen, das bisher Errungene festzuhalten, sondern noch in diesem Jahre werden neue Erfolge hinzukommen. In diesem Sinne haben unsere Kollegen am 9. August folgende Resolution beschlossen:

Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem gegenwärtigen Stand der Bewegung im Baugewerbe und ist mit den für die Arbeiter bisher erreichten Positionen vollzufrieden.

Die Versammlung sieht nach wie vor auf dem Standpunkt, den Kampf mit aller Energie und äußerster Schärfe weiterzuführen und nicht eher abzubrechen, bis die für die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter aufgestellten Forderungen auch in den Geschäften, welche die Forderungen noch nicht bewilligt haben, durchgesetzt sind.

Die Versammlung sehen aber die Notwendigkeit ein, daß die bisherige Kampftaktik geändert wird insofern, daß die Kollegen auch auf noch nicht bewilligten Bauten Arbeit nehmen können. Des weiteren beschließt die Versammlung:

1. Daß die Kontrollstellen aufgehoben, und daß sich die in dieser Woche im Streik befindlichen noch arbeitslos gebliebenen Kollegen von Montag, den 12. diesen Monats, an täglich einmal im Gewerkschaftsgebäude, Engländer 16, bei der errichteten Kontrollstelle zur Kontrolle zu melden haben.
2. Die Streikfahnen sind von Montag, den 19. diesen Monats, zur Absteckung dem Bureau vorzulegen; jede Karte erhält, sobald sie in Ordnung ist, einen Aufkleber, jeder Streikende erhält eine Legitimationskarte ausgedruckt, worin bezeugt wird, daß Inhaber einer solchen Karte während des Streiks seinen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Die Unternehmerpresse wird wahrscheinlich versuchen, aus dieser Abänderung der Taktik eine Niederlage der Streikenden herauszubekommen. Was sie es tun und mögen ihre Auftraggeber Zustimmung darüber antworten, daß sie die „sozialdemokratische“ Forderung abgelehnt haben. Wir bemerken den Kampf und seinen Verlauf anders. Uns hat der Kampf und sein Verlauf nicht gering zu schätzender Erfolg auf neue gezeigt, daß der Achtstundentag nicht mehr in weiter Ferne ist. Die Berliner Bauunternehmer mögen sich sträuben und widerstehen, wie sie wollen, sie kommen nicht über den Berg, wenn sie nicht in der nächsten Zukunft die achtstündige Arbeitszeit bewilligen. Daß der Achtstundentag nicht auf den ersten Anlauf erobert würde, mußte sich jeder fagen, der die realen Machtverhältnisse beider Parteien und die Geschichte der Kämpfe kennt. Den Wunsch, die Berliner Bauarbeiter zu einem Sturm zum vollendeten Siege zu führen, hat freilich die gesamte organisierte Arbeiterkraft geteilt, und bei manchen Streikenden mögen sich Wunsch und Hoffnung so vermischt haben, daß die hundertfach erteilten Lehren keinen Platz in ihren Gedanken hatten. Solche Kollegen werden schmerzlich enttäuscht sein von dem vorläufigen Ausgang des Kampfes. Sobald sie aber den Tagelohn klar ins Gesicht blicken, werden auch sie einsehen, daß sie nach Lage der Verhältnisse einen Erfolg erringen haben, der sie in den Stand gesetzt hat, nach freilich noch schweren Kämpfen, den baldigen und endgültigen Sieg in der Achtstundentagsbewegung zu gewinnen.

Zehn Jahre haben die Berliner Maurer um den Achtstundentag gekämpft. Zwei gewaltige Streiks, 1889 und 1896, führten nicht gang zum Ziel; erst 1899 erlangten die organisierten Unternehmern die neunstündige Arbeitszeit formell an, gegen die sie sich in den letzten Jahren allerdings nur noch zum Schein gewehrt hatten. Wir geben nicht der Verführung Raum, daß der Kampf um den Achtstundentag ebenso lange dauern könnte. Die Forderungen müssen jetzt in kürzester Zeit und nachhaltiger erfüllt werden. Ein guter Anfang ist gemacht, er berechtigt zu der Hoffnung, daß in ein, zwei Jahren die Sache zu frühzeitigem Ende geführt ist.

San Berlin. In Berlin ist an der Dampf- und die zehnstündige Arbeitszeit eingeführt und ein Stundenlohn von 40 k. bewilligt.

Delmenhorst. (Nachricht.) Leider ist es nun in Delmenhorst doch zu einigen Abzügen gekommen, und auch der Wunsch mancher Ordnungshüter, die Gendarmen-Abteilung zu sehen, ist in Erfüllung gegangen. Auf unser Ersuchen wird uns von der Streikleitung geschrieben: Am Donnerstag, den 9. August, ist es zu einem Zusammenstoß mit den Gendarmen gekommen. Die Streikbrecher wurden an diesem Abend nicht wie sonst um 5½, sondern um 7 Uhr abgeholt, als bereits die Arbeiter der Linoleumfabrik die Arbeit verlassen hatten. Infolge der Erleichterung über die Verhältnisse der „Arbeitswilligen“ und über das rasche Aufgebot der Gendarmen folgte die Menge dem Transport bis zur Post. Ein und wieder wurden einige Rufe laut, aber sonst erfolgte gar keine Störung der „heiligen Ordnung“ weiter. Nach der Ansicht der Gendarmen gingen einige Passanten nicht schnell genug beiseite. Man forderte der Oberwachmeister die Menge auf, auseinander zu gehen. Das ging natürlich nicht so schnell. Darauf gab die Menge dem Befehl zum Dreinhalten. Auf diesen Befehl schienen die Gendarmen schon gewartet zu haben, denn das Gemisch ging sofort los. Es wurden einige Mann verwundet und einer verhaftet. Hätten die Gendarmen die Menge ruhig rufen lassen, so wäre nichts geschehen; auf keinen Fall wäre es zu Tätlichkeiten gekommen. Es muß aber noch festgestellt werden, daß von den Streikenden keiner dabei war. Wir haben stets zu einer ruhigen Kampfführung aufgerufen, und unsere Kollegen haben dem auch unerschrocken Disziplin gehalten. Als wir bei der Verhörde wegen des starken Polizeiaufgebots intervenierten, wurde uns erklärt, es sei die Pflicht der Verhörde, die Streikbrecher und Unternehmern zu schützen; eine Verpflichtung, auch die Streikenden oder das übrige Publikum, was nicht zu den Streikbrechern und Unternehmern gehört, zu schützen, wird die Verhörde nicht besonders dringlich empfinden. Die Verhörde fügt sich darauf, daß es uns am 5. August gelang, trotz der Gegenwart von drei Gendarmen, zwei Streikbrecher zur Abreise zu veranlassen. Jetzt herrscht in Delmenhorst ein Ausnahmezustand; sämtliche Versammlungen werden verboten.

In den letzten Tagen haben die Unternehmer noch ein anderes Angebot gemacht; sie bieten für sofort 2½ k. und vom 1. April 1908 an noch einmal 2½ k. Der Tagesverdienst entspräche dann dem der Bremer Kollegen. Eine Verzichtung der zehnstündigen Arbeitszeit wollen die Unternehmer dann einreden lassen, wenn die Arbeitszeit in Bremen unter neun Stunden festgesetzt wird. Ueber dieses Angebot müssen sich die Kollegen nun erst klar werden.

Der Streik in Wildeshausen dauert fort; er steht für uns sehr günstig.

Der Streik in Solmar i. Pos. wurde durch Vergleich unter Abfertigung eines Vertrages am 3. August beendet.

San Breslau. Der Streik in Dhlau ist in einer Versammlung am 5. August aufgehoben worden. Die Ursache dieses Scheiterns waren die vielen Streikbrecher, die sich allmählich angeammelt hatten. Damit ist nun freilich der Kampf keineswegs beendet, er wird nun gegen die einzelnen Unternehmer fortgeführt werden. Hauptächlich werden die Unternehmer Köhler, Barmisch, Bender und Kern in Dhlau und Weibich und Salzborn in Pleszewitz in Frage kommen. Aus diesem Grunde ist der Zuzug nach Dhlau und Pleszewitz nach wie vor fernzuhalten. Die Arbeitslosigkeit ist so, daß die Kollegen auch jetzt noch Vorteile erringen können, nur muß unsere Bitte um Fernhaltung des Zuzugs überall beachtet werden.

In Rawitz sind die Unternehmer gesperrt worden, die den Lohn von 88 k. nicht zahlen wollten, der bis jetzt schon von mehreren Unternehmern gezahlt wurde. Es kommen circa 40 Kollegen bei sechs Unternehmern in Betracht. Die Baustellenkontrolle sehr gut ist, so ist es wohl anzunehmen, daß die Unternehmer bald des Geldes satt werden und befehligen. Wenn sie einfindig sind und größere Einbußen vermeiden wollen, muß man hinzusetzen, denn die Zeit der Hungerlöhne geht auch hier im Osten ihrem Ende entgegen.

San Bremen. In Delmenhorst haben die Unternehmer elf italienische Streikbrecher erhalten, die auf dem Neubau der Linoleumfabrik die Arbeit aufgenommen haben.

Um diese elf verblüfften Sonnenkinder, die von uns kaum beachtet werden, sorgt sich die Behörde so, als ob es glatte zu hüten gälte. 35 (fünfunddreißig) Gendarmen begleiten diese armen Kulis auf dem Wege nach und von der Arbeit. Der Behörde sei hiermit gesagt, daß sie das Geld für diesen Aufgebot den Steuerzahlern sparen könnte. Wenn es uns auch gerade nicht angenehm ist, daß Delinquenten durch diese Streikbrechergelichter verunglimpft werden, so haben wir aber gar keine Veranlassung, ihrer Entfernung halber besondere Anstrengungen zu machen. Dies Massenaufgebot von bewaffneter Macht kann bald den Anschein erwecken, als hätte man in manchen Kreisen ein Bedürfnis nach einem kleinen „Landfriedensbruch“. Die Disziplin der Streikenden wird dafür sorgen, daß dies Verlangen unbefriedigt bleibt. In einer der letzten Unterhandlungen boten die Unternehmer eine Lohnerhöhung von 2½ % pro Stunde, falls die Arbeit sofort wieder aufgenommen würde. Die Streikenden haben recht daran getan, dieses Angebot abzulehnen. Sie haben durchaus seine Güte; denn bis auf 14 sind sie alle an der Arbeit. Um die Arbeitszeitverlängerung von 10 auf 9 Stunden kommen die Unternehmer nicht herum. Daß die Streikenden guten Dingen sind, geht daraus hervor, daß sie neulich beschloßen, am 18. August ihr Stiftungsfest zu feiern. Wollen die Unternehmer daran teilnehmen, so können sie sich selbst von der zuverlässigen Stimmung der Streikenden überzeugen.

Gau Dortmund. Der Bauunternehmer Ortmann aus Gocherath, der zur Zeit hier in Gelsenkirchen am Geinrichsplatz einen Bau ausführt, ist einer Anzahl Kollegen den verdienten Lohn schuldig geblieben. Deshalb haben diese Kollegen die Arbeit niedergelegt. Da sich der genannte Unternehmer wohlfeillich bemühen wird, andere Arbeitskräfte zu bekommen, seien hiermit alle Kollegen gewarnt, damit sie sich vor Schaden bewahren können.

Die Gerechtigkeit der Kolonialbauten der Gebärdener in Ruhrort-Baar bauer unüberändert fort. Alle hier zureisenden Kollegen werden dringend ersucht, bevor sie nach Arbeit hinaus gehen, sich am Herrn Zinsburg-Werk, selbst 41, zu melden, weil auf dem Terrain, wo sich die gepflanzten Bäume der Firma Gebärdener befinden, auch noch einige andere Unternehmer Kolonialbauten ausführen, bei denen die im Tarif vorgesehene Arbeitszeit von zehn Stunden eingehalten wird. Wir machen hierauf besonders aufmerksam, damit nicht zureisende Kollegen ungewollt Streikbrecher werden.

Gau Erfurt. Der Streik in Erfurt hat am 15. August 15 Wochen gedauert. Ein Ende dieses langwierigen Kampfes ist immer noch nicht abzusehen. Ein geradezu gemeingefährliches Treiben lassen sich die Schlingel der Bauunternehmer und der Polizei, die die lieben, braven Statisten, die dem „Staat“, d. h. dem Geldbeutel der Bauunternehmer so nützlich sein sollenden Elemente; denn vorläufig kommen diese Arbeitskräfte den Unternehmern viel teurer zu stehen, als wenn sie die beschiedenen Forderungen der einheitlichen erprobten Arbeiter bewilligt hätten. Der fändige Wegleiter dieser Streikbrechergesellschaft ist der Revolver, von dem sie einen so ungenierten Gebrauch machen, daß man sich mehr als über die den Reuten schieflich angeborenen Wandlunsmannieren über die Langmut unserer gegen streikende Arbeiter sonst so „aufmerksame“ preussische Polizei wundern muß. Unserer Polizei erscheint ja schon jeder Mann „verdächtig“, der das Aussehen eines Arbeiters hat und sich in der Nähe eines Baues bilden läßt, aber daß sie streikenden Revolverhelden mit derselben Energie auf den Leib rückt, davon wissen die Ordnungsgewalt „Anzeiger“ und „Thüringer Zeitung“, die sonst die Verhaftung eines jeden sich „verdächtig“ machenden Streikenden, der den Italienern ein solches Geschick gescheit hat, mit gut gespielter fittlicher Entrüstung registrieren, nichts zu melden. Das paßt ja auch schlecht zu der von ihnen freiwillig übernommenen Rolle als Agenten der Bauunternehmerinteressen.

So kam es auch in der Nacht zum Montag und am Montag Abend wieder zu Exzessen, bei denen die Italiener den Schießpulver gebraucht. Eine Anzahl dieser Herrschaften war aus einer Wirtschaft ausgewiesen worden und jenseits als Wut darüber, daß man auf ihre angenehme Gesellschaft verzichtete, veranlaßten sie in der Nordhäuserstraße eine wilde Ständekasse, bei der die Revolver die gewohnte Rolle spielten. Die zufällige die Straße passierenden Leute flüchteten schreiend und überließen den Unternehmern das Feld allein. Ein gleich großer Schand, ebenfalls mit Anwendung von Revolvern, führten diese tapferen Geister am Montag Abend auf einem von ihnen „bewohnten“ Neubau auf, und wohl gemerkt: ohne daß ihnen auch nur von irgend einer Seite der geringste Anlaß dazu gegeben worden wäre. Ob sich Schulpelute bemüht haben, die erregten Streikbrecher höflichst zu erziehen, doch jede Belästigung der sich der Ruhe hingebenden Einwohner zu unterlassen, da sie sich sonst den Anmut der sie beschübenden Gewalten zuziehen könnten, wissen wir nicht, sicher scheint aber zu sein, daß keiner der Revolverhelden so „verdächtig“ war, daß er verhaftet worden wäre; denn die Polizeiblätter wissen von keiner Sittung zu berichten und die hätten die Neugierde — und die Besinnung eines schließenden oder tragenden Streikbrechers wäre doch wirklich eine sensationelle Neugierde: gewesen — ihren Lesern sicher aufgetischt.

Wenn künftige gerichtliche Verurteilungen von Streikenden wegen Verletzungen von „Arbeitswilligen“ erfolgen sollten, so wäre es schon richtig, neben jeden Angeklagten einen Unternehmer als „Witzkühnen“ zu setzen; denn nur ihrer in den Kampf getragenen unnötigen Schärfe, ihren Verwunden, einheimische ehrliche Arbeiter durch Anwerbung ausländischer „Arbeitswilliger“ auszuheutern, nur einzig und allein der Kampfesweise der Unternehmer ist es anzuschreiben, daß es zu den bewunderlichen Zusammenstößen gekommen ist.

In Jena bestehen Differenzen, die, falls die Unternehmer nicht eintreten, zur Arbeitsentziehung führen werden. Die Kollegen fordern Anerkennung eines Minimallohnes von 50 % und zehnstündige Arbeitszeit. Nach dem verlorengegangenen Streik im vorigen Jahre hatten bereits einmal Verhandlungen stattgefunden, wo ein Minimallohn von 44 % vereinbart wurde. Die Versammlung der Unternehmer lehnte jedoch diese Vereinbarung ab. Es erfolgte dann eine allgemeine

Bolzaufrage von 2 % pro Stunde, aber 45 % sollte die Höchstgrenze des Lohnes sein. Die Kollegen haben die Forderung nach einem Minimallohn nicht aus den Augen gelassen; es muß sich nun zeigen, ob die Unternehmer eintreten werden oder ob auch hier erst gekämpft werden muß.

Gau Götting. In Niesitz, einer Bahnhofsstelle des Zweigvereins Götting, wurden im letzten Frühjahr Forderungen auf Erhöhung des Stundenlohnes auf 38 % und Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden an die Unternehmer gestellt. Demzufolge wurde auch der Lohn um 3 %, also auf 35 % pro Stunde erhöht, womit sich die Kollegen zufrieden gaben. Das war gewiß sehr bescheiden. Aber dennoch wagte es am Samstag, den 8. August, der Baumeister Knörrich, diesen sojelo elenden Lohn wiederum um 1 % pro Stunde herabzusetzen. Das war selbst unseren sonst recht geduldsamen Niesitzer Kollegen zu arg. Der Geduldsfaden geriss, sie stellten alle 21 Mann am Montag, den 5. August, die Arbeit ein und streikten drei Tage lang. Jetzt gab die Herr Baumeister wieder 35 % und geht auf den in voriger Woche abgezogenen Lohn nach.

Ein recht rühriges Völkchen sind unsere Freiwaldauer Kollegen geworden. Sie stellten in den letzten Jahren jedes Jahr Forderungen an die Unternehmer. Im Jahre 1903 betrug der Stundenlohn noch 23 % und darunter. Seitdem ist es den Kollegen gelungen, den Lohn nach und nach auf die gegenwärtige Höhe von 36 % zu bringen. Das ist nicht viel, aber unter den obwaltenden sehr kleinen und zum Teil schändlichen Verhältnissen immerhin ein nennenswerter Fortschritt. Aber mit der Verkürzung der Arbeitszeit ist erst der Anfang gemacht worden; bisher wurde immer noch elf Stunden gearbeitet. Jetzt ist es jedoch gelungen, die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen, und die Kollegen haben den festen Vorsatz, im nächsten Jahre die zehnstündige Arbeitszeit durchzusetzen. Mögen sie diesem Vorsatz treu bleiben; es wird nur zu ihrem Besten dienen.

Gau Hannover. Die Unternehmer in Wunstorf bei Hannover hatten das Glück, daß ihnen die Eisenbahndirektion Hannover Mauerer zur Verfügung stellte, die sich dazu gebrauchen lassen, ihren streikenden Kollegen in den Rücken zu fallen. Da sonst keine „Arbeitswilligen“ aufzutreiben waren, wählte die der Unternehmer Behold an die Vertriebsleitung der Wunstorfer Zementfabrik, die auch sechs Fabrikmänner bestellte. Herr Behold hatte Glück. In Wundenau wird eine neue Leinwandbrücke gebaut. Da nun die Strombauverwaltung Herrn Behold auf den Leib rückte, die Arbeiten zu beginnen, versuchte es Behold mit drei Fabrikmännern. Freidestrassend zog Meisterlein Behold mit den drei Mauerern nach der Wundenauer Brücke. Als Beschützer dieser drei waren nicht weniger als drei Gendarmen mitgegangen. Als nun unsere Kollegen auf dem Plan erschienen, schrie sofort einer der Gendarmen: „Verlassen Sie sofort den Platz“, denn wenn Sie den Leuten einen Mord zuwerfen, so genügt das schon, dann hören die gleich auf.“ Der Gendarm hatte recht; die Freude des Herrn Behold dauerte nur ¼ Stunden. Als die drei Mauerer Abends nach Hause gingen, boten sich die drei Gendarmen als Beschützer an, auf jeden Mann ein Gendarm. Die Kollegen verzichteten aber auf den polizeilichen Schutz und gingen allein. Am anderen Morgen erschienen die Gendarmen wieder; die Mauerer verzichteten nun aber völlig darauf, unter polizeilichem Schutz zu arbeiten. — Sie traten zur Fabrik zurück und erklärten, wenn uns jetzt die Fabrik nicht wieder beschäftigen will, dann werden wir uns den Streikenden anschließen. Das nennt man etwas mehr Solidarität, als unser früherer Verbandskollege und jetziger Eisenbahndirektionsmänner Wilhelm Nolde im Reibe hat; der sollte sich ein Beispiel daran nehmen. Sonst steht der Streik sehr glänzend.

In Springe ist die Lage des Streiks unverändert. Es ist nur ein Kollege zu unterzählen, da die übrigen Kollegen anderweitig untergebracht worden sind.

Gau Leipzig. Der Streik in Chemnitz ist beendet. Seit dem 23. Mai standen die Kollegen im Kampfe, der sich hauptsächlich um die Verkürzung der Arbeitszeit drehte. Außerdem wurde ein Einheitslohn von 50 % für Mauerer und 40 % für Baubehilfsarbeiter gefordert. Es ist nun zu einer Vereinbarung gekommen, wonach in diesem Jahre bei zehnstündiger Arbeitszeit 44 bis 47 % und vom Frühjahr nächsten Jahres an bei zehnstündiger Arbeitszeit 47 bis 50 % gezahlt werden. Unangenehm an diesem Abkommen ist, daß die Freigabe eines Einheitslohnes nicht gelang. Die Ursache davon ist in den vielen Streikbrechern zu suchen, die die Stellung der Streikenden doch sehr verwickelt hatten. Die Unternehmer lehnten den Einheitslohn unter der Begründung ab, daß Chemnitz zu sehr von weniger gebildeten Arbeitskräften überlaufen würde; ein Umstand, der einen allgemein günstigen festen Lohnsatz nicht zulasse. Diese Erwägungen waren nun freilich nicht für die Streikenden machend; sie hätten auf die Abdaffung der Klassenlöhne beharrt, wenn noch Aussicht vorhanden gewesen wäre, sie in nächster Zeit zu erreichen. Das war aber bei der Verschärfung ihrer Chancen durch die vielen „Arbeitswilligen“ kaum noch zu hoffen. Es ist jedoch sehr verständlich, daß sie dies Ziel weiter im Auge behalten, und es ist sicher, daß sie in nicht allzuweiter Zeit auch erreichen werden. — Am dem Punkte, der für uns in diesem Jahre aber ganz besonders schwer in die Waagschale fällt, in der Forderung nach der zehnstündigen Arbeitszeit, sind die Streikenden siegreich gewesen. Und das läßt uns über die weniger befriedigende Lösung der reinen Lohnfrage hinwegsehen. Man darf nicht vergessen, daß es die Parole des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe war, die Chemnitzer Unternehmer befolgen, indem sie jede Verkürzung der Arbeitszeit ablehnten. Auf seiner Generalversammlung in Götting hatte dieser Verband das Diktum gegeben: keine Verkürzung der Arbeitszeit! Es geriet sicher der ganzen Arbeiterklasse zur hohen Freude, daß die Chemnitzer Kollegen dies Diktum der Unternehmer durchbrochen haben. Und sie haben es nicht durchbrochen durch gute Worte, nicht durch Appellieren an die Humanität und das soziale Verständnis der Unternehmer — denn das wäre vergeblich gewesen — sondern durch einen harten und schweren Kampf, bei dem es keine Mäßigkeit gab. Es war ein Kampf, den das proletarische Kulturempfinden gegen die brutale Rücksichtslosigkeit der Unternehmer führte, und

in diesem Kampfe sind die Arbeiter die Sieger geblieben. Dieser Umstand ist es, der dem Chemnitzer Streik eine hohe Wichtigkeit gibt. Unbestimmt um das Bestreben der Unternehmer liegt es die Forderung nach der verkürzten Arbeitszeit durch, und es ist uns in einigen anderen Fällen nicht gelang, man kann diese Bewegung doch auf die Dauer nicht aufhalten. Der Drang in der Arbeiterklasse, in immer höherem Maße Mensch zu werden und zu sein, ist eben so kräftig, als daß der Widerstand einer vom engstirnigen Profitinteresse verblendeten Klasse ihn zurückhalten könnte.

Es wird nun natürlich viel davon abhängen, welche Stellung die Chemnitzer Bauarbeiter nach dem Kampfe einnehmen. Sehr ist nicht auf dem nun beschrittenen Wege weiter, so ist es natürlich gewiß, daß ihr der heutige Sieg wenig oder gar nicht zu gute kommen wird. Sorgt sie dagegen dafür, daß sich ihren Reiben nun wieder schließen, versteht sie die Kräfte zu sammeln, die im Gedränge des Kampfes entstanden, dann scheidet sie sich nicht allein als Früchte dieses Kampfes, sondern streift auch die Vorbereitungen zu weiteren Erfolgen. Wenn einwillen muß es für Chemnitz nach jedem Schicksal heißen: Nun aber weiter!

Der Streik in Weissenfels ist für die Mauerer etwas günstiger geworden, obwohl es den Unternehmern gelungen ist, 12 hohmische Mauerer heranzuziehen. Nach der Arbeit dieser Leute zu urteilen, scheinen es gerade keine Künstler zu sein. Die Unternehmer tun alles mögliche, um den Leuten den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Obgleich die hiesigen Mauerer für dies Jahr bloß 47 % Stundenlohn verlangen, werden den fremden Mauerern wie uns mitgeteilt wurde, 48 % gezahlt. Diese Leute hatten uns die Versicherung gegeben, daß sie Weissenfels wieder verlassen wollten, aber sie haben von den Unternehmern ihre Papiere nicht bekommen. Beim Unternehmern Posten haben sich die fremden Mauerer verpflichtet, dessen Bau zu fertig zu machen. Dieser Unternehmer war früher, als er noch Zimmergehilfe war und 1904 noch in der Streikleitung saß, einer der eifrigsten Gewerkschaftler, er gebrachte damals den Ausdruck: „Unter die Mäuer, müßte man die Unternehmer nehmen“, aber der Mann ist jetzt zu einer anderen Ansicht gekommen. Einen Grad besonderer Freiheit zeigte ein Arbeitswilliger namens Tieg aus Weissenfels. Der Unternehmer Behold hatte mit der Streikleitung etwas zu regeln und kam zu diesem Zwecke mit seinen Reuten in unser Streiklokal. Als der Unternehmer nun mit der Streikleitung im besten Vernehmen war, hatte sich auch genannter Streikbrecher (in Sonntagskleidung, um scheinbar nicht so leicht erkannt zu werden) eingestellt. Ob er aus eigenem Antrieb gekommen oder ob er hierher geschickt war, wissen wir nicht. Tieg machte beim Unternehmer Mängel den „Arbeitswilligen“. — Jenseits ist der Tieg Müll, etwas zu erlauben, umsonst gewesen, denn Musso Tieg kam schneller hinaus als er heringekommen war. Zum Kaufe dieser Woche haben wieder zwei Unternehmer unsere Forderungen anerkannt, so daß noch etliche 20 Mann zu unterzählen sind. Aber unsere Forderungen ganz durchzuführen, müssen alle Kollegen, die auswärts arbeiten, noch dort bleiben.

Gau Steint. Auf Insel Rügen bietet der Arbeitgeberverband vom 1. September 1907 bis 1. September 1908 37 % in der Stadt, 40 % bei Landarbeiten und 50 % in den Badeorten. Gefordert waren 40 % in der Stadt, 43 % über Rand und 51 % in Badeorten. Am 18. August soll eine Generalversammlung über dies Angebot entscheiden.

In Cammin sehen die Dinge noch unverändert. Bis auf zwei sind sämtliche Mitglieder auswärts in guter Arbeit. Von den „Arbeitswilligen“ werden jetzt — wer weiß von wem aufgehetelt — Anzeigen über Anzeigen erstattet. So unwahrscheinlich die meisten Angaben klingen, die Behörden nehmen die Dinge ernst.

In Garch a. d. O. fanden am 28. Juli und am 2. August Verhandlungen statt. Die Unternehmer bieten statt der geforderten 45 % bis zum 1. April n. J. 42 % und von da bis 31. Dezember 1908 43 % pro Stunde. Außerdem schlugen sie eine andere Regelung der Laufzeit vor und verzichteten auf den Regierparagrafen. Am 4. August lehnte die Versammlung diesen Vergleich ab, weil die Lohnerhöhung nach dem 1. April n. J. zu wenig ist.

In Greifenhagen ist für dieses Jahr die Lohnfrage geregelt; die bei Weermann & Neumann arbeitenden Kollegen wollen nicht Ernst machen. Ein Teil davon läßt sich durch Afford klenden und einigen schneit so etwas wie Generalstreik vor. Im großen Gausen ist ihnen wohl zum Einzelkrieg fehlt der nötige Mut.

In den Bezirken Treptow a. d. N., Greifenberg, Regenwalde, Raugard fehlen noch Arbeitskräfte. Unser Einfluß ist mit Ausnahme von Treptow in den genannten Bezirken gering, dennoch sind die Löhne erfreulicherweise gestiegen und bei einem kräftigen Festhalten der jetzigen Mitglieder sind die besten Aussichten für die Zukunft vorhanden.

Gau Mannheim. In Emmendingen in Baden sind am 8. August circa 100 Kollegen in den Streik eingetreten. Es wird gefordert: ein Minimallohn von 50 % für sofort, vom 1. April 1908 an 62 %, sowie die höchsten Zuschläge bei besonderen Arbeiten. Bisher wurden Löhne von 38 bis 45 % pro Stunde gezahlt. Die Mehrzahl der Streikenden sind Statisten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Verbandskalender für das Jahr 1908 gelangt Anfang September zur Ausgabe. Der Preis beträgt wie in den Vorjahren 50 %. Bestellungen sind in den nächsten Wochen zu machen, damit wir die Auflage bestimmen können.

Sterberegeln darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgesetzt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überlegen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und
 - b) die Sterbeurkunde.
- Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterfühlung ausbezahlt ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 5. bis 10. August für folgende Mitglieder erteilt:

Friedr. Böhmer-Dresden, Verb.-Nr. 282 663; Bruno Ebert-Gummersdorf, 289 007; F. Bohnenwieser-Thorn, 104 249; Heinr. Dornum-Hamburg, 27 558; Leonh. Haub-Frankfurt a. M., 24 343; Gust. Deutsch-Weipzig (Frau), 36 052; Adolf Kuntze-Sammler, 31 314; Andr. Baasche-Gölsch, 60 137; Max Körber-Gölsch (Frau), 247 139; Friedr. Wegner-Mölin, 125 102; Joh. Eberhard-Meigsburg (Frau), 324 463; Fr. Kinnenbrück-Barumen, 52 357; Ferd. Mettel-Stemberg (Frau), 210 712; F. Künigsmann-Dresden (Frau), 162 561; Heinr. Hildebrand-Schwanebeck (Frau), 99 909; Herm. Bolter-Weipzig (Frau), 38 785; Alb. Krüger-Werder a. d. S., 163 244; Herm. Knuth-Berlin (Frau), 46 032; Traug. Jessel-Strasburg i. El., 102 842; Fritz Kluge-Polen, 43 587; Joh. Metz-Mannheim, 317 853; Joh. Baron-Commern (Frau), 72 536; Mich. Mehlberger-Witzburg, 148 560; Herm. Knoll-Berlin (Frau), 9160; Dom. Jaron-Breslau, 16 825; Franz Milinski-Danzig (Frau), 225 193; Joh. Schellmann-Schwab, 179 591; Carl Faust-Hamburg (Frau), 28 853; Joh. Bauer-Schwabach, 181 081; Herm. Boden-Bittau, 287 889; Carl Wäcker-Germendorf (Frau), 71 571; Wilh. Kergel-Berlin, 3976; Fritz Bud-Mödel (Frau), 97 273; Joh. Sauer-Ansbach, 51 151; Max Bräuer-Mittweida, 87 496.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Wäcker, Hamburg 1, Rosenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 5. August bis 11. August 1907 sind folgende Beiträge eingegangen:

a) Für Beiträge und Eintrittsgelder.

Mollath A. 695,08, Gießen 2617,30, Landau 333,60, Siegen 137,68, Borsdorf 106,41, Wittenfeld 86, Seilsbrunn 69,93, Wronke 49,61, Garzgerode 27, Brimkenau 17,20, Peteritz 12,40, Falkenstein 345,80, Mölin i. S. 149,91, Trebnitz 119,03, Welle (von hiesiger Streifenunterstützung zurück) 93,13, Kronach 71,84, Neustadt a. d. Orla 63,80, Neustadt 22,50, GutsMuths 19, Garzgerode 15,20, Schönebeck i. El., 5, Coblentz 1089,62, Neustein 520,46, Gummersbach 259,40, Hemsdorf b. Mühlhofs 126,22, Bodenem 120,81, Reulendorf 36,74, Fulda 21,12, Korbach 4,86, Mannheim 6004,80, Pöhlmann 2, Frankfurt a. M. 24 840,23, Greene 145,68, Wittenfeld 18,39, Brien 6,85, Freiburg i. Br. 676,21, Wernchen 22,70, Stargard i. M. 9,80, Emben 656,73, Wroslau 9,80, Wroslau 9,36, Hamburg 4500, Riet 4000, Potsdam 1000, Dnabrid 800, Seinfenberg 600, Gimsborn 450, Guben 400, Seinfeld 400, Auedenwalde 400, Grimma 400, Döbeln 200, Frankenhäuser (Hthf.) 100, Reutemannsdorf 66, Biere 60, Molsa 42,78, Danzig 2000, Plauen i. B. 800, Wue 400, Zittau 300, Weipzig 300, Grünberg i. S. 250, Langenlonsa 200, Zitzsch 100, Wergdorf 100, Trebnitz 80, Neuhaus a. d. Elbe 40, Dornum 1600, Wernersbach 100, Wronberg 800, Colmar i. El. 250, Pegau 200, Sachtleb 152, Tetschow 100, Seibels 38,40, GutsMuths 27,20, Wittenberg 100, Weichenhau 100, Vörrach 100, Seidenbrunn 70, Stuttgart 4100, Mißbachfeld 17,70, Geln 1600, Ziebolz 600, Neisse 500, Gotsa 400, Marktschäft 350, Seilsbrunn 300, Heilend 200, Hensduburg 200, Sangerhausen 100, Oberglang 43,65, Sammler 3200, Mühlroth 1000, Oberglang 100, Neumünster 520,51, Sonderburg 600, Döbeln 200, Mühlroth 115, Lemgo 95, Paris i. Romm. 80.

b) Für Futterale.

Seifenheim A. 3, Garzgerode 1, Remberg 2, Falkenstein 30, Neustadt a. d. Orla 1, Neustein 1, Wittenberg 5, Marktschäft 1,50, Enden 5, Lemgo 5, Sonderburg 10.

c) Protokolle vom neunten Verbandstag in Geln.

Guben A. 21, Garzgerode 3,20, Remberg 7, Mölin i. S. 4, Trebnitz 3, Seidenhau 21, Neustein 1,20, Gr.-Weiten 10, Wittenberg 6, Karlruhe (Gutrid) 2,60, Sonderburg 30, Borsdorf, Wronke, Falkenstein, Kronach, Neustadt a. d. Orla, Bodenem, Greene, Molsch a. M.

d) Bericht der Bauarbeiterkommission.

Mölin i. S. 70 A.

Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingeleitet haben, und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen Alfred Koch-Hannover (Verb.-Nr. 238 916), Heinr. Wäcker-Hannover (202 503), Friedr. Krug-Worms (49 280), Mich. Weipzig (101 891), Th. Wosnig-Wilhelmsbach (125 825), Fr. Eberberger-Musla (126 090), Joh. Maier-Düffeldorf (138 303), Wilh. Mader-Münster i. S. (161 518), Schüllein-Herzogenaurach (214 121), J. Simbdt-Würzburg (228 418), Joh. Kemmer-München (228 588), Rob. Sänzel-Dresden (232 117), Karl Kainath-Bielefeld (282 147), Heinr. Richter-Samm i. B. (297 656), Joh. Salzberger-Mosheim (352 277), Georg Fridt-München (425 319), Heinr. Kießhaber-Konstanz (428 370), Wilh. Richter-Muslau (448 162), Joh. Kuras-Bochum (452 639), Joh. Schaeff-Geln (456 132).

Angeschlossen sind auf Grund § 97b des Statuts vom Zweigverein S. a. l. e. d. S. August Fritz (Verb.-Nr. 25 424), August Bod (25 886), Franz Niesch (24 850), Herm. Kudenberg (25 509), Wilh. Dietrich (25 102), Rich. Zimmermann (25 013), Herm. Werner (25 154), Otto Mohl (307 759), Rob. Müller (25 688), Carl Seidewitz (25 600), Wilh. Meißner (25 917), Friedr. Plato (24 866), Rob. Heusch (259 283), Franz Nieger (24 916), Wilh. Gens (24 671), Herm. Sommer (24 846), Friedr. Hütche (24 765), Carl Otto (24 537), Carl Kupfernagel (24 763), Friedr. Heumann (25 411), Friedr. Geißler (25 095), Otto Vierbühl (24 878), Wilh. Jensch (24 880), Ernst Werner (24 812), Otto Hennig (25 190), Jul. Wiesenfeld (24 976), Herm. Schaeff (24 662), Franz Demant (307 832), Paul Jäh (25 430), Otto Schmidt (24 540), Wilh. Wagner (25 852), Karl Rind (307 745), Wilh. Richter II (25 439), Mich. Meißner (25 636), Ernst Schüller (359 281), Friedr. Schütz (25 576), Herm. Söding (24 754), Mich. Urban (24 779), Ost. Hoffmann (24 580), Carl Nieger (359 324), Carl Schumann (359 471), Hugo Hoffmann (399 461), Ralfberge i. d. Mark: Josef Simke (238 290), Sagen i. B.: Matthias Frey (363 985).

Josef Juraschel (420 648), der in Nr. 31 des „Grundstein“ veröffentlichte Maurer v. Schöler hatte die Nummern 421 145; Jellenhof: Bernhard Nienhof (179 019), Ernst Schumann (179 026), Otto Schneider (179 012); Kolmar i. B.: Johann Struppendorf (129 070), Franz Bönke (429 593); Sonderburg: A. Roßer (357 490), C. Roßer (454 154); Stade: Fritz Radow (322 977); Wittenberg: Robert Benlow (49 956); Gaderleben: Anton Koschny (30 813); Schmalfeld: Ludwig Jung v. Floß (415 469); Woburg: Albert Köhnenmann (94 672); Kulmbach: In Nr. 31 des „Grundstein“ wurde der Kollege Raming (126 485) zu Unrecht als ausgeschlossen veröffentlicht. Derselbe bleibt Mitglied und erfolgte die Bekanntgabe infolge eines Irrtums der Verwaltung.

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert: ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Mölin i. S. Oberhausen: Heinrich Schwaibler, geboren zu Geln (Verb.-Nr. 121 602); Varnen: G. Eberfeld: Frz. Breußhoff (346 935), Paul Tiedemann (410 666); Herne: Medlinghausen: Friedrich Stahn (38 576), a. St. in Schwerte i. B.: Hermann Kämmling (120 427), a. St. in Halberstadt: Lorenz Klee aus Kesselsheim (441 701), Heinrich Bierbauer aus Biersdorf (313 461); Thale-Zimmerrode: Wilh. Förstling, geb. am 25. Juli 1869 (290 032).

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, den betreffenden Zweigvereinen oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Berichte.

Bericht über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Voranmissionen sendet man sofort an die Redaktion des „Grundsteins“. Nur kurze Mitteilungen können nach Dienstadt Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Feststellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Händen sind.

Bayreuth. Sonntag, den 4. August fanden in der nächsten Umgebung zwei Versammlungen statt, eine in Wittenfeld, die andere in Gerdorf, die sich eines guten Besuchs erfreuten. Kollege Hofmann gab in einem einseitigen Vortrag den Kollegen die Gründe für die Notwendigkeit der Ertragsbeiträge bekannt. Die anwesenden Kollegen erklärten sich einmütig für die Leistung des Ertragsbeitrags.

Caputh. Am 4. August tagte hier eine nur mäßig besuchte Mitgliederversammlung, die sich hauptsächlich mit dem Thema: „Die Kämpfe im Baugewerbe und der Ertragsbeitrag“ beschäftigte. Der Vorsitzende, Kollege Fritz Weng, führte an, daß sich die Kämpfe im Baugewerbe bedeutend verschärft und sich auf größere Gebiete erstrecken, auch werden sie durch die gute Organisation der Unternehmer noch verstärkt. Infolge der verschärften Kampfweise der Unternehmer in den gegenwärtigen drei großen Streiks von Berlin, Erfurt und Chemnitz sah sich der Verbandsvorstand genötigt, den Ertragsbeitrag zu erhöhen, um ein etwaiges Defizit am Jahresabschluss auszugleichen, und durch die Opferwilligkeit der Kollegen den Mut der Unternehmer und Schärfermacht einzudämmen. In der nachfolgenden Diskussion sprachen sich einige Kollegen dafür aus, daß der Ertragsbeitrag mit einem Male zu hoch sei, er hätte sollen in kleineren Raten und in entsprechend längerer Zeit erhoben werden, da es einem Familienhaushalt schädlich doch schwer fällt. Direkt dagegen war niemand, um so mehr brachten einige Kollegen ihre freudige Opferwilligkeit dadurch zum Ausdruck, daß sie betonten, für den Gemeinnützer-Wohlfahrt und für den Vergewaltigten die Opfer nicht verlag zu haben, um so beglücklichter müßten die Opfer gebracht werden, da es gelte, für eigene Interessen die Kasse zu stärken, um den Unternehmern die Hoffnung zu nehmen, daß ihnen in Zukunft infolge finanzieller Schwierigkeiten das Feld geräumt werde.

Danzig. In ihrer Nr. 31 vom 4. August d. J. bringt die „Baugewerkschaft“ einen Bericht über eine Gerichtsverhandlung gegen den Kollegen Garber von unserem Verband. Der Bericht ist übertrieben und teilweise erlogen, daß ich mich veranlaßt fühle, den wirklichen Sachverhalt hier mitzuteilen. Angewandt ist derselbe, der dem Vorsitzenden unseres Zweigvereins bei der Aufnahme der Statistik im Jahre 1905, der ihn um Auskunft über die zu beantwortenden Fragen an dem königlichen Neubau in der Weiden-gasse (wo Angewandt arbeitete) ersuchte, Prügel anbot und in der gemeinen Weise beschimpfte. Angewandt arbeitete während des Bauarbeiterstreiks 1905 mit seinen anderen christlichen Kampfkampfen auf diesem Bau als Streikbrecher, indem sie das von Gehilgen ausgetragene Material verarbeiteten. Er ist also einer von denen, die sich des besondern Schutzes des Staatsanwalts und des Gerichts zu erfreuen haben. Vor Gericht wurde festgestellt, daß Angewandt, Garber und andere in der Heupauer aufkommen Karten gespielt haben. Dem Geldbetrag, den der Verleiher zu entrichten hatte, behauptete man auf „Angewandt“ brachte am fraglichen Montag dafür Schnaps mit. Diesen haben sie dann gemeinschaftlich ausgetrunken und schließlich noch mehr holen lassen, so daß Garber, der entweder am wenigsten betrunken konnte oder gar nicht betrunken war, fast berauscht war. Bei einer Gelegenheit, als die Glocken läuteten, rief Angewandt dem Garber zu: „Es ist schon wieder ein roter Hund freigelassen!“ Natürlich war dies nicht geeignet, die aufgeregte Stimmung zu beruhigen; während der Mittagspause kam diese aufgeregte Stimmung dann offen zum Ausdruck. Und wie die „Baugewerkschaft“ selbst schreibt, beleidigte Angewandt den Kollegen Garber zuerst und erst dann ließ sich Garber zu den die Anklage bildenden Verurteilungen und Handlungen hinreißen. Ganz entschieden müssen wir aber gegen die hinfällige aus der Luft gegriffene Unterstellung protestieren, als ob die Handlungsweise von Garber etwas mit Terrorismus gemein

hat. Es war eine gewöhnliche Kauferei bei zweien, die beide dem Alkohol stark zugeprossen hatten und bei der Angewandt unserer Ansicht nach der Urheber war. Bei dieser Kauferei, bei der es so schien, als ob Angewandt Prügel bekommen würde, haben wir ihn gegen Garber in Schutz genommen und versucht, ihn zu beruhigen. Als Zeuge vor Gericht leitete Angewandt seine Aussage in folgender Weise ein: Bei seiner Einstellung habe der Kollege gesehen, daß er ein verständiger, solider Mann sei. Er sei christlich-national und alle anderen Maurer, die dort gearbeitet hätten, seien sozialdemokratisch. Den sozialdemokratischen Maurern, die mit ihm in der Diskussion nicht aufkommen konnten, habe er nachgewiesen, daß der Zentralverband 100 000 für die russische Revolution ausgegeben habe usw. Wenn Angewandt sich in dem Bericht dann weiter beschwert, daß wir auf ihn eingewirkt hätten, dem Zentralverband beigetreten, so erachten wir das als unser selbstverständliches Recht. Aber diese Kauferei und unsere Agitation mit Terrorismus in Verbindung zu bringen, dazu können nur heuchlerische christliche Demagogen fähig sein, die von den Gerichten als genau so nützliche Elemente wie die Streikbrecher angesehen werden. Gewiß ist die Handlungsweise Garbers zu verurteilen; wenn man aber bedenkt, daß er selbst einmal von „Christlichen“ aus der Arbeit gedrängt wurde, dann kann man es ihm nachempfinden, daß er auf diese Gesellschaft nicht zu sprechen ist. Gerechtigkeit sei hier noch mitgeteilt, daß bei dem Zimmermeister Schulz in Geln (Westpreußen) vier Kollegen unseres Verbandes aufgefordert wurden, dem christlichen Verbande beizutreten. Als sie sich weigerten, stellten die Christlichen die Arbeit ein und forderten die Entlassung unserer Kollegen, die dann auch tatsächlich erfolgte. Eine von den in Frage kommenden Kollegen erstattete Anzeige wurde von den Staatsanwaltschaft zurückgewiesen, während sie Anzeigen von christlicher Seite bereitwillig aufnahm. Auch ein Verneinung dafür, daß die Schwärzungsberichte dieser Leute die nötige Beachtung finden. Die Entlassung unserer Kollegen forderte der Vorsitzende der christlichen Zunftstelle in Kladow, Rantark. Im Auftrage mehrerer Kollegen:

Richard Schönaagel in Dhr.

Die Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins am 8. August beschäftigte sich mit dem Thema: „Welchen Wert hat der Lehrbrief für einen modernen organisierten Arbeiter?“ Dieses Thema hatte ich notwendig gemacht, weil Kollegen aus Streikorten von ihren eigenen Kollegen gemeldet worden waren, indem sie einen Lehrbrief nach Danziger Muster nicht aufzeigen konnten. Der Gewerkschaftssekretär, Genosse Krüze, als Referent, stellte den Kollegen auseinander, daß im Osten Deutschlands noch vielfach derartige zünftlerische Bestrebungen anzutreffen seien; Bestrebungen, die in anderen Landesteilen als ein überwindener Standpunkt gelten. Weiterenswerter sei es auch, daß der Osten die schlechtesten Löhne und Arbeitsbedingungen im Verhältnis zu Süd- und Mitteldeutschland habe. Wenn aber die Meinung der Zünftler richtig sei, dann müsse es umgekehrt sein. Die Bestätigung der Kollegen, daß durch die Weigerung des Lehrbriefes ein Ueberangebot von Arbeitskräften ergehe und dadurch preisdrückend auf den Arbeitsmarkt wirken würde, sei hellsch. Gerade in den Landesteilen, wo man den Lehrbrief nicht kenne, sei verhältnismäßig günstige Arbeitsgelegenheit als im zünftlerischen Osten Deutschlands. Auch in Danzig werde die fortschreitende Spezialisierung des Gewerbes, gegen den Willen der zünftlerischen Kollegen, es dahin bringen, daß man den Lehrbrief als eine wertlose Reliquie betrachte. Den Vorteil von dem Vorbegeh der Kollegen hätten nur die Innungsmeister, die die Lehrlingsausbildung als ihr Privileg betrachteten. Von einem organisierten Arbeiter müsse das Verbandsbuch als vollwertige Legitimation angesehen werden. Denn nur durch den Zusammenschluß in den modernen Organisationen sei eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse möglich. In der Diskussion stellten sich einige Kollegen auf den entgegengegesetzten Standpunkt des Referenten und erklärten, mit Schuster und Schneider würden sie nicht zusammenarbeiten. Der größte Teil der Diskussionsredner stellte sich jedoch auf den Standpunkt des Referenten. Ein Kollege schilderte, wie unsere Unternehmer es treiben, um die Lehrlinge recht lange ausbeuten zu können. Wegen der Kleinlichkeit Ursachen wird die Zeit um ein Viertel oder um ein halbes Jahr verlängert. Wenn der Lehrling ein einziges Mal die Fortbildungsschule verläßt, dann wird er ohne weiteres mit ein Viertel Jahr Nachsehen bestraft, was einer Strafe von 800 gleichkommt. Will er dann nicht auf seinen Gehaltsverlust verzichten, dann muß er sich die Zeit eben noch weiter ausbeuten lassen; aber wenn er sich dieser Strafe unterziehen will, indem er die Lehre verläßt, dann heken ihn seine eigenen Kollegen im Interesse der Innungsmeister von einem Bau zum andern. Eine Resolution, die sich auf den Standpunkt des Referenten stellte und forderte, daß wegen des Fehlens des Lehrbriefes kein Kollege mehr gemeldet werden darf, wurde mit allen gegen 7 Stimmen angenommen. (Vor einem Jahre wurde eine ähnliche Resolution gegen wenige Stimmen abgelehnt. D. M.) Zum zweiten Punkt der Tagesordnung verlas der Vorsitzende an Stelle des Kassierers die Abrechnung vom zweiten Quartal. Die Hauptkassabalanzierte in Einnahme und Ausgabe mit 9149,55. Die Zoltskaffe hatte eine Einnahme von 6241,58 und eine Ausgabe von 2445,73. Der Kassenbestand der Zoltskaffe betrug 8795,55. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken betrug 17 781 Stück, pro Mitglied 11,6 Stück. Die Zahl der Mitglieder betrug 1533. Bei der Neuwahl eines ersten Kassierers und Schriftführers wurden die Kollegen Trebnitz als erster Kassierer und Kollege Wieding als Schriftführer gewählt. Nach Erledigung einiger anderer geschäftlicher Angelegenheiten, darunter der Beschluß, Sonntag, den 24. August, einen Ball abzuhalten, erfolgte der nur mäßig besuchte Versammlung.

Delmenhorst. Hier beschäftigten sich die Kollegen am 6. August mit den Ertragsbeiträgen, und zwar in einer ziemlich stark besuchten Versammlung. Man war sich völlig einig darüber, daß die Ausweisung gerechtfertigt war. In der sehr angeregten Diskussion zeigte sich, daß die Delmenhorster Kollegen wohl eingesehen haben, was für die deutschen Maurer auf dem Spiele steht.

Dortmund. Sonntag, den 4. August, tagte in Lünen eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hatte Kollege Klein aus Dortmund das Referat übernommen. Er schilderte in seinem Vortrag, daß die Arbeiterbewegung in der Zukunft noch große Kämpfe zu erwarten hat; darum müßten jetzt alle Arbeiter der Baubetriebe für ihre Organisationen agitieren. Es wäre ja schon mit Freuden zu begrüßen, daß sich unsere Organisationen auf einer schon ziemlich guten Höhe befinden, jedoch müßten jetzt alle Arbeiter Hand an Werk legen, da die Lohnkämpfe sich von Jahr zu Jahr vermehren, bis der letzte Arbeiter sich einer freien Gewerkschaft angeschlossen hat. Die Unternehmer wollen durch ihre Organisationen bezwungen, die Organisationen der Arbeiter zu vernichten. Nebenher kam im Laufe seiner Ausführungen auf den ausgeschriebenen Extrabeitrag zu sprechen und legte klar, zu welchem Zweck der Extrabeitrag ausgeschrieben worden ist. Wir müßten den Unternehmern zeigen, daß sich unsere Kassen trotz der großen Ausparierungen nicht leeren, sondern immer mehr füllen; deshalb müßten sämtliche Kollegen ihren Opfermut zeigen und dem Verbandsvorstande Denkschriften schreiben, daß der Extrabeitrag nicht auf dem Verbandstage ausgeschrieben wurde; denn wäre der Extrabeitrag schon zum Verbandstage ausgeschrieben worden, hätten die Unternehmer mehr Mut bekommen und würden den Kampf mit unseren Berliner Kollegen in einem noch härteren Maße begonnen haben. Nebenher schloß mit einer nochmaligen Aufforderung zu einer regen Agitation für den Verband. In der Diskussion forderte der Vertreter der Bauarbeiter, Kollege Arens, sämtliche Kollegen auf, einheitlich und einig für die Organisationen zu arbeiten. Er sprach auch über den für die Maurer ausgeschriebenen Extrabeitrag und forderte unsere Kollegen auf, den Extrabeitrag mit Freuden aufzunehmen. Die Versammlung trat der Ansicht bei, daß der Extrabeitrag ein „Verbandsangelegenheit“ wurde vom Kollegen Klein gewünscht, daß alle Kollegen die Mißstände auf Baustellen melden und nicht eigenmächtig handeln sollen. Wenn Mißstände vorhanden sind, solle auch nicht gleich die Arbeit niedergelegt werden. Die Versammlung wurde mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband der Maurer und Bauarbeiter geschlossen.

Essenwerda. Dienstag, den 6. August, tagte unsere Mitgliederversammlung. Zunächst wurde der Quartalsbericht verlesen. Sodann erstattete der Vorsitzende Bericht über den Gauskonferenzbericht; es handelte sich hauptsächlich um den ausgeschriebenen Extrabeitrag. Auf Anfrage des Vorsitzenden Lehnmann, wer gegen den Extrabeitrag sei, meldete sich niemand. Wir haben also die Gewißheit, daß alle Kollegen den Beitrag leisten, desgleichen auch die Riesenwerder Kollegen. In „Verschiedenes“ enthielt sich eine lebhafte Debatte. Es handelte sich um den neu zu gründenden Kreisverband. Kollege Kirchner stellte fest, daß in der letzten Zeit viel von der neuen Gewerkschaft gesprochen wurde. Es wird angenommen, daß es circa 1000 Maurer im Kreis Essenwerda gibt, und alle Maurer sollen sich anschließen; es wird ein Beitrag von 20 Pf. pro Mitglied und Woche auf jährlich 40 Wochen verlangt. Das ergibt die Summe von 8000. Davon sollen die Mitglieder bei Streiks und Krankheitssfällen unterstützt werden. Es ist kaum glaublich, daß die neue Gewerkschaft ohne Ausgaben bestehen kann, oder wollen die Führer der neuen Gewerkschaft die ganzen Ausgaben aus ihrer Tasche zahlen. V. B. Porto, Heizung, die Beitragsmarken, Mitgliedsbücher usw. Das ist wohl nicht anzunehmen, da jeder ebenfalls etwas anderes dahinter. Ja, Kollegen, beratige Wägen lassen wir uns nicht vormachen. Es ist anzunehmen, daß der Gewerkschafts- und Konsumvereinsleiter, der frühere Reichstagsabgeordnete, die Hand mit im Spiele hat. Kollegen, wir wollen nicht die Hände in den Schoß legen und zusehen, wie das alles werden soll, sondern Hand an Werk legen und organisieren, was uns noch fern liegt. Gewiß, wir haben erfreuliche Fortschritte gemacht; wenn wir bedenken, daß wir im vorigen Jahre im Januar nur sechs ganze Mitglieder waren und heute die ständige Zahl von 180 Mitgliedern haben. Aber es gibt noch viel zu tun. Wenn wir jetzt häufiger agitieren und organisieren, da wollen wir mal sehen, ob der neue Kreisverband überhaupt eine Zählstelle errichten kann. Der Vorsitzende Lehnmann stellte den Antrag, dem Kollegen Saul aus Kraupa eine Unterstützung aus der Kassa zu gewähren, da diesem beim Weistatzen beide Augen vermagt vollgepflegt sind, daß höchst wahrscheinlich die Erblindung auf beiden Augen eintreten wird. Er hat Frau und vier Kinder zu ernähren. Da der Unfall bereits ein Vierteljahr her ist, ist die Hoffnung auf Besserung ausgegeben. Es wurden einstimmig 25 bewilligt.

Glauchau. Am 6. August tagte hier eine Mitgliederversammlung, um den Kollegen Unterstützung zu geben über die Extrabeitrag. Kollege Stöck aus Leipzig war als Referent erschienen. Nach erfolgter Bekanntgabe der Abrechnung vom 2. Quartal, die als richtig anerkannt wurde, legte Kollege Stöck in die Verhandlungsbühnen Rede: die Gründe, die für die Erhebung der Extrabeitrag maßgebend waren. Da diese Gründe allgemein bekannt sind, so erübrigt sich, sie die Ausführungen des Kollegen Stöck ausführlich wiederzugeben. Daß Kollege Stöck mit seinen Ausführungen Anfang fand, bewies der große Beifall, der ihm gesollt wurde. Nachdem sich mehrere Kollegen im Sinne des Referenten ausgesprochen hatten und in „Verschiedenes“ nichts Wesentliches vorgebracht wurde, erfolgte Bekanntgabe der Tagesfrage, daß die hiesige Baugewerkschaftsversammlung in ihrer letzten Generalversammlung beschloß, daß nach einer höheren Klasse einzutreten, der Obermeister aber nach nahezu einem Vierteljahr noch rein gar nichts unternommen hat, den Beifall durchzuführen, ernannte Kollege Stöck im Schlußwort, nochmals die Kollegen, einig zusammenzustehen, und wurde die imposante Mitgliederversammlung vom Vorsitzenden für beendet erklärt.

Geitow. Am 7. August tagte eine Mitgliederversammlung unseres Zweigvereins. Der Vorsitzende Kollege Fißon berichtete, daß der erste Kassierer sein Amt niedergelegt habe und daß der zweite es nicht übernehmen wolle. Am nun aber jede Störung zu verhindern, habe er selber

die Kassengeschäfte führen müssen. Anschließend daran erstattete er dann den Kassenbericht vom zweiten Quartal, der für richtig befunden wurde. In der dann folgenden Wahl eines Kassierers wurde Kollege Fißon gewählt. Nachdem dies erledigt worden war, sprach Kollege Baude über den Extrabeitrag. Seine Ausführungen fanden volles Verständnis. Wegen den Extrabeitrag sprach kein Kollege. Zum Schluß sprach noch Kollege Fißon, der die Kollegen aufforderte, den nun wieder vollständigen Vorstand nach Kräften zu unterstützen.

Guben. Am 7. August hielt der hiesige Zweigverein seine Mitgliederversammlung ab, die zur Zufriedenheit besucht war. Zunächst erstattete der Kassierer den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Die von den Revisoren vorher geprüfte Quartalsabrechnung wurde für richtig befunden; daraufhin wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Darauf wurde den Kollegen durch den Vorsitzenden klar gelegt, daß es hauptsächlich darauf ankomme, die Kasse derart zu stärken, daß in dieser beim Jahresabschluß ein starker Ueberschuß vorhanden ist. Eine Ehrenpflicht sei es für jeden Kollegen, dahin zu streben, daß er sich sagen kann: auch ich und meine Kollegen haben Munition zu dem bevorstehenden Krieg herangezogen. Wenn auch die Art und Weise, wie die Extrabeitrag erhoben werden, nicht allen gefällt, sondern verschiedene Meinungen laut wurden, so herrschte doch über ihre Notwendigkeit eine einheitliche Meinung. In erfreulicher Weise konnte von den Unterlassungen schon nach Verlauf der ersten Woche berichtet werden, daß schon zwei Drittel von den Kollegen die Marken gekauft und sich die anderen verpflichtet hatten, nächste Woche die Marken ebenfalls zu nehmen. Wie schon so oft, so wurde auch wieder darauf hingewiesen, daß doch jeder in der Agitation tätig sein möchte, denn in unserem großen Zweigvereinsgebiete, das 84 Dörfer umfaßt, gebe es sehr viel Arbeit in der Agitation. Der Vorsitzende erwähnte, die Arbeiterpreise, die „Kassierstimme“ zu lesen. Am letzten Quartalsabschluß waren 448 Mitglieder vorhanden. Die Bautenkontrolle ist größtenteils zur Zufriedenheit ausgefallen. Leider ist zu bedauern, daß noch sehr wenig Einkünfte unter den Kollegen vorhanden ist. Dies beweist ein Fall auf einem Bau bei der Firma Jüdel, wo sämtliche Kollegen wegen Sandmangels aussetzen mußten. Einige Kollegen fühlen sich veranlaßt, mit dem Meister darüber zu sprechen, wer den Schaden zu tragen habe. Als nach vieler Mühe eine Einigung mit dem Meister erzielt war, mußten doch trotzdem zwei Mann am anderen Tage die meiden; sie wurden entlassen mit dem Bescheide: Die Zeit des Aussetzens bezahlet der Meister nicht. Wie still und ruhig waren alle anderen Kollegen auf dem Bau; lieber wollten sie die Zeit nicht bezahlt haben, als dem Meister eine böse Miene zeigen. Die Furcht vor dem Meister ist zu groß. Die Kollegen liegen die beiden Entlassenen ruhig allein geben, nur ein fremder Kollege aus Sorau ging mit. Das Gewerbegericht entschied in dieser Sache dahin: Daß der Meister Jüdel den beiden entlassenen Gesellen alles zu bezahlen habe, was sie bestrahlt hatten, nämlich die Zeit, wo sie aussetzen mußten, und den vollen Tagelohn für den Tag, wo sie zu Mittag Feierabend nahmen. Ein harter Beweis für jeden Verbandskollegen, daß vieles erzielt werden könnte, wenn Einigkeit vorhanden wäre. Zum Schluß wurde in der Versammlung noch bekannt gegeben, daß, so lange die Extrabeitrag zu entrichten sind, alle Monate zwei Versammlungen abgehalten werden, damit die Brüder gut kontrolliert werden; auch sollen die Kollegen, die ihre Extrabeitragsmarken nicht selbst haben, in der Versammlung mit Namen bekannt gegeben werden.

Guben. Am 24. Juli beschäftigte sich die Versammlung des hiesigen Zweigvereins mit den Extrabeiträgen. Anfanglich war eine glänzende Stimmung darüber vorhanden. Nachdem Kollege Stöck jedoch in sachlicher Weise die Gründe erörtert hatte, die zu ihrer Ausschreibung führten, schlug die Stimmung um. Es war erfreulich, zu sehen, wie die vernünftigen Darlegungen vieler einflussreicher Kollegen ihre Wirkung taten. Der Verlauf der Versammlung hat bewiesen, daß auch die Guben Kollegen nicht zurückstehen werden, um die Angriffe der Unternehmer abzuwehren.

Hannover. Am 23. Juli beschäftigten sich die Hannover Kollegen mit den ausgeschriebenen Extrabeiträgen. Die Debatte war sehr lebhaft. Alle Redner hielten die Extrabeitrag für notwendig und billigten ihre Ausschreibung. Von einigen Kollegen wurde gesagt, daß es besser gewesen wäre, wenn der Verbandsvorstand seinen damaligen Antrag über die Extrabeitrag nicht zurückgezogen hätte.

Hilpse. Am 6. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Vor Eingang in die Tagesordnung, wurde das Ableben des Kollegen Eckbre in der üblichen Weise gelehrt. Die Abrechnung vom zweiten Quartal wurde vorgelegt und der Kassierer entlastet. Der Gausvorsitzende, Kollege Kober, hielt einen längeren Vortrag über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe im Baugewerbe“. Redner führte unter anderem an, daß durch die Rückständigkeit der Unternehmer auf wirtschaftlichem Gebiete, die organisierte Arbeiterschaft immer schwerere und heftigere Kämpfe zu führen hätte, besonders gegen den Arbeitsgeber und für das Baugewerbe. Redner führte ferner an, daß unser Verband eine ständige Zahl Kämpfer und auch einen guten Reservefonds hätte, aber um die Pläne des Arbeitsverbandes zu durchzuführen, müßten wir noch besser organisieren und den Reservefonds stärken, damit wir gerüstet dastehen. Die Ausführungen des Redners wurden mit Interesse verfolgt. In „Verschiedenes“ wurde noch das Ueberfunden- und Sonntagsarbeiten einzelner Kollegen kritisiert. Der Kollege Namm bei der Firma Volchke, wurde beschuldigt, den Neubau einer Gasanstalt in Eude von dem Meister Volchke in Auftrag übernommen zu haben. Dieses hatte der Meister Gehbel in Zeugnissen bestätigt. Kollege Namm erklärte, die Arbeit nicht übernommen zu haben. Da der Meister Gehbel sowie der Kollege Namm gleich glaubwürdig erschienen, und um der Sache auf den Grund zu kommen, sollte der Kollege Namm gegen den Meister Gehbel flagbar werden, um seine Unschuld zu beweisen; dieses lehnte der Kollege aus nützlichen Gründen ab. Nach einer längeren Aussprache erklärte der Kollege Namm, er werde den Arbeitsplatz verlassen. Hiermit gab sich die Versammlung zufrieden. Obgleich die

Affordarbeit hier schon seit dem Jahre 1898 verboten ist, scheinen einige Kollegen, sie doch wieder einführen zu wollen.

Hildesheim. Der hiesige Zweigverein hielt am 29. Juli eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung erhielt die Kollegen das Andenken des verstorbenen Kollegen August Schmidt, einer der ältesten, durch Ergeben von den Plänen. An Stelle des erkrankten Kollegen Georg Weigel wurde der Kollege Ph. Möds als zweiter Vorsitzender gewählt. Über das Thema: „Die Kämpfe im Baugewerbe und der Extrabeitrag“ referierte Kollege Möds aus Guben. In der sehr lebhaften Diskussion waren sämtliche Kollegen mit der Erhebung des Extrabeitrages einverstanden. Kollege Scherer war der Meinung, daß man auf dem Verbandstag den Antrag hätte aufrecht erhalten sollen. Den in Gießen in der Klinik untergebrachten Kollegen F. Gerh. und Georg Weigel wurden je 5 Pf. aus der Kassa bewilligt, außerdem ergab eine Sammlung für sie den Betrag von 31,40. Die Kasse liegt noch zu weiterer Zeichnung beim Kassierer offen.

Lüneburg. Eine gut besuchte Versammlung am 7. August beschäftigte sich hauptsächlich mit der Affordarbeit bei S. Meyer. In längeren Ausführungen ging der Vorsitzende, Kollege Kopan, auf die bestehenden Mißstände ein. In scharfer Weise wurde das Verhalten des Unternehmers S. Meyer kritisiert, der es sich, wie es scheint, zur Aufgabe gemacht hat, die organisierten Kollegen aus seinem Geschäft zu entfernen; wer nicht in die Affordkolonne hinein will, fliegt. Bekanntlich mußten im letzten Jahre zehn Kollegen ausgeschlossen werden, weil sie nach 18 Wochen währendem Streik fahnenflüchtig wurden und sich zu einer Affordkolonne zusammenschlossen. Leider haben sich in der letzten Zeit trotz des Verbots der Affordarbeit einige Kollegen gefunden; die in dieser Arbeitsmethode ihr Geld erblicken. In gebührender Weise wurde die Handlungsweise vom Redner beleuchtet. Er führte ferner den Kollegen die Schäden der Affordarbeit vor Augen und wies darauf hin, daß im Jahre 1899, als die Affordarbeit hier am Orte noch frei war, die Mißstände sich derartig angehäuft hatten, daß auch dem Dämmst die Augen aufgehen mußten. Man wollte sich nicht länger von seinen Kollegen belügen, ja sogar betrügen lassen, man erhob Protest in der Versammlung gegen die Affordarbeit und es wurde auch ein Verbot der Affordarbeit beschlossen. Dieser Beschluß hat sich glücklicherweise bis auf den heutigen Tag erhalten. Wenn auch einige Redner dagegen zu versprechen sind, so zeigten sie doch nicht von einer so niederträchtigen Gesinnung wie die, die man momentan zu verzeichnen hat. Zur weiteren Charakterisierung der Affordarbeit möge angeführt sein, daß im letzten Jahre, nach Beendigung unseres Streiks, Kollegen, die schon jahrelang bei der Firma Meyer gearbeitet hatten, nicht wieder eingestellt wurden. Es wurde ihnen gesagt: „Unsere Leute arbeiten jetzt alle im Afford, wir brauchen deshalb nicht soviel Leute.“ Dies allein sollte schon genügen, gegen die Affordarbeit Front zu machen. Den älteren Kollegen wird es unmöglich sein, Arbeit zu bekommen, wo die Affordarbeit überhand genommen hat. Dieses Uebel von uns abzuwenden, muß in Zukunft unsere höchste Aufgabe sein. Natürlich werden unsere Gegner das größte Interesse daran haben, Uneinigkeit in unsere Reihen zu tragen. Die Folgen wird sich dann aber jeder selbst zuschreiben haben. Der Referent schlug dann folgende Resolution vor: „Die am 7. August im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung erkläre in dem Verhalten des Herrn Meyer, unseren Verbandskollegen gegenüber, indem er versucht, ihnen die Affordarbeit aufzudrängen, einen Verstoß gegen den Tarif und die protokollierten Abmachungen im letzten Jahre. Sie protestiert ganz entschieden gegen ein derartiges Verhalten des Herrn Meyer. Die Versammelten erklären nach wie vor: Die Affordarbeit bleibt das verderblichste, der Organisation hinderlichste Arbeitssystem und ist deshalb streng zu meiden. Ferner bezieht die Versammlung auf die Kämpfe das Verhalten einiger Kollegen, die ohne Grund die Affordarbeit aufgenommen und sich dabei über ihr Verbot hinweggesetzt und sich dadurch unwürdig gezeigt haben, noch länger Mitglied unserer Organisation zu sein. Es wird hierdurch ihr Ausschuß ausgesprochen. Sollte in Zukunft der eine oder andere Kollege zur Affordarbeit übergehen, so ist er ohne weiteres als aus dem Verband ausgeschlossenen zu betrachten. Die Kollegen, die durch Festhalten an unserem Beschluß aus der Arbeit gedrängt werden, sind als gemäßigter zu betrachten, es wird ihnen die weitestgehende Unterstützung zu teil werden.“ In der hierauf folgenden Diskussion sprachen sämtliche Redner im Sinne des Vorsitzenden, einige gingen weiter, sie wünschten die Sperre über das Geschäft zu verhängen. Ein Kollege glaubte den Grund zu den bestehenden Mißständen darin zu finden, daß der Verbandsvorstand im letzten Jahre aus die Gelder zur Weiterführung des Streiks entzogen hat. Die Abstimmung über die Resolution ergab ihre Annahme gegen zwei Stimmen. Hierauf verlas der Vorsitzende die Abrechnung vom 15. Stiftungsfest. Der Einnahme von 1195,20 steht eine Ausgabe von 141,27 gegenüber, Ueberschuß also 1053,93. Hieron werden dem inwärtigen Ehrenmitglied G. Schmidt 16 Unterstufung gewährt. Der Rest kommt in die Kassa. Nachdem die Diskussion über die Extrabeitrag für dieses Jahr in der letzten Versammlung dadurch erledigt war, daß die Anwesenden ohne nennenswerten Widerspruch sich damit einverstanden erklärten, wurde nach Erhebung einiger kleiner Angelegenheiten die Versammlung geschlossen. Mögen die Kollegen dafür sorgen, daß die Versammlungen immer so besucht sind wie die.

Rastau. Am 4. August fand hier eine Maurer- und Baugewerkschaftsversammlung statt, zu der auch die Zimmerer und Baugewerkschaften eingeladen waren und sich sehr zahlreich eingefunden hatten. Als Referent war Gausvorstand Hartl aus München anwesend. Er schilderte in klaren Worten den Plan der Unternehmung, für 1908 sämtliche Arbeiter im Baugewerbe auszuheben und dadurch, da dies riesige Summen Geld kosten wird, unsere Kassen zu leeren. Der Verbandsvorstand habe aber Gegenmaßnahmen getroffen und einen Extrabeitrag eingeführt, um unsere Kasse so zu stärken, daß wir dem nächsten Jahre gestiftet entgegenstehen können. Auch in Rastau läuft unser Tarif ab, und wenn die Kollegen ihre Beiträge bis nächstes Jahr voll entrichtet haben, dann werden wir, das ist sicher, auch einmal zu einem Lohne kommen. Der für die Führung einer menschenwürdigen Daseins notwendig ist. Also, Kollegen, besucht fleißiger die Versammlungen, agitiert noch vi-

Arbeit zu tun hatte, abgelöst zu werden und beschwerte sich, als das nicht geschah, beim Polizei. Statt daß dieser nun die Beschwerde an die zuständige Behörde weitergab, ließ er die Sache liegen und ließ die Arbeiter weiterarbeiten. Die Arbeiter, die die Beschwerde eingebracht hatten, wurden von der Polizei nicht ernst genommen. Der Arbeiter, der die Beschwerde eingebracht hatte, wurde von der Polizei nicht ernst genommen. Der Arbeiter, der die Beschwerde eingebracht hatte, wurde von der Polizei nicht ernst genommen.

konnte, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Gering mußte von mehreren Kollegen aus der Verhaftung herausgeholt werden und sofort in ärztliche Behandlung gebracht werden. Er hat eine Wunde im Gesicht und Verletzungen an Armen und Beinen erlitten. Nach seiner Heimat Gillingen konnte er nicht transportiert werden. Wir sind der Ansicht, daß etwas mehr Kontrolle der Bauten und Gerüste in diesem auch am Platze wäre, umsonst, da dies schon der zweite Unfall in diesem Jahre bei dem Unternehmer Wegh ist.

Grilik, 9. August. In der Schokoladenfabrik Gartenstraße war eine Anzahl Arbeiter mit Ausschlagungsarbeiten beschäftigt. Dort an der Arbeitsstelle stand eine alte Mauer, die ohne Verzahnung gemauert und nicht abgestützt war. Plötzlich fiel die Mauer ein und begrub unter sich den 59 Jahre alten Schichtarbeiter Gottlieb Scheunig. Durch die einfallende Mauer wurde dem Bedauernswerten die Schädeldach eingeschlagen, so daß er auf der Stelle eine Leiche war. Die eingeleitete Untersuchung wird ergeben, wenn die Schuld an dem Falle bejuzugelt ist.

In Northheim in Hannover will man kanalisieren. Nützlich waren die Bieferung der Zementröhren und die Ausführung der Ausschlagungsarbeiten ausgeführt. Die Eröffnung der Offerten hat ganz überraschende Resultate gezeigt. Bei der Lieferung der Zementröhren ist die Firma Baerle-Magdeburg mit 23 588 die billigste und die Firma Diederhoff & Wilmann-Bielefeld mit 45 816 die teuerste. Offerten hatten dreizehn Firmen eingereicht. Um die Erdarbeiten, Verlegung der Röhre usw. haben sich fünfzehn Firmen beworben, wobei die Firma Drage in Willemsen mit 27 321 die billigste und die Firma G. Rastfeld-Hannover mit 40 850 die höchstefordernde war. Handelt es sich bei der Lieferung also nur um eine Differenz um das Doppelte, so erreicht diese Differenz bei den Arbeiten nahezu das Vierfache.

Büdenscheid, Mittwoch, den 7. August, Abends 7½ Uhr berunglückte am Neubau des Realgymnasiums (Unternehmer Kühr) der Kollege Otto Dornse aus Reicholz. Der Kollege war damit beschäftigt, in der dritten Etage Böcher für T-Eisen in das alte Schulgebäude zu stemmen. Diese Arbeit muß größtenteils nach Feierabend gemacht werden, weil am Tage Schule abgehalten wird. Die Arbeit wurde von einer Leiter aus ausgeführt, die von der zweiten zur dritten Etage quer über das Treppenhäus ausgelegt war, ohne daß das Treppenhäus in geringfügig abgedeckt war. Bei dem Stürzen fiel der Kollege auf den Kopf und erlitt Verletzungen, die ihn in ein Krankenhaus bringen mußten. Seine Arbeitskollegen schafften ihn sofort ins Krankenhaus. Wie uns mitgeteilt wird, hat er einen Schädel- und Beinbruch erlitten, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Schuld an dem Unglück trägt hier wieder die Profligkeit des Unternehmers. Wäre das Treppenhäus abgedeckt gewesen, hätte der Kollege höchstens von der Leiter heruntergefallen können. Aber es fehlt hier an dem nötigen Gedächtnis, da nach den Aussagen des schlichten Poliers der Unternehmer in den letzten fünf Jahren seines Kaufs hat. Wir fragen: wie sind derartige Zustände an einem städtischen Bau möglich, wo den Beamten der Baupolizei auch die Leitung des Baues übertragen ist, wie also täglich die ungenügende Überwachung sehen mußten? Wir haben aber leider die Erfahrung machen müssen, daß von unserer Baupolizei nur auf Unfälle gedungen wird, wo wir auf die Mängel erst hingewiesen haben. Wir müssen daraus folgern, daß die Mängel gar nicht sieht oder aber nicht beurteilen kann, ob die Überwachung wirklich genügt ist. — Am 8. August stürzte der Sohn des Treppenhäus Linder, beim Aufstellen der Treppe in dem Schulneubau in der Rosenbach bei Büdenscheid (Unternehmer Kasse) aus der dritten Etage in den Keller und erlitt schwere innere Verletzungen, die seine Überführung ins Krankenhaus notwendig machten. Linder ist bereits seinen Verletzungen erlegen. Wer hier die Schuld trägt, muß die nähere Untersuchung ergeben.

Oberglogau. Bei den Reparaturarbeiten an der evangelischen Pfarrkirche ist am 5. August ein Seil des in 20 Meter Höhe angebrachten Schwebegerüsts, auf dem fünf Maurer arbeiteten. Einem gelang es, ein Seil zu erfassen und sich dadurch zu retten, einer ist tot und drei sind schwer verletzt.

Benig. Am 8. August, kurz vor Feierabend, passierte auf dem Neubau der Benigischen Maschinenfabrik ein Unglücksfall, der leicht schlimmere Folgen hätte haben können. Infolge Gerüstüberladung brach in der Höhe von 5 m der Schwebriegel, wodurch die Streichhaken sich neigten und Ziegel und Balken abrutschten und den in den 60er Jahren stehenden Sandarbeiter Biebing, der im Begriff war, die Balken zu füllen, mit in die Tiefe rissen. Außer einer fast blutenden Kopfwunde klagte er noch über innere Schmerzen. Es machte sich seine Überführung in das Krankenhaus nötig. Die Überladung des Gerüsts hat der Polier Schuster, wohl einer der klügsten von den Benigischen Maurern, verschuldet.

Werder a. d. Havel. Ein Bauunfall, der nur auf Außerachtlassung der Unfallversicherungschriften zurückzuführen ist, ereignete sich Sonnabend, den 27. Juli, im nahen Wiesendorf. Der Unternehmer Gehl und Maurer Albert Krüger aus Kammerode waren damit beschäftigt, eine Mauer, von einer Scheune herabführend, zu legen. Freitag, den 26. Juli, stellte Gehl zwei seiner Arbeiter daran, das Fundament, das aus Feldsteinen hergestellt war, unter der Mauer herauszubringen. Sonnabend, den 27. Juli, früh 6½ Uhr, als Gehl und Krüger an die Arbeit gingen, geschahte man, daß sich die Mauer geneigt hatte. Von dem Maurer Krüger darauf aufmerksam gemacht, antwortete Gehl: „Ach was, da kannst Du noch weiter schlafen“. Beide arbeiteten also frisch darauf los, und nach kaum einer halben Stunde war das Unglück geschehen. Durch das Herumarbeiten an der Mauer kippte dieselbe um, und begrub den Maurer Krüger unter sich, wofürgehend Gehl sich retten konnte. Schwer verletzt wurde Krüger, mit zwei Oberextremitäten, einem Kniegelenkbruch und mehreren anderen schweren Verletzungen, nach Anlegung eines Notverbandes in das Krankenhaus Germansdorfer überführt, wo er nach 36 Stunden seinen Verletzungen erlag.

Die Konjunktur. Die Arbeitsmarkt-Korrespondenz beurteilt die diesjährige Bautionkunft so: „Die Bautätigkeit ist im laufenden Jahre ungleichmäßig und in den großen Städten im allgemeinen weniger lebhaft; was aber immer wieder hervor-

gehoben werden muß, das ist der Hinweis, daß in diesem Jahre auf dem platten Lande die Bautätigkeit ein besonders lebhaftes Gepräge trägt. Dadurch kommt es auch, daß auf dem Arbeitsmarkt im Baugewerbe eine die vorjährige noch übertreffende Gunst herrscht; sowohl die Bewegung von Angebot und Nachfrage als die der Arbeitslosigkeit lassen eine deutliche Besserung der Beschäftigungssituation gegenüber dem Vorjahre erkennen. Der Andrang am Arbeitsmarkt für das Baugewerbe betrug auf je 100 offene Stellen im Juni dieses Jahres 104,17 gegen 115,51 im Juni 1906. Der Andrang der Arbeitsuchenden war also um 11,34 niedriger als zur Vergleichszeit 1906. Dabei war 1906 der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe sogar besonders lebhaft gewesen. Im Mai hatte der Andrang auf 100 offene Stellen für Bauarbeiter noch 108,67 betragen. Die Nachweise über die Arbeitslosigkeit zeigen zwar erst bis Mai, aber sie zeigen ebenfalls eine erhebliche Besserung der Beschäftigungssituation im Vergleich zu 1906. Die hervorragende Beschäftigungssituation in Norddeutschland hat sich, abgesehen von der Provinz Brandenburg, bis jetzt erhalten. Besonders in Nordwestdeutschland ist die diesjährige Bautionkunft so gut wie seit Jahren nicht. Für Schleswig-Holstein gibt es nur ein Urteil: der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe ist allgemein besser als im Vorjahre. Speziell im südlichen Holstein und in Nordbismarck wird auf dem platten Lande außerst reges gebaut. In Pommern ist es ebenfalls die landwirtschaftliche, sowie die Bautätigkeit auf dem platten Lande überaus lebhaft, die die geringere Bautätigkeit in den Städten ausgleicht. Sehr befriedigend gestaltet sich die Bautionkunft in der Provinz Ost- und Westpreußen in diesem Jahre. So wird aus Elbisch eine flotte Bautätigkeit in Stadt und Land berichtet; es wird hervorgehoben, daß die Bautätigkeit einen wenig spekulativen, sondern einen sehr soliden Charakter zeige. In Ostpreußen, Posen und Bromberg wird ebenfalls flott gebaut, ganz besonders lebhaft aber in der ländlichen Umgebung dieser Städte. Auch in der Provinz Brandenburg ist der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe durchaus nicht einseitig matt; es gibt vielmehr Gegenden, in denen überaus reges gebaut wird. So wird aus Guben und Cottbus eine recht befriedigende Bautätigkeit berichtet. In Rastberg a. d. W. dagegen liegt die Bautätigkeit dahinter, da zahlreiche Wohnbewegungen eine regelmäßige Tätigkeit verhindern. Weniger gleichmäßig günstig wie in Norddeutschland ist die Bautionkunft in Süd- und Westdeutschland. Sehr viel matter als im vorigen Jahre ist die Bautätigkeit in Rheinland-Westfalen. Im Nordmund zum Beispiel betrug die Zahl der im zweiten Quartal eingezeichneten Baugesuche in diesem Jahre nur 332 gegen 611 im Vorjahre. Die gleiche Ungunst herrscht in Pommern, in Hamm, Münster und Bielefeld. Aber auch hier zeigt sich das gleiche Bild wie im übrigen Deutschland: die Bautätigkeit auf dem platten Lande übertrifft die in den Städten bei weitem. Im Rheinland ist der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe zwar nicht niedriger als in Westfalen, aber doch auch nur sehr wenig lebhafter. Unter einer ähnlichen Ungunst leidet die Bautätigkeit in der Provinz Hessen-Nassau.

Von Berlin wird berichtet, daß die Zahl der Baugenehmigungen im Juni dieses Jahres nur 195 gegen 310 im Juni des vorigen Jahres betrug. Man führt dies mit Recht auf die gegenwärtige Bewegung im Baugewerbe zurück. Dauerhaft bleibt für uns, daß wir derartige Mitteilungen aus privaten Korrespondenzen schöpfen müssen. Eigentlich müßten wir gerade in der Verhältnisse über den Arbeitsmarkt völlig unabhängig von allen anderen Zeitschriften sein, denn unsere leitenden Kollegen wären wohl im Stande, über die Konjunktur in ihrem Gaus oder Provinzverwaltungsgebiet zu urteilen und zu berichten. Die dahingehende Anregung des „Grundstein“-Vertragers auf dem Eilner Verbandstage hat man wohl angehört, aber nachgekommen ist ihr — don ganz bereinigte Ausnahme abgesehen — niemand. Nur wenn der „Grundstein“ den Zugang warnen soll, ersucht er einmal etwas über die Arbeitslosigkeit.

Bauunfall vor Gericht. Der Baunternehmer Hermann Tich und sein Bruder, der Maurerpolier Ferdinand Tich aus Boppo, hatten sich — der „Danz. Zeitung“ zufolge — wegen Verstoßes gegen die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst zu verhandeln. Hermann Tich hatte in Boppo die Wilmers- und Wegnerstraße, einen Neubau, den Ferdinand Tich als Polier leitete. Am 14. September 1906 stürzte während der Arbeit ein Bogenfenster aus dem Pfeiler ein, und zwei Arbeiter, Goyle und Kitzhorn, fielen von einem Gerüst und verletzten sich. Goyle linker Arm wurde abgetrennt und Kitzhorn erlitt eine Verletzung am Kopf. Letzterer ist wieder hergestellt. Goyle hat einen Pfeiler behalten. Die Angeklagten behaupten, daß der Pfeiler gut und für die Fensteröffnung mit Zement vermauert war. Infolge des anfallenden Regens hand der Kalkmörtel sehr langsam, und deshalb habe der gemauerte Pfeiler einen geringen Halt. Der Bogen war durch ein Stück Holz gestützt. Dieses Holz soll äußerlich gut gewesen sein, tatsächlich aber — wie sich nachher herausstellte — einen Riß gehabt haben, so daß es die Last nicht aushielte. Bauwerksmeister Gehl als Sachverständiger hielt einen Verstoß für vorliegend. Der Pfeiler war nur 65 Zentimeter breit. Es hätten sofort Augenmerk eingemauert oder ein eiserner Träger über die Bögen gelegt werden müssen, was nicht geschehen ist. Der Pfeiler sei auch aus schlechtem Sande hergestellt gewesen. Das Gericht verurteilte jeden der Angeklagten zu 200 M. Geldstrafe.

*** Submissionslisten.** Beim Vergrößerungsbaue des Justizgebäudes in Hannover sollen circa 9800 qm Erbaushub durch Submission vergeben werden. Bei der Öffnung der Offerten kamen folgende Forderungen heraus: Nolte & Grebe, Krefeld, M. 17940; Lange, Mülheim, M. 20640; Lehmann, Hannover, M. 21020; Rieck, Hannover, M. 21960; Räther, Hannover, M. 22464; Wainhorst, Hannover, M. 28040; Bink, Hannover, M. 24000; Dine, Hannover, M. 24960; Hockwau & Knauer, Hannover, M. 25440; Ripp, Hannover, M. 26880; Klingenberg, Hannover, M. 28320; Richter, Hannover, M. 28800; Bod, Hannover, M. 30912 und schließlich, als Höchstfordernde, Baumhold & Co., Hannover, M. 38480. Die letzte Firma fordert also genau das Doppelte wie die Firma Nolte & Grebe. Mehr kann man wohl nicht verlangen.

*** Entdeckungen der „Baugewerkezeitung“.** In Nr. 31 des „Grundstein“ berichteten wir darüber, wie das Reichsblatt einen Vortrag unseres Kollegen Wehner in Hannover über die Bedeutung des Baubestellertagesystems benutzte, um in höchst unehrlicher Weise gegen die von den Arbeitern des Baugewerbes geforderte Baubestellertagesysteme durch Arbeiter loszusagen.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 4. bis 10. August sind folgende Beiträge eingegangen: Von den britischen Verwaltungen in Hamburg M. 500, Jordan-Paradies 300, Danzig 300, Rastau 200, Ostlich 180, Saarland 170, Verden 2. M. 150, Segeberg 150, Sernsdorf 100, Templin 100, Hamm i. W. 100, Summa M. 2250.

Zufüsse erhielten: Büchel-Wiebelbach M. 300, Stuttgart 300, Gassel 200, Magdeburg 100, Neuhaus a. d. Elbe 70, Summa M. 970.

Mitona, den 10. August 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Vorfällen, überhaup von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Ein schwerer Bauunfall hat sich am 9. August auf dem Bau des neuen Theaters in der Königsgrabenstraße zugetragen. Im dritten Stockwerk waren mehrere Arbeiter dabei, einen 32 Zentner schweren eisernen Träger zu montieren. Durch ein verhängnisvolles Versehen kam der schwere Gegenstand plötzlich zum Rutschen und unglücklichweise stürzte er auf den Obermonteur Ostrowski, der erst vor zwei Tagen aus Amerika nach Berlin gekommen war. Schwer verletzt wurde der Unglückliche wieder hervorgezogen und nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Wäre die Gewalt des Sturzes nicht durch einige Bretter abgemildert worden, so hätte eine schwere Katastrophe eintreten können.

Auf dem Grundriss der Schulhöfe-Bauwerke in Wiesbaden wurde ein Neubau aufgeführt, der rechtswinklig von zwei Brauereigebäuden begrenzt wird, wobei das eine der Stad- und das andere gegenüber liegt. Da nun die Kellerdecken des Neubaus 1 m tiefer zu liegen kommen, als die Fundamente der umliegenden Bauten stehen, so müssen die letzteren unterfangen werden. Hierbei scheint man nun nicht mit der nötigen Vorsicht vorgegangen zu sein. Denn am 8. August löste sich plötzlich ein Mauerwerk und fiel auf zwei beim Unterfangen beschäftigte Arbeiter. Nach Aussagen des Poliers sollen die beiden Verunglückten Baden- und Knieverletzungen erlitten haben, außerdem hat sich der eine die Oberextremität verletzt. Ein von uns dahin- geschickter Kollege konnte feststellen, daß die Arbeit auf der Baustelle ziemlich gefährlich ist, indem das zu unterfangende Mauerwerk stellenweise sehr brüchig ist und nur von losen Sandmassen gestützt wird. Außerdem befindet sich in unmittelbarer Nähe der Baustelle ein Eisenbahngeleise, auf dem volle Waggonen rangiert werden. Daß die Arbeit von „Arbeitswilligen“ ausgeführt wird, versteht sich von selbst.

Celle. Der Schornsteinbauer Bippel aus Hannover stürzte am 29. Juli so unglücklich vom Schornstein eines Baderhauses an der Bahnhofstraße, daß er alsbald eine Leiche war. Gnoien i. M. Freitag, den 2. August, ist der Kollege A. Wiegert aus Brudersdorf beim Heruntersteigen aus dem Fenster eines Hauses des Herrenhauses in Gnoien drei Fußtiefen hoch heruntergefallen und hat sich mehrere Rippenbrüche zugezogen. Der Kollege wurde per Droßke am selben Tage nach seiner Heimat gefahren.

Gagen. Am 5. August ereignete sich auf dem Neubau in der Wöhnerstraße, Baugesellschaft Seemann, der zweite Unglücksfall. Ein Maurer stürzte aus der dritten Etage durch eine Balkontür und verletzte sich schwer. Verunglückt wurde er in seine Wohnung gebracht. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern. An dem Balkon war eine Schutzvorrichtung nicht angebracht.

Liebenstein. Am 8. August ereignete sich auf dem Neubau der Wobanstraße Liebenstein bei dem Unternehmer W. Wegh ein Gerüststurz. Das Betongewölbe brach mit der ganzen Schale durch und begrub unseren treuen Kollegen Georg Gerling unter sich. Wie das Gewölbe herunterge-

brach, ist bis jetzt noch nicht aufgeklärt. Gering mußte von mehreren Kollegen aus der Verhaftung herausgeholt werden und sofort in ärztliche Behandlung gebracht werden. Er hat eine Wunde im Gesicht und Verletzungen an Armen und Beinen erlitten. Nach seiner Heimat Gillingen konnte er nicht transportiert werden. Wir sind der Ansicht, daß etwas mehr Kontrolle der Bauten und Gerüste in diesem auch am Platze wäre, umsonst, da dies schon der zweite Unfall in diesem Jahre bei dem Unternehmer Wegh ist.

In Northheim in Hannover will man kanalisieren. Nützlich waren die Bieferung der Zementröhren und die Ausführung der Ausschlagungsarbeiten ausgeführt. Die Eröffnung der Offerten hat ganz überraschende Resultate gezeigt. Bei der Lieferung der Zementröhren ist die Firma Baerle-Magdeburg mit 23 588 die billigste und die Firma Diederhoff & Wilmann-Bielefeld mit 45 816 die teuerste. Offerten hatten dreizehn Firmen eingereicht. Um die Erdarbeiten, Verlegung der Röhre usw. haben sich fünfzehn Firmen beworben, wobei die Firma Drage in Willemsen mit 27 321 die billigste und die Firma G. Rastfeld-Hannover mit 40 850 die höchstefordernde war. Handelt es sich bei der Lieferung also nur um eine Differenz um das Doppelte, so erreicht diese Differenz bei den Arbeiten nahezu das Vierfache.

Büdenscheid, Mittwoch, den 7. August, Abends 7½ Uhr berunglückte am Neubau des Realgymnasiums (Unternehmer Kühr) der Kollege Otto Dornse aus Reicholz. Der Kollege war damit beschäftigt, in der dritten Etage Böcher für T-Eisen in das alte Schulgebäude zu stemmen. Diese Arbeit muß größtenteils nach Feierabend gemacht werden, weil am Tage Schule abgehalten wird. Die Arbeit wurde von einer Leiter aus ausgeführt, die von der zweiten zur dritten Etage quer über das Treppenhäus ausgelegt war, ohne daß das Treppenhäus in geringfügig abgedeckt war. Bei dem Stürzen fiel der Kollege auf den Kopf und erlitt Verletzungen, die ihn in ein Krankenhaus bringen mußten. Seine Arbeitskollegen schafften ihn sofort ins Krankenhaus. Wie uns mitgeteilt wird, hat er einen Schädel- und Beinbruch erlitten, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Schuld an dem Unglück trägt hier wieder die Profligkeit des Unternehmers. Wäre das Treppenhäus abgedeckt gewesen, hätte der Kollege höchstens von der Leiter heruntergefallen können. Aber es fehlt hier an dem nötigen Gedächtnis, da nach den Aussagen des schlichten Poliers der Unternehmer in den letzten fünf Jahren seines Kaufs hat. Wir fragen: wie sind derartige Zustände an einem städtischen Bau möglich, wo den Beamten der Baupolizei auch die Leitung des Baues übertragen ist, wie also täglich die ungenügende Überwachung sehen mußten? Wir haben aber leider die Erfahrung machen müssen, daß von unserer Baupolizei nur auf Unfälle gedungen wird, wo wir auf die Mängel erst hingewiesen haben. Wir müssen daraus folgern, daß die Mängel gar nicht sieht oder aber nicht beurteilen kann, ob die Überwachung wirklich genügt ist. — Am 8. August stürzte der Sohn des Treppenhäus Linder, beim Aufstellen der Treppe in dem Schulneubau in der Rosenbach bei Büdenscheid (Unternehmer Kasse) aus der dritten Etage in den Keller und erlitt schwere innere Verletzungen, die seine Überführung ins Krankenhaus notwendig machten. Linder ist bereits seinen Verletzungen erlegen. Wer hier die Schuld trägt, muß die nähere Untersuchung ergeben.

Oberglogau. Bei den Reparaturarbeiten an der evangelischen Pfarrkirche ist am 5. August ein Seil des in 20 Meter Höhe angebrachten Schwebegerüsts, auf dem fünf Maurer arbeiteten. Einem gelang es, ein Seil zu erfassen und sich dadurch zu retten, einer ist tot und drei sind schwer verletzt.

Benig. Am 8. August, kurz vor Feierabend, passierte auf dem Neubau der Benigischen Maschinenfabrik ein Unglücksfall, der leicht schlimmere Folgen hätte haben können. Infolge Gerüstüberladung brach in der Höhe von 5 m der Schwebriegel, wodurch die Streichhaken sich neigten und Ziegel und Balken abrutschten und den in den 60er Jahren stehenden Sandarbeiter Biebing, der im Begriff war, die Balken zu füllen, mit in die Tiefe rissen. Außer einer fast blutenden Kopfwunde klagte er noch über innere Schmerzen. Es machte sich seine Überführung in das Krankenhaus nötig. Die Überladung des Gerüsts hat der Polier Schuster, wohl einer der klügsten von den Benigischen Maurern, verschuldet.

Werder a. d. Havel. Ein Bauunfall, der nur auf Außerachtlassung der Unfallversicherungschriften zurückzuführen ist, ereignete sich Sonnabend, den 27. Juli, im nahen Wiesendorf. Der Unternehmer Gehl und Maurer Albert Krüger aus Kammerode waren damit beschäftigt, eine Mauer, von einer Scheune herabführend, zu legen. Freitag, den 26. Juli, stellte Gehl zwei seiner Arbeiter daran, das Fundament, das aus Feldsteinen hergestellt war, unter der Mauer herauszubringen. Sonnabend, den 27. Juli, früh 6½ Uhr, als Gehl und Krüger an die Arbeit gingen, geschahte man, daß sich die Mauer geneigt hatte. Von dem Maurer Krüger darauf aufmerksam gemacht, antwortete Gehl: „Ach was, da kannst Du noch weiter schlafen“. Beide arbeiteten also frisch darauf los, und nach kaum einer halben Stunde war das Unglück geschehen. Durch das Herumarbeiten an der Mauer kippte dieselbe um, und begrub den Maurer Krüger unter sich, wofürgehend Gehl sich retten konnte. Schwer verletzt wurde Krüger, mit zwei Oberextremitäten, einem Kniegelenkbruch und mehreren anderen schweren Verletzungen, nach Anlegung eines Notverbandes in das Krankenhaus Germansdorfer überführt, wo er nach 36 Stunden seinen Verletzungen erlag.

Die Konjunktur. Die Arbeitsmarkt-Korrespondenz beurteilt die diesjährige Bautionkunft so: „Die Bautätigkeit ist im laufenden Jahre ungleichmäßig und in den großen Städten im allgemeinen weniger lebhaft; was aber immer wieder hervor-

In der Erklärung Weismann wurde diesem Blatte sofort nachgewiesen, daß es sich dabei einer Fälschung schuldig mache, indem es die von unserem Publikum ausübende Kontrolle der von uns geforderten förmlichen Kontrolle gleichstelle. Diese Fälschung und arbeiterfeindliche Auslassung des Unternehmerrates hat natürlich in der bürgerlichen Presse sofort ein lebhaftes Echo gefunden. Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich auch die „Freisinnige Zeitung“ diese Gelegenheit nicht entgehen lassen, um ihre Abneigung gegen allen sozialpolitischen Fortschritt wieder einmal zu bekunden. Dies um so mehr, als die Blätter der bürgerlichen Linken schreibt dazu:

„Durch derartige Versuche, dem Gemeinwohl dienende Einrichtungen zu Parteibestrebungen auszunutzen, wird man wahrhaftig nicht in den bürgerlichen Parteien die Lust zu weiterem Ausbau der Sozialpolitik fördern. Damit schädigt die Sozialdemokratie wieder einmal die Arbeiterfrage, deren Interessen sie angeblich dienen will.“

Wir können nicht annehmen, daß die „Freisinnige Zeitung“ der Meinung ist, es handle sich bei der in Rede stehenden Baukontrolle um eine öffentliche Einrichtung. Sie weiß ohne Zweifel ganz genau, daß es in Preußen noch keine gesetzlich oder behördlich geregelte Baukontrolle durch Arbeiter gibt. Die Kontrolle, von der hier die Rede ist, wird ausübt aus freier Initiative der gewerkschaftlichen Organisation durch deren Vertreter. Wenn Mitglieder der Organisation nun wünschen, daß mit dieser Kontrolle die über die Zugehörigkeit zur Organisation verbunden wird, so liegt darin gar nichts Absonderliches und Unberechtigtes. Man hat es eben mit einer rein gewerkschaftlichen Initiative zu tun, die sich aus dem Interesse der Organisation ganz von selbst ergibt. Diese Initiative fähigt die „Freisinnige Zeitung“ in „Partei-bestrebungen“ um. Ohne Zweifel dient auch die von den Gewerkschaften betriebene Baukontrolle dem Gemeinwohl. Aber einer Gewerkschaft einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie damit die Kontrolle über die Zugehörigkeit zur Organisation verbindet und zu behaupten, daß dadurch die Interessen der Arbeiterfrage geschädigt werden, ist im höchsten Grade lächerlich. Und der sozialpolitische Geist des freisinnigen Blattes wird dröhnend charakterisiert durch die Bemerkung, daß man „durch derartige Versuche, dem Gemeinwohl dienende Einrichtungen zu Parteibestrebungen auszunutzen“, in den bürgerlichen Parteien die Lust zu weiteren Ausbau der Sozialpolitik nicht fördern werde.

Die Arbeiter mögen sich diese freisinnig-sozialpolitische Jämmerlichkeit merken. Uebrigens hat sich auch das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ diese Entschuldigung nicht entgehen lassen. Ob es, wenn es seinen Irrtum bemerkt, sich wohl berichtigen wird?

*** Der Strohmann im Baugewerbe.** Die Ferienkammer C des Landgerichts Leipzig beurteilte den Baumeister und Maurermeister Otto Gruner wegen Unterschlagung und Vergehens gegen das Strafsanktions- und Invalitätsgesetz zu vier Monaten Gefängnis. Gruner hatte für einen Bauherrn, der in der heutigen Hallischen Straße in Mödern einen Neubau errichtete, die Bauleitung übernommen. Die Arbeiter waren sämtlich bei der Ortskrankenkasse auf Gruner als Arbeitgeber angemeldet worden. Gruner erhielt nun von dem eigentlichen Bauherrn regelmäßig jede Woche die Löhne für die Arbeiter und auch die fälligen Krankentafeln und Invalitätsbeiträge ausgehändigt. Er zog den Arbeitern auch die Beiträge prompt ab, ohne diese jedoch an die Ortskrankenkasse abzuliefern. Für die Lebensnahme der Bauleitung erhielt Gruner einen Wochenlohn von 50. Außerdem hatte Gruner noch gegen eine Entschädigung von 30 die Leitung eines gegenüberliegenden Neubaus übernommen gehabt. Er machte sich in diesem Falle ebenfalls der Unterschlagung von Krankentafeln schuldig. Das Gericht hielt bei dem Verhalten des Angeklagten eine Geldstrafe für keine ausreichende Sühne, sondern erkannte gegen den Strohmann auf die eingangs erwähnte viermonatige Gefängnisstrafe. Straffähigend gab das Gericht in Betracht, daß es sich um eine ziemlich bedeutende Summe, mehrere Hundert Mark, handelte, die Gruner unterschlagen bezugte er nicht an die Ortskrankenkasse abgeführt hatte.

Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung.

Keine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung! Mindestens anderthalb Jahrzehnte schon ist das Streben aller erst zu nehmenden Sozialpolitiker auf die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung gerichtet. Im Reichstage ist diese Frage Jahr für Jahr in jeder Session zur Sprache gebracht worden. Nach Anweisungen des früheren Staatssekretärs des Reichsamts des Innern, Grafen Posadowsky, zu schließen, war dieser geneigt, zu dieser Reform die Hand zu bieten. Dester hieß es, die Vorarbeiten dazu seien schon im Gange. Aber Posadowsky ist gestürzt worden. Ein anderer Mann ist „Reichsminister für Sozialpolitik“ geworden, von dem das Schicksal wiederum bestimmt erwartet, daß er in der Sozialpolitik „nicht zu weit“ gehe. Und nun wird selbstverständlich auch aus der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung nichts. Die Berliner Politischen Nachrichten schreiben offiziell: „Es muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß man sich im Irrtum befindet, wenn man meint, daß es sich bei der in Aussicht genommenen Maßnahme um die Vereinfachung der bestehenden Versicherungsträger handelt. Gewiß gab es eine Zeit, in der man daran dachte, die Arbeiterversicherungsorganisation zu vereinfachen. Aber auch damals war der Kreis derer, die alle drei Kategorien von Versicherungsträgern in eine verschmelzen wollten, doch nur recht klein. In maßgebenden behördlichen Kreisen hat diese Idee von Anfang an recht wenig Anklang gefunden. Dagegen wurde die Idee der Verschmelzung von Krankentafeln mit Invalidenversicherungs-

anstalten eine geraume Zeit hindurch ernsthaft erörtert. Es sind in dieser Beziehung von den verschiedensten zuständigen Stellen eingehende Denkschriften ausgearbeitet und veröffentlicht worden. Bei dieser historischen Entwicklung der ganzen Frage ist es schon an sich nicht recht verständlich, weshalb man sich in einzelnen Erwerbstreibern und auch in Handelskammern darüber aufregt, daß die Existenz der Berufsvereinigungen in Frage stünde. Das ist ja gar nicht der Fall. War schon früher kaum daran gedacht, die Berufsvereinigungen, die sich für die Unfallversicherung so außerordentlich gut bewährt haben, fallen zu lassen, so steht eine solche Möglichkeit gegenwärtig noch viel weniger in Frage. Es handelt sich jetzt auch gar nicht um die Zusammenlegung der gesamten Versicherungsorganisationen, sondern in der Hauptsache um eine Vereinheitlichung der verschiedenen rechtlichen Bestimmungen bei den staatlichen Versicherungsarten. Man sollte deshalb endlich in Handels- und Gewerbetreibern von der durch nichts begründeten Befürchtung lassen, als wäre die Berufsvereinigungen Organisation in Gefahr, aufgehoben zu werden.“

Und gerade letzteres ist im Interesse der versicherten Arbeiter geboten! Von einer wirklichen gründlichen Reform der Arbeiterversicherung ist also keine Rede mehr. Offiziell wird angekündigt, daß man offiziell nicht will! Die Einflüsse der antisozialreformatorischen Strömung auf die „maßgebenden Kreise“ kommen zur Geltung.

*** Unrechtmäßiges Arbeiterrecht.** Das gewerbliche Arbeiterrecht wegen Kontrollverlusts bestraft werden können, wenn gleich freiwillig derartige, eines Kulturstaates unwürdige Ausnahmebestimmungen gegen das Gesetz und landwirtschaftliche Arbeiter bestehen, dürfte wohl auch der rückständige Arbeiter wissen. Polizeigeld Strafen und Haftandrohungen können seit Bestehen der Gewerbeordnung gegen gewerbliche Arbeiter nicht mehr in Anwendung gebracht werden, die ohne Einhaltung der gesetzlichen oder freiwillig vereinbarten Kündigungsfrist eine wirtschaftliche Existenz schädigende Arbeitsstelle verlieren. Der § 883 der Polizeiverordnung hat einen Zwang zur Rückkehr in das Dienstverhältnis in derselben Weise für ungültig erklärt, wie es vor mehr als 100 Jahren der code civil für alle Arbeitsverhältnisse in Frankreich tat.

Dem „Vortwärts“ wird von einer kleinstädtischen Polizeiverwaltung berichtet, die unbekannt um die Reichsgesetze und um den Mangel ihrer Befugnisse, sich trotzdem herausgenommen hat, gewerblichen Arbeitern die Rückkehr in ihr Arbeitsverhältnis unter Androhung von Geldstrafen zu erzwingen. In Sothenheim (Ostpr.) arbeiteten vor kurzem auf einem Neubau mehrere Maurer aus Osterode. Es war mit ihnen ausdrücklich vereinbart, daß sie dort denselben Lohn wie in Osterode, pro Stunde 50 $\frac{1}{2}$ erhalten sollten. Als die Maurer aber erst in Sothenheim arbeiteten, zahlte der Unternehmer Niklaus nur 38 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ die Stunde. Darauf stellten die Maurer die Arbeit ein. Nun besteht ihnen der Unternehmer den rückständigen Wochenlohn, angeblich auf den Rat des Bürgermeisters, ein. Die Sühne sollten aber auch noch eine exemplarische Strafe erhalten. Sie erhielten von der Sothenheimer Polizeiverwaltung ein vom 11. Juli 1907 datiertes Schreiben folgenden Inhalts:

Polizeiverwaltung.
Sothenheim (Ostpr.), den 11. Juli 1907.
„Sie haben am 9. Juli cr. bei dem Maurerpolier Niklaus, hierseits, ohne die in § 122 der Gewerbeordnung vorgeordnete Kündigungsfrist von 14 Tagen eingehalten zu haben, grundlos die Arbeit eingestellt.“

Auf Grund des § 122 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 wird Ihnen hiermit aufgegeben, die Arbeit bei Niklaus innerhalb 24 Stunden wieder aufzunehmen und die vierzehntägige Kündigungsfrist eingehalten, andernfalls gegen Sie eine Zwangsstrafe von 15 oder im Unvermögensfalle drei Tage Haft, die Ihnen hiermit ausdrücklich angedroht wird, festgesetzt wird.“

An den Maurergefellen Herrn B. . . . Name unleserlich.

Der § 122 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung, auf das das findige Bürgermeister bezug nimmt, räumt der Polizei Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung der von ihr „in Ausübung der obrigkeitlichen Gewalt getroffenen, durch ihre gesetzlichen Befugnisse gerechtfertigten Anordnungen“ ein. Es wäre eine beliebige Unterstellung für die Kenntnis des Sothenheimer Bürgermeisters, anzunehmen, er wisse nicht, daß zum Eingriff in das privatrechtliche Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitnehmer die Polizei nicht befugt ist, sondern daß darüber allein den Gerichten die Entscheidung zusteht. Der Bürgermeister hat demnach sich eines strafrechtlichen Mißbrauchs seines Amtes durch die angeführte Verordnung schuldig gemacht. Die von ihm betroffenen Arbeiter werden hoffentlich nicht nur das Verwaltungsrecht verfahren, gegen die ungesetzliche Verfügung in Kauf bringen, sondern auch die Bestrafung des Bürgermeisters wegen Amtsmißbrauchs verlangen.

*** Gute Stetten.** Bekanntlich hat das Gewerbegericht in Gensburg eine Anzahl dortiger Kollegen auf eine Klage der Innung zur Schadenersatzleistung verurteilt; weil sie sich dem Streik, der dort zur Erlangung günstigerer Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt wurde, angeschlossen hatten. Das Urteil liegt nun im Wortlaut vor. Es ist äußerst interessant und gibt den Kollegen die Lehre, daß sie im schlichten Verkehre mit den Vereinigungen der Unternehmer äußerst vorsichtig sein müssen, wenn sie nicht großen Schaden erleiden wollen. Das Gericht hat folgenden Tatbestand festgestellt:

Der Kläger ist Mitglied und Obermeister der Maurerzwangsinnung in Gensburg. Die Beklagten sind Mit-

glieder der Zahlstelle Gensburg des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Sie standen, zum Teil seit längerer Zeit, beim Kläger als Maurergefellen in Arbeit. Zwischen der Innung und der Zahlstelle schwebten seit dem Sommer 1906 Verhandlungen über den Abschluß eines unanfechtbaren Tarifvertrages. Im Laufe dieser Verhandlungen stellte die Zahlstelle die Forderung einer Erhöhung des Stundenlohnes von den bisher gezahlten 55 auf 60 $\frac{1}{2}$. Die Innung lehnte diese Erhöhung ab. Infolgedessen legten die sämtlichen der Zahlstelle als Mitglieder angehörenden Maurergefellen in Gensburg, darunter die Beklagten, am 13. Mai 1907 gemeinsam die Arbeit nieder, entsprechend einem am Vorabend ergangenen diesbezüglichen Beschlusse der Zahlstelle.

Unstreitig ist im Gensburger Baugewerbe vertragsmäßig jede Kündigungsfrist ausgeschlossen. Der Kläger behauptet nun, daß die Beklagten nicht berechtigt gewesen seien, „zwecks Erklärung höherer Stundenlohnes die Arbeit niederzulegen, da sie damit einen früher geschlossenen Vertrag verlegt hätten.“

Er hat zur Begründung folgendes vorgetragen: Bereits am 27. April 1906 sei von den Mitgliedern der Zahlstelle die Arbeit niedergelegt worden. Der Grund hierfür habe damals in Streitigkeiten über die Höhe des Lohnes und die Länge der Arbeitszeit gelegen. Der Streit sei damals durch den Abschluß eines Vertrages behoben worden, durch den Lohnhöhe und Arbeitsdauer bis zum Jahre 1909 festgelegt worden seien. Hierüber sei folgender Schriftwechsel geführt:

1. Schreiben der Innung an die Zahlstelle vom 30. April 1906.
An den Vorstand der Zahlstelle Gensburg des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, a. G. des Herrn G. Meißner, hier.

In Ausführung des Beschlusses der heute Vormittag tagenden Innungsversammlung teile ich Ihnen mit, daß die Innung geneigt ist, Ihnen folgende Zugeständnisse zu machen, wie sie in der letzten in Gegenwart Ihrer Vertreter im „Colosseum“ stattgefundenen Sitzung besprochen sind:

Der Stundenlohn beträgt bis zum 1. April 1907 52 $\frac{1}{2}$, bei zehnjähriger Arbeitszeit. Vom 1. April 1907 bis 1. April 1909 beträgt derselbe jedoch 55 $\frac{1}{2}$, bei neunzehnjähriger Arbeitszeit.

Wir erwarten bestimmt die Annahme dieses Angebotes und erklären, daß ein weitergehendes Zugeständnis als vollständig ausgeschlossen zu betrachten ist. Der Vorstand der Maurerzwangsinnung zu Gensburg
H. A.: Chr. Hummel.

2. Schreiben der Zahlstelle an die Innung vom 1. Mai 1906.

An den Vorstand der Maurerzwangsinnung, a. G. des Herrn Maurermeisters Chr. Hummel, hier. Die am gestrigen Abend tagende Versammlung des Zweigvereins Gensburg des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands nahm das Angebot der Innung gegen acht Stimmen an.

Die Versammlung spricht aber die Erwartung aus, daß diejenigen Meister, welche den 52 $\frac{1}{2}$ -Stundenlohn noch nicht vom 1. April d. J. an zahlen, dieses bei Ihnen Leuten nachholen.

Außerdem wurde beschlossen, die Arbeit am Mittwoch, den 2. Mai wieder aufzunehmen.

Es zeichnet Hochachtungsvoll
Der Vorstand der Zahlstelle Gensburg.
H. A.: G. Meißner.

Es sei alsdann die Arbeit wieder aufgenommen worden und seitdem in Lohn und Arbeitszeit dieser Vereinbarung gemäß verhalten worden. Der Kläger meint, daß diese Vereinbarung bis zum 1. April 1909 zu Recht bestünde, daß also die Niederlegung der Arbeit am 13. Mai 1907, da sie ausschließlich wegen der Ablehnung eines höheren Lohnes erfolgt sei, einen Bruch der Vereinbarung vom 30. April und 1. Mai 1906 enthalte, und daß die Beklagten verpflichtet seien, ihm den aus der unberechtigten Arbeitsniederlegung erwachsenen Schaden, den er mit 50 bezugnehmend wolle, zu ersetzen. Er hat beantragt:

a) festzustellen, daß der durch die Schreiben vom 30. April und 1. Mai 1906 festgelegte Vertrag noch zu Recht bestünde;
b) die Beklagten wegen des Bruchs dieses Vertrages zu verurteilen, ihm den dadurch erwachsenen Schaden im Betrage von 50 zu ersetzen.

Die Beklagten haben Abweisung der Klage beantragt. Sie haben ausgeführt, daß die angeführten Schreiben vom 30. April und 1. Mai 1906 geschäftlich worden sind, meinen aber, daß ein Vertrag hierdurch nicht zu Stande gekommen sei, daß es sich vielmehr nur um vorläufige Verhandlungen über einzelne Teile eines demnächst abzuschließenden unanfechtbaren Tarifvertrages gehandelt habe. Es sei nämlich schon im Jahre 1905 die Schließung eines solchen Tarifvertrages von den Arbeitnehmern, die damals durch ihren Gesellensausfluß vertreten worden seien, angeregt worden, die bezüglichen Vorschläge, die demer neben Lohnhöhe und Arbeitszeit auch die Ueberstunden, die Nacharbeit, Reparaturarbeit, Ueberanarbeit usw. geregelt werden sollten, seien aber damals von der Innung glatt abgelehnt worden. Bei den Verhandlungen im April 1906, die in den Schreiben vom 30. April und 1. Mai 1906 nur ihren vorläufigen Abschluß gefunden hätten, sei der Abschluß eines derart unanfechtbaren Tarifvertrages wiederum zur Sprache gebracht worden, und es sei dabei gesagt worden, daß man sich über die anderen Fragen — außer Lohn und Arbeitszeit — später einigen, und daß dann auch ein vollständiger Tarifvertrag werde abgeschlossen werden können. Dementprechend habe die Zahlstelle am 11. Juni 1906 aufs neue bei der Innung angefragt, ob eine Geneigtheit zum Abschluß eines Tarifvertrages bestünde. Es seien dann im Herbst 1906 Verhandlungen dieserhalb begonnen worden. Bei diesen Verhandlungen seien auch zunächst von beiden Seiten die Löhne entsprechend dem Briefwechsel vom 30. April und 1. Mai 1906 eingestellt worden. Als dann aber die Löhne der Steinseher im Herbst 1906 bis auf 60 und 63 $\frac{1}{2}$ erhöht worden seien, habe die Zahlstelle auf höhere Löhne für die Maurer gefordert und, als sie ver-

weigert wurden, die Arbeitseinstellung am 13. Mai 1907 herbeigeführt.

Die Beklagten führen weiter aus, daß auch wenn ein Vertrag als durch den Schriftwechsel vom 30. April und 1. Mai 1906 geschlossen erachtet werden sollte, so doch ein Schadenersatzanspruch aus der Arbeitseinstellung von dem Willen nicht hergeleitet werden könne, weil es bei dem Ausbruch jeder Kündigungsfrist jedem Arbeitnehmer freigestanden habe, jederzeit ohne Angabe von Gründen die Arbeit zu verlassen. Sie haben aber zugegeben, daß bei ihnen allen lediglich der Beschluß der Zahlstelle, die Arbeit wegen der verweigerten Lohnsteigerung einzustellen, den Grund für die Einstellung abgegeben habe.

Der Kläger hat bestritten, daß bei den Verhandlungen vom April 1906 die Schließung eines umfassenden Tarifvertrages Gegenstand der Verhandlung gewesen sei.

Es besteht zwischen den Parteien kein Streit darüber, daß die Beklagten Mietsen, Kaufsen, Schwärzlose und Bull schon im April 1906 beim Kläger in Arbeit gestanden haben, daß dagegen die übrigen Beklagten erst später eingetreten sind.

Die Entscheidungsgründe lauten:

Der Kläger erhebt gleichzeitig eine Feststellungsklage und eine Leistungsklage. Ein Anspruch auf Feststellung des Bestehens eines Rechtsverhältnisses, im vorliegenden Falle des Bestehens eines Kontraktes, ist aber nach der Zivilprozessordnung dann nicht gegeben, wenn sofort auf die Leistung aus dem festzustellenden Rechtsverhältnisse geklagt werden kann oder geklagt wird. Da dies hier geschieht, so war eine besondere Feststellung, wie sie im ersten Teile des Klageantrages begehrt wird, überflüssig.

Was den zweiten Teil des Klageantrages, den Schadenersatzanspruch anlangt, so kann derselbe nicht geklärt werden auf den zwischen dem Kläger und dem einzelnen Beklagten bei dessen Eintritt geschlossenen Vertrag. Da dieser beiden Teilen das ausdrückliche Recht gab, jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist, das Vertragsverhältnis zu lösen, so konnte dieses Vertragsverhältnis nicht dadurch verletzt werden, daß jeder einzelne von dem ihm zustehenden Rechte Gebrauch machte. Es bleibt daher nur die Frage zu prüfen, ob ein Schadenersatzanspruch aus unerlaubter Handlung begründet ist.

Der § 236 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der hier allein in Frage kommen kann, besagt, daß derjenige, der einem anderen in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise vorläufig Schaden zufügt, ihm diesen Schaden zu ersetzen hat. Es ist allgemein anerkannt, daß ein solcher Verstoß gegen die guten Sitten auch dann vorliegen kann, wenn jemand ein ihm formell zustehendes Recht ausübt. Ebenso wie in § 236 der formelle Rechtsmissbrauch, d. h. die Ausübung eines im sich bestehenden Rechtes nur, um einen anderen zu schädigen, für rechtswidrig erklärt wird, so knüpft unter Umständen auch der § 238 an die Ausübung eines im sich bestehenden Rechtes, wenn diese Ausübung als eine Verletzung der guten Sitten anzusehen ist, die Verpflchtung zum Schadenersatz.

Natürlich müssen es gewichtige Gründe sein, welche im einzelnen Falle die Ausübung eines Rechtes als unbillig erscheinen lassen.

Im vorliegenden Falle steht der Kläger einen solchen Grund darin, daß die an sich berechtigte Kündigungsfrist der Arbeitseinstellung ausgeprochenemäßig zur Erreichung eines höheren Stundenlohnes erfolgte, während doch durch den Schriftwechsel vom 30. April und 1. Mai 1906 die Höhe des Lohnes bis zum 1. April 1909 ein für allemal festgelegt gewesen sei.

Dieser Auffassung ist das Gericht beigetreten. Es hält zunächst nach dem beiderseitigen Vorbringen und unter Zuzugrundelegung der eigenen Darstellung der Beklagten für nachgewiesen, daß im April/Mai 1906 zwischen der Nummer und der Zahlstelle ein rechtsverbindlicher Vertrag über die Höhe des Stundenlohnes und die Arbeitsdauer abgeschlossen worden ist. Ein solcher Vertrag würde einer Form, insbesondere der schriftlichen Form, gar nicht bedürftig haben. Außerdem aber ist diese Form hier gewahrt. Das Schreiben der Nummer vom 30. April 1906 enthält eine Vertragsofferte, die mit dem Schreiben der Zahlstelle vom 1. Mai 1906 angenommen wurde. Damit war der Vertrag geschlossen. Er ist denn auch unstrittig seitdem bis zum 12. Mai 1907 befolgt worden.

Die Ansicht der Beklagten, es habe sich damals lediglich um unverbindliche Vorverhandlungen über den Abschluß eines umfassenden Tarifvertrages gehandelt, erscheint schon dem Wortlaut der beiden Schreiben, besonders auch des Schreibens der Zahlstelle gegenüber, unabweisbar. Es würde in solchem Falle nicht sofort am 2. Mai die Arbeit wieder aufgenommen worden sein, und vor allem würde die Zahlstelle nicht bis zum 11. Juni gewartet haben, um diesen vollständigen Tarifvertrag erneut anzugehen. Auch die Angabe der Beklagten, es sei davon gesprochen worden, daß man sich über die anderen Punkte später einigen werde, und daß später auch ein vollständiger Tarifvertrag geschlossen werden könne, lassen erkennen, daß es sich nicht um Vorverhandlungen drehte, sondern daß zunächst eine verbindliche Vereinbarung über den wesentlichen Streitpunkt getroffen werden sollte, während es einer späteren Zeit überlassen bleiben sollte, ob etwa noch weitere Vereinbarungen über andere Punkte geschlossen werden könnten.

Wenn dergestalt durch Vertrag vom 30. April und 1. Mai 1906 die Höhe des Lohnes bis zum 1. April 1909 auf 55 s. stündlich festgelegt worden war, so bedeutet allerdings der Beschluß der Zahlstelle, um einen Stundenlohn von 60 s. zu erlangen, erneut zu streiken, einen Bruch des genannten, bis 1909 gültigen Vertrages. Das Gericht hat keine Bedenken getragen, festzustellen, daß ein solcher Vertragsbruch nicht nur dem Recht, sondern auch den guten Sitten widerspricht. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Vertragsbreche nicht nur bei den Vertragsparteien, sondern ebenso bei denen korporativer Verbände und Organisationen von der guten Sitte gefordert wird, und es würde der Bedeutung dieser wirtschaftlichen Verbände und der von ihnen getroffenen Vereinbarungen aus schroffem Widerspruch, wenn die von ihnen abgeschlossenen Verträge geringeren Schutz genießen sollten als die der Einzelpersonen.

Es bleibt indessen noch zu prüfen, inwiefern ein derartiges Handeln gegen die guten Sitten bei den einzelnen Beklagten für vorliegend angesehen werden kann. Wenn § 236 des Bürgerlichen Gesetzbuches eine vorläufige Schadenersatzklausel in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise verlangt, so wird daraus entnommen werden müssen, daß die Ersatzpflicht nur denjenigen trifft, der in der Lage war, zu erkennen, daß seine Handlungsweise gegen die guten Sitten verstöße. Dazu gehörte in vorliegenden Fällen die Kenntnis der Vereinbarung vom 30. April und 1. Mai 1906.

Das Gericht hat keine Bedenken getragen, anzunehmen, daß diejenigen Beklagten, welche den Lohnkampf im April 1906 selbst mitgemacht haben, auch genaue Kenntnis des ihn beendenden Vertrages hatten. Dagegen konnte bei den später eingetretenen Beklagten die gleiche Kenntnis nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden. Ihnen gegenüber erschien daher der § 236 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht anwendbar.

Was die Höhe des Schadens anlangt, so ist die vom Kläger genannte Summe von M. 20 willkürlich gewählt. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß kein Schaden dieser Summe weit übersteigt. Denn der nach § 236 zu ersetzende Schaden umfaßt alle Einbußen, die der Kläger aus der gegen die guten Sitten verstoßenden Arbeitseinstellung erleidet.

Danach war wie gesehen zu erkennen. Die ersatzpflichtigen Beklagten waren gemäß § 339 des Bürgerlichen Gesetzbuches als Gesamtschuldner zu verurteilen.

Aus anderen Berichten.

*** Die Kämpfe und Erfolge des Metallarbeiterverbandes im Jahre 1906.** Der Metallarbeiterverband bringt in Nr. 32 eine Uebersicht über die Lohnbewegungen, die der Verband im Jahre 1906 geführt hat. Wir erheben daraus, daß das Jahr 1906 an Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen der Metallarbeiter als früherer Jahre weit übertraffen hat. Die Zahl der Bewegungen, die 1904 564 betrug, steigerte sich um 391 (= 69,32 pSt.) auf 955. 1905 war die Zahl der an den Bewegungen Beteiligten 138 110, 1906 stieg sie um 51 974 (= 37,63 pSt.) auf 190 084, darunter 2083 Personen von im Jahre 1905 nicht beteiligten Streiks. Davon kam es bei 865 Bewegungen mit 60 054 Beteiligten zu Arbeitseinstellungen, wovon allein 26 607 auf Ausperrungen und 12 722 auf Streiks zurückzuführen sind. Von den Beteiligten waren insgesamt 139 284 organisiert, davon 117 952 im Metallarbeiterverband. Ohne Arbeitseinstellung waren 590 Bewegungen = 61,8 pSt. mit 127 947 Beteiligten = 68,2 pSt. geführt worden.

Die Bewegungen mit Arbeitseinstellung hatten in 213 Fällen = 56,5 pSt. vollen Erfolg, in 74 Fällen = 19,6 pSt. teilweisen und in 72 Fällen = 19,1 pSt. keinen Erfolg. Von den erreichten Erfolgen ist besonders hervorzuheben: für 78 571 Personen eine Streikstillsetzung, für 114 408 eine Lohnsteigerung und für 54 380 Abschluß eines Tarifvertrages. Außerdem wurde für 414 eine Verringerung der Arbeitszeit und für 2468 Personen eine Kürzung des Lohnes abgewehrt. Eine ganze Reihe Streikschläge mußte wegen Tarifbruchs, Maßregeln und sonstiger Verfehlungen gestiftet werden. Von der Bekämpfung der Arbeitszeit entfielen auf jeden Beteiligten 3,9 Stunden. Die Lohnsteigerungen ergaben auf das Jahr mit 40 Arbeitslosen berechnet eine Gesamtsumme von M. 8 177 040 oder M. 71,47 für den einzelnen. Die ganzen Kosten der Lohnbewegungen betragen M. 3 471 177, wovon die Hauptlast des Verbandes M. 2 316 391 und die Metallisten M. 654 786 auftrugen. Bemerkenswert ist, daß auf die Ausperrungen allein M. 1 798 143 entfielen. Das ist etwas mehr als die Hälfte aller Kosten; fürwahr ein wohl zu beachtendes Zeichen der Zeit.

*** Kämpfe und Erfolge des Holzarbeiterverbandes im Jahre 1906.** Von den 15 717 Mitgliedern, die der Verband am Schlusse des letzten Jahres hatte, waren im letzten Jahre insgesamt 75 889 an Lohnbewegungen beteiligt, das heißt jeder zweite Verbandssollege konnte mit Hilfe des Verbandes in eine Bewegung zur Verbesserung der durch die Verhältnisse der Beschäftigung seiner Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten. In den 157 Arbeits-einstellungen waren 41 897 Kollegen beteiligt, an den Bewegungen, die ohne Arbeitseinstellung beendet wurden, 39 972. Bei den Arbeitseinstellungen überwiegen besonders die Angriffsstreiks, sie betrafen allein 374 mit 19 207 Beteiligten. Die Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung haben sich gegen die früheren Jahre ganz bedeutend vermehrt, denn sie betrugen im Jahre 1904 erst 403, 1905 487, 1906 aber 509. In den 157 Arbeitsstreiks waren 8831 Personen beteiligt, bei ihnen war nur eine geringe Steigerung vorhanden. Die Ausperrungen dagegen waren von 15 mit 5165 Beteiligten im Jahre 1904 auf 76 mit 11 813 Beteiligten im Jahre 1906 gestiegen. Man beachte wohl die Steigerung bei dieser Gruppe! Die Kosten der Lohnbewegungen betrugen im Jahre 1906 M. 1 658 804. Die Erfolge bräuen sich in folgenden Zahlen aus: Die Lohnbewegungen ohne Streiks brachten für 28 705 Beteiligten eine durchschnittliche Lohnsteigerung von M. 1,86 pro Woche und für 20 572 eine Arbeitszeitverlängerung von durchschnittlich 2,9 Stunden pro Woche. Bei den Angriffsstreiks wurde für 17 661 Beteiligten eine Lohnsteigerung von durchschnittlich M. 1,70 pro Woche und eine Arbeitszeitverlängerung für 14 980 Beteiligten von durchschnittlich 2,4 Stunden pro Woche erzielt.

Verschiedenes.

*** Das Goldfeld von Klondike** hat durch die geologische Landesuntersuchung von Kanada eine gründliche Erforschung erfahren. Von allen Gebieten, die einmal ein regelrechtes Goldfelder hervorgerufen haben, ist Klondike das modernste. Die Macht des Goldes hat sich kaum je zuvor so offenbart wie in diesem Fall, als auf die Kunde der Entdeckung großer Goldschätze Tausende von Abenteurern in die furchtbaren Wälder im nördlichen Amerika eilten, um dort teils gewaltige Reichtümer zu sammeln, teils größerem Teil aber elend unter den Unbilden eines Klimas von unerhörter Kälte zu Grunde zu gehen. Seitdem ist es in Klondike viel ruhiger geworden, und man hört auch nur noch selten von diesem Goldlande, obgleich doch erst wenige Jahre seit seiner Entdeckung verstrichen sind. Die Entwicklung scheint, nachdem das eigentliche Goldfeld sich gelegt hat, eine recht nachlässige

gewesen zu sein. Es sind vorzügliche Wege angelegt worden, eine Eisenbahn über den Weissen Fluß ist vollendet, und die Hauptstadt Dawson-City ist jetzt von Vancouver in weniger als einer Woche zu erreichen. Wie die Geologen jetzt feststellen haben, sind die goldführenden Quarzadern in dem größten Teil des Gebietes in Schieferungen eingeschlossen, die ursprünglich vulkanischer Natur sind. Für den Goldbergbau am wichtigsten aber sind die Sande, die von den Flüssen aus aus diesen Schieferungen bereitete worden sind, übrigens aus jugendlicher Zeit stammen müssen, weil sie außer Mammuthknochen auch die Reste vieler noch heute lebender nordischer Tiere enthalten. Die Vermwitterung der Felsen muß in jenem Gebiet ungeheuer gewesen sein, weil nur so die gewaltige Ausbreitung goldhaltiger Sande zu erklären ist. Die Quarzadern, die das Gold führen, sind übrigens viel jünger als die von ihnen durchsetzten Schiefer. Der Bergbau ist überall dadurch erschwert, daß die Oberflächenschicht des Bodens das ganze Jahr über gefroren bleibt, und zwar bis zu einer Tiefe von 20 bis 60 m. Im Sommer tauen die Sandlager, die nicht von Moos oder anderen niederen Pflanzen geschützt sind, bis zu einer Tiefe von 2 bis 2 m auf. Die wichtigste Frage für die Zukunft von Klondike besteht selbstverständlich darin, wie lange die Goldfelder aushalten werden. Das ist nun freilich schwer zu sagen. Wie schon erwähnt, ist die Ausdehnung goldhaltiger Sande und die Verbreitung anstehender Goldadern unendlich groß. Die Möglichkeit ihrer Verwertung aber wird durch viele Umstände bedingt und erschwert. Bis jetzt hat Klondike ungefähr M. 34 000 000 Gold jährlich geliefert, während alle anderen Goldfelder von Kanada nur etwa M. 25 000 000 gebracht haben. Im Jahre 1896, ehe mit der Ausbeutung dieses Gebietes begonnen wurde, hatte ganz Kanada eine jährliche Goldbezeugung von nur M. 11 000 000 bis M. 12 000 000, und im Jahre 1898 war sie bereits auf M. 46 000 000 und im Jahre 1900 auf M. 102 000 000 gestiegen. Damit war aber der Höhepunkt auch erreicht, und seitdem ist eine beständige Abnahme des Goldgewinns, namentlich in Klondike in der Umgebung des Yukon-Flusses, zu verzeichnen gewesen. Im Jahre 1902 betrug die Goldproduktion von Kanada nur noch M. 85 000 000, 1904 war sie schon auf M. 65 000 000 und im Jahre 1906 gar auf M. 55 000 000 gesunken. Dafür haben die Beamten der Geologischen Landesuntersuchung im Jahre 1905 in der Umgebung des Yukon-Flusses ein neues Feld nutzbarer Mineralien entdeckt, dem nachsichtigerweise eine bedeutende Zukunft bevorsteht, da hier die Quarzadern einen großen Reichtum an verschiedenen Silbererzen aufweisen.

Polizei und Gerichte.

*** Streikführer.** Der Maurer-Mach aus Wöhrn beteiligte sich am 18. Juli an einem Bau der Zimmerer Wolf arbeiten sah, rief er diesen zu: „Du bist auch so ein getriebener Streikführer.“ W. erwiderte sofort Anzeige beim nächsten Schutzmann, der M. mit zur Kasse nahm. Da er Ausländer ist, wurde er der Rappelle wegen in Unterdrückung genommen und jetzt wegen angeblicher Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung zu der unangenehm hohen Strafe von 1 s. 3 B. d. e. Gefängnis verurteilt. Unterdrückung wurde ihm nicht angedreht. Ihm wurde auch vom Vorstehenden des Schöffengerichts anempfohlen, nach Verhängung der Strafe nach seiner Heimat zu reisen (andernfalls würde er wohl als lästiger Ausländer ausgewiesen werden).

*** Streiknachrichten in Osnabrück.** Am 24. Juli hatten sich die Kollegen Joseph Sud, Theodor Kili und Karl Räger vor dem Schöffengericht zu verantworten. Sie waren angeklagt, während des Streiks am 28. Mai bei in Osnabrück arbeitenden Maurer Paul Eitel und Mathias Benz Streikbrecher genannt zu haben. Ferner sollen sie die Drohung ausgesprochen haben: „Bartel nur, morgen kommen Reute mit weißen Ströhlchen, die bringen Euch runter!“ Hierin erblickte das Gericht eine Uebertretung des § 153 der Gewerbeordnung und verurteilte die Kollegen Sud und Räger zu je drei Tagen und den Kollegen Kili zu zwei Tagen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte die Strafhöhe in das Ermessen des Gerichts gestellt. Der Verteidiger Dr. A. Frank aus Mönchengladbach beantragte für den Kollegen Sud das niedrigste Strafmaß, für die beiden anderen die Freisprechung, da nicht erwiesen wäre, ob und die beide einen Beschuldigung ausgesprochen hätten. Jedenfalls wäre auch die Freisprechung erfolgt, wenn die Belastungszeugen Eitel und Benz nicht nachträglich nach den Ausführungen des Staatsanwalts und der Verteidigung — dafür geklagt hätten, daß das Zeugenvorhör noch einen Nachtrag erhielt durch die Erklärung: „Sene haben uns alle drei gleichzeitig, ohne daß der Ankläger zu unterscheiden war, Streikbrecher geheißen.“ Man muß wissen, daß der Hauptbelastungszeuge, der Eitel, bei der Streikberatung die entscheidende Rede für den Ausstand hielt und in das Streikkomitee gewählt wurde, um den bekräftigenden Eindruck zu verheben, den das Benehmen dieser Braven auf Gerichtshof und Publikum gemacht hat. Mägen die Beurteilten ihre im gerechten Kampf um tägliche Brot erhaltene Strafe beibehalten; viel schlimmer wird von der öffentlichen Meinung der Ruf zum Streik beurteilt, der nachher in eine Fahnenflucht ausartet.

*** „Gausfriedensbruch“ auf den Bauplänen.** Im Mai dieses Jahres begann in Wauken ein Maurerstreik, an dem sich auch die Zimmerer beteiligten. Am 29. Mai betrat der Zimmermann Müller in Wauken — nebst einem Kollegen die Baupläne der Unternehmer Preusche und Kaup mit der Absicht, die dort arbeitenden Maurer und Zimmerer zum Niederlegen der Arbeit zu bewegen. Müller erklärte den Arbeitenden in ruhiger Weise, sie möchten den im Lohnkampf stehenden Kollegen nicht in den Kassen fallen und sich am Ausstand beteiligen. „Seid nicht so bumm, stellt die Arbeit ein!“ waren seine letzten Worte. Der Bauunternehmer Preusche kam hinzu und forderte sowohl Müller wie dessen Kollegen auf, sofort die Baupläne zu verlassen. Während der letztere der Aufforderung Folge leistete, blieb Müller noch kurze Zeit stehen, da er angeblich nicht glaubte, daß dem Unternehmer die Ausübung des Gausrechtes aufstehe. Erst als dieser drohte, die Polizei herbeizurufen, verließ er den Bauplatz. Die Sache kam zur Anzeige und das Schöffengericht Wauken verurteilte Müller wegen Gausfriedensbruchs in zwei Fällen zu 18 Tagen Gefängnis. Eine Berufung vor dem Landgericht erwies sich als erfolglos. Die zweite An-

stanz stellte fest, daß es sich in diesem Falle um zwei mit Planen umschlossene Bauplätze handle, deren Betreten durch Zäunung mit der Aufschrift: „Das Betreten seitens Unbefugter ist untersagt!“ verboten gewesen sei. Gegen das Urteil des Landgerichts legte Müller Revision beim Oberlandesgericht ein und rihte in derselben, daß das Urteil in der Vorinstanz nicht feststellte, ob Raup und Preusche auf eigenem Grund und Boden bauten und ob sie infolgedessen überhaupt zur Ausübung des Hausrechtes berechtigt waren. Die Feststellungen des Landgerichts ergaben ferner nichts Positives, ob das an den Zäunung zum Ausgang gebrachte Verbot von den Grundstückseigentümern selbst ausgegangen sei. — Es drehte sich also in diesem Falle alles um die Frage, ob ein Befugter oder Unbefugter das Verbot zum Verlassen der Bauplätze erteilt habe. — Der Strafgericht des Oberlandesgerichts verwarf die Revision in Kostenpflichtig.

* Der Fall Nechenberg in Halle a. d. S. Gelegenheitlich des Mauererstreiks in Halle war in der Nacht zum 27. Juni der 47-jährige freilebende Mauerer Franz Nechenberg mit einem geladenen Revolver an die Baracken eines Neubaus gegangen, um den dort einquartierten „arbeitswilligen“ italienischen Mauerern etwas auszuwischen. Als er dort in der Dunkelheit an einem Bauzaun stand und wie er vor Gericht angab, die Italiener durch Schreie in die Flucht jagen wollte, kam der Polizeiwachmeister Brühls dort vorbei und rief ihn an, weshalb die Flucht ereignen Nechenberg an, seinen zu bleiben. Er lief aber weg und gab auf den Wachmeister, der ihn verfolgte, aus dem mit Schlegeln geladenen Revolver vier Schüsse ab. Dem Beamten drangen mehrere Schrotkörner in das Bein, die keine dauernden Nachteile herbeiführten. Er wurde durch den Beamten eingeholt und durch drei Schüsse über den Kopf kampfunfähig gemacht. Der Täter, der am 6. August von der Freirechtsanwaltschaft wegen Mordes und Angriffs mit einer Waffe angeklagt war, erklärte, er wisse nicht, wie er dazu gekommen sei. Der Staatsanwalt bezeichnete ihn, der bisher unbefugter als ein konfusischer Mensch und bestraft neun Monate Gefängnis. Das Urteil lautete dem Straftraum gemäß.

Es ist wohl keine Frage, daß Nechenberg für seine höchst unfähige Tat recht empfindlich bestraft worden ist. Ob das wirklich nötig war und wenn ja, aus welchen Gründen? Für gewöhnliche Straftaten ist es nicht immer leicht, den Gründen unserer Gerichtsurteile zu folgen. Es ist fast immer um so schwieriger, je weniger man sich seinen gebundenen Menschenverstand von den vielfach verkehrten Gedankenwegen neuerdings der Jurisprudenz hat durchlöcheren lassen. So sieht man auch vor diesem Urteil mit seinem dem Kopfschütteln, ob der Unbegreiflichkeit des Klassenkaufmanns „Rechtsgefühl“. So dürfte auch die Verurteilung über den Prozeß hinweg, es scheint doch nach dem Verhalten des Staatsanwalts, es scheint doch, daß Nechenberg nicht voll verantwortlich zu machen war. Man muß sich den Fall nur richtig vorstellen. Jeder Mensch mit ruhiger Überlegung mußte sich fragen, daß ein solches Vergehen, die Streikbrecher durch Schreie zu erschrecken, ganz erfolglos bleiben würde. Der einzige Erfolg, der dabei herausginge, konnte nur die Aufrechterhaltung eines polizeilichen Schutzes sein, also eine schwere Behinderung des Kampfes sein. Von deren bürgerlichen Hingehören, den die bürgerliche Presse ausführen würde, ganz zu schweigen. Hieran hat es ja dann auch nicht gefehlt. Als wir das Verbrechen sofort als das bezeichneten, was es war, nannte man das eine billige Methode, das heißt einmal ein „Opfer sozialdemokratischer Verheerung“ sein. Wir haben die Genugtuung, einen gewiss unbekannten Kronzeugen für die Richtigkeit unserer Auffassung bekommen zu haben: den Staatsanwalt selbst. Das mag nun für die bürgerliche Presse recht fatal sein, leider ist aber nicht darauf zu hoffen, daß sie aus dem Verlauf des Prozesses die richtige Lehre ziehen wird. Sie wird auch in Zukunft bei ähnlichen Ereignissen schnell ihren Gummistempel zur Hand nehmen und jede Verurteilung eines Streikbrechers als einen „unabweislichen Folge der sozialdemokratischen Verheerung“ hinstellen. Wir aber wollen den Fall Nechenberg nicht vorbeugen lassen, ohne erneut die Streikbrecher darauf hinzuweisen, besonders auf alle Kollegen zu achten, die in der Zukunft nicht ganz unbefähigt sind, und es an Mahnungen zur Ruhe und Besonnenheit nicht fehlen zu lassen; denn jeder dieser Fälle bewirkt doch auch neue, daß nur die Sache unserer Organisation dadurch geschädigt wird.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Gesellschaft“ (Herausgeber Dr. Heinrich Braun und Lily Braun, Verlag Berlin NW 6, Charitéstraße 8, Verbandsbuch des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Preis für das Einzelheft 10 A. Probehefte kostenlos). Heft 7 des V. Bandes. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Stuttgart. — Max Maurenbrecher: Was heißt Antimilitarismus? — Wilhelm Schröder: Sozialistische Parteien und Gewerkschaften. — Lily Braun: Frauenstimmrecht und Sozialdemokratie. — Gewerkschaftliche Umschau. — Paul Göhre: Proletarische Lebenskunst.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 45 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Zum Stuttgarter Kongress. — Auswanderung und Einwanderung in Ungarn. Bericht, verfaßt im Auftrag der Sozialdemokratischen Partei Ungarns. Von Josef Diner-Dobos (Budapest). — Die politische Lage in den Vereinigten Staaten und die Demokratische Partei. Von L. B. Bonin (New York). (Fortsetzung). — Die Opfer der Mittelmittel. Von Dr. Siegfried. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 2.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Briefkasten.

Braunschweig, G. M. 23. Derartige Bücher sind uns nicht bekannt.

S. 32. Man bezeichnet das Wasser der Ofen freilich als Schmelzwasser; es hat aber doch einen Salzgehalt, wenn er auch nur ein Drittel von dem des Allsächsischen Drams beträgt.

Er ist übrigens örtlich sehr verschieden; im äußersten Norden ist er sehr schwach, in der Kleier und Neustädter Dicht dagegen stärker.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirks- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileite folgt 16 A.)

Ausbach. Am 7. August starb nach langem Leiden unser Verbandskollege und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Johann Sauer** im Alter von 88 Jahren an Lungenleiden.
Barmen. Am 4. August starb unser Kollege **Franz Lintenberg** zu Kallhausen an Gehirnerkrankung.
Berlin. Am 3. August starb plötzlich unser alter Kollege **Wilhelm Kergel** im Alter von 69 Jahren an Lungenleiden. Am 7. August verstarb plötzlich unser Kollege **Karl Kutzner** im Alter von 49 Jahren an Herzschlag.
Coblenz. Am 4. August starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege und Mitbegründer des hiesigen Zweigvereins, der Bauunternehmer **Andreas Pasche**, im Alter von 63 Jahren.
Cronen. Am 11. August starb plötzlich unser Mitglied **Ernst Kanan** im Alter von 50 Jahren an Gehirnerkrankung.
Düsseldorf. Am 6. August starb unser Kollege **B. Kasteln** im Alter von 66 Jahren infolge plötzlicher vom Gehirn.
Göppingen. Am 7. August verstarb unser zweiter Vorstandsmitglied **Christian Hommel**, im Alter von 66 Jahren infolge eines Unfallschlags.
Hagen. Am 3. August starb unser in jungen Jahren für den Verband unerschütterlich tätiges Mitglied **Fritz Klinge** nach einjähriger Krankheit an Lungen- und Darmkrankheit.
Mittweide. Am 4. August starb unser treuer Verbandskollege und erster Vorstandsmitglied **Max Bräuer** im Alter von 27 Jahren an Unterbrechung.
Möln. Am 1. August starb unser treuer Ehrenmitglied **Friedrich Wegener** im Alter von 69 Jahren an Lungenentzündung.
Münsterheim. Am 31. Juli starb unser Verbandskollege **Johannes Metz** im Alter von 46 Jahren an Herzschlag.
Neuenbürg. Am 30. Juli starb unser Verbandskollege **Michael Engl** im Alter von 34 Jahren an Bluthochdruck.
Niesha. Am 6. August starb nach kurzem Krankenlager unser treuer Kollege **Reinhold Stende** von Saarhausen im Alter von 41 Jahren an Lungenentzündung.
Werder a. d. S. Am 29. Juli starb unser Verbandskollege **Adolf Krüger** infolge eines Unfalls.
Zittau. Am 8. August starb unser Kollege **Gustav Boden** aus Altersschwäche freiwillig aus dem Leben. Ehre ihrem Andenken!

Localbeamter gesucht.

Im Zweigverein Wiesbaden ist die Stelle eines Beamten zu belegen. Es ist eine erste Kraft erforderlich. Voraussetzung ist die genaue Kenntnis der modernen Arbeiterbewegung, sowie der Buch- und Kassensführung. Die Bewerber müssen außerdem rednerisch begabt sein. Den Offerten ist ein Nachweis der bisherigen Tätigkeit und ein Antrag über die Aufgaben eines Localbeamten beizufügen.

Die Bewerber werden ersucht, ihre Offerten mit der Aufschrift „Localbeamter“ bis spätestens 26. August d. J. an Unterzeichneten gelangen zu lassen.

Ladwig Hahn, Erbenheim b. Wiesbaden, Neustädterstr. 18.

Burg b. Magdeburg.

Die Adresse unseres neugewählten Vorsitzenden ist: **Otto Randol, Peterstraßenstr. 6.** [M. 1,20]

Essen a. d. Ruhr.

Die Kollegen **Franz Wasserberg** und **Paul Jakobitz** werden hierdurch gebeten, ihre Adresse an **Otto Meister, Essen a. d. Ruhr, Lindenallee 72**, gelangen zu lassen.

Hamm i. W.

Die Adresse des Kassierers ist jetzt: **Wilh. Wiese, Ostenwall 3.** [M. 1,20] Der Vorstand.

Wolfenbüttel.

Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist von jetzt an: **Ernst Goldbeck, Hospitalstr. 2.**

Aufforderung.

Die Kollegen **Liechen, Heine, Junk und Baum**, die am Bau-Gebäude- und Wägenstraßen-Gelände in Wilmersdorf (Mauermeister Freie) in der Kolonne Lüde von 1905 bis 1906 geparkt haben, werden ersucht, das ausgelegte Geld im Bureau der **Bauher, Berlin, Sophienstr. 6**, durchsicht 7, abzuholen. [M. 2,40]

Der Kollege **Hermann Valentiner** aus Hamburg, Verh.-Nr. 185 984, wird gebeten, seine Adresse an den Vorstand des Zweigvereins **Brundsküttelsoog** einzufügen. Die Kollegen werden gebeten, ihn hierauf aufmerksam zu machen. [M. 1,50]

Da das Mitglied **Wilhelm Knaak**, geb. zu Kämberg, noch immer nicht seinen Verpflichtungen in **Stassfurt** nachgekommen ist, bitten wir die Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, uns dies sofort mitzuteilen. [M. 1,50] Der Vorstand des Zweigvereins **Stassfurt**.

Der Maurer **Julius Springer** wird hiermit aufgefördert, seinen Verpflichtungen in **Apentade** nachzukommen. Kollegen, denen der Aufenthaltsort des Kollegen Springer bekannt ist, werden gebeten, seine Adresse an den Kassierer **W. Ewald, Apentade, Schloßstr. 12**, mitzuteilen. [M. 1,50]

Der Maurer **Franz Max Weller** aus Oelsnig i. B. wird ersucht, sich bis zum 18. August bei seinen Eltern in Oelsnig i. B. oder bis zum 21. August auf dem Dampfer „Victoria“ in Hamburg wegen Familienangelegenheiten einzufinden. [M. 1,50]

Das Mitglied **Josef Lisson**, geboren zu Pischdorf (Oberhessen), Verh.-Nr. 251 595, wird ersucht, seinen Verpflichtungen gegenüber der Verbandsbehörde zu **Waldenburg** nachzukommen. Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem Unterzeichneten Mitteilung zu machen. **Albert Fürle**, [M. 2,10] Dittersbach 123, b. Waldenburg i. Schlesien.

Hersfeld.

Sonntag, den 25. August, Nachm. 3 Uhr:
Zweites Stiftungsfest
im Garten des Herrn Jean Steinweg,
bestehend in großem Konzert, Kinderbelustigungen aller Art und Abends Tanzfränzchen.
Die Kollegen von Hersfeld und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Thorn.

Sonntag, den 24. August, Abends 8 Uhr:
Siebttes Stiftungsfest
bei Herrn K. Lüdtko, Mellinstr. 99,
bestehend in Feste, Prolog, humoristischen Vorträgen.
Die Kollegen von Thorn und Umgegend werden mit ihren wertvollen Frauen nebst Familienangehörigen hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Das Festkomitee.

Bayreuth.

Sonntag, den 24. August, Abends 8 Uhr:
Elftes Stiftungsfest
in der „Zentralhalle“,
bestehend in Konzert, Feste, Gesang und Ball.
Die Kollegen von Stadt und Land sowie alle Gewerkschaftsmitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. [M. 3,30] Das Komitee.

Peine.

Sonntag, den 25. August, Abends 8 Uhr:
Dreizehntes Stiftungsfest
in Hauses Saalbau,
bestehend in Gesangsvorträgen des Arbeitergesangsvereins „Vorwärts“ und Festball.
Sämtliche Kollegen des Zweigvereins werden hierzu freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Das Festkomitee.

Sonderburg.

Sonntag, den 18. August, Nachm. 4 Uhr:
Sommervergnügen
im Vereinslokal,
bestehend in Konzert und Abends Ball.
Alle Kollegen von Sonderburg und Umgegend werden hierzu eingeladen. [M. 3] Das Festkomitee.

Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 17. August.
Aken. Abends 8 1/2 Uhr in der Herberge zur Heimat.
Bergedorf. Abends 8 1/2 Uhr im Lokal „St. Petersburg“ (O. Warte).
Sonntag, den 18. August.
Bergen a. Rügen. Gewerkschaftsversammlung.
Wiesenburg. Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal.
Dienstag, den 20. August.
Lelsnig. Abends 8 1/2 Uhr bei Herrn Geider.
Mittwoch, den 21. August.
Guben. Abends 7 Uhr bei Stein.
Donnerstag, den 22. August.
Berlin-Steglitz. Abends 8 1/2 Uhr bei Schöthole. Referent anwesend.
Sonntag, den 25. August.
Völkershäuser. Nachm. 2 Uhr „Der Krone“. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.
Döbeln. Nachm. 8 Uhr im Restaurant „Müllenterrasse“.
Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt **Kur & Co.** in Hamburg.